



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

CSU-Regierungsprogramm zur Landtagswahl:

„In Bayern lebt es sich einfach besser“

„Für ein starkes und stabiles Bayern. In Bayern lebt es sich einfach besser“: Unter diesem Motto steht das CSU-Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2023 am 8. Oktober, das der Parteivorstand nun einstimmig verabschiedet hat. Darin wirbt die Christlich-Soziale Union mit der Fortführung ihrer bisherigen Regierungsarbeit. „Wir halten Kurs“, betonte Generalsekretär Martin Huber. Die Botschaft sei, dass die CSU in unsicheren Zeiten „für Stabilität und Orientierung“ stehe.

Die CSU verweist u.a. darauf, die „Kommunen als Wurzelwerk der Demokratie“ stärken zu wollen. „Wir stehen für eine verlässliche finanzielle Ausstattung unserer Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich bewegt sich seit Jahren auf immer neuem Rekordniveau. 2023 gehen erstmals über 20 Mrd. Euro an die Kommunen. Das ist fast jeder dritte Euro des Staatshaushalts. Wir werden auch weiterhin für stabile Kommunalfinanz sorgen.“

Heimatstrategie als Offensive

Mit Blick auf die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern habe die CSU in den vergangenen Jahren ihre Heimatstrategie als „Offensive. Heimat.Bayern 2025“ erfolgreich weiterentwickelt, heißt es weiter. „Wir werden sie an die Herausforderungen anpassen und fortführen. Wir setzen dies in den nächsten Jahren um. Daneben wollen wir die erfolgreichen Behördenverlagerungen fortsetzen. Bis 2030 wollen wir mit fast 100 Verlagerungsprojekten weit über 5.000 Arbeitsplätze und 1.330 Studienplätze in den ländlichen Raum bringen.“

Beim Thema Migration benötigen die Kommunen dringend mehr Unterstützung vom Bund, fordert die Christlich-Soziale Union. Der Bund dürfe die Hilferufe der Städte, Landkreise und Gemeinden nicht länger ignorieren. Neben einer wirksamen Begrenzung der illegalen Zuwanderung brauche es dauerhaft gesichert mehr Geld und Unterstützung. „In Bayern gelingt Integration besser, weil wir Inte-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum:

Save the date: 20. Juli 2023

Die GZ ist Unterstützer im Team Energiewende Bayern

Das 14. Bayerische EnergieForum und das 9. Bayerische WasserkraftForum finden am 20.7.2023 als gemeinsame Veranstaltung in zeitlicher Nähe zu den Bayerischen Energietagen in der Stadthalle Gunzenhausen statt. Prominentester Redner wird Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger sein.



Die Initiative „Team Energiewende Bayern“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums steht für eine objektive und vertrauenswürdige Orientierungshilfe in der Energiewende. Projekte, Aktionen und Beteiligte im Team motivieren zum Mitmachen. Die Partner stellen ein Beraternetzwerk bereit, das bei der Umsetzung von Energieprojekten unterstützt.

Interessenten (Besucherinnen und Besucher, Partner, Unternehmen, Referentinnen und Referenten) am Bayerischen EnergieForum und am Bayerischen WasserkraftForum können sich per Mail an veranstaltungen@gemeindezeitung.de wenden. Informationen und Anmeldeoptionen stehen auf www.bayerisches-energieforum.de oder www.bayerisches-wasserkraftforum.de bereit.



Familienland Bayern

Da der Freistaat „Familienland“ sei, sollen bis 2028 gemeinsam mit den Kommunen 50.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren und 130.000 neue Plätze für Kinder im Grundschulalter geschaffen werden. „Wir stellen mit dem Familiengeld Wahlfreiheit sicher und werden es für Alleinerziehende erhöhen.“

Darüber hinaus gelte es, Belastungen für Unternehmen und (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB-Hauptausschuss in Berlin:

Zeitenwende nur mit starken Städten und Gemeinden

Einen Neustart in der Migrationspolitik hat der DStGB-Hauptausschuss im Rahmen seiner zweitägigen Sitzung in Berlin unter dem Motto „Zeitenwende nur mit starken Städten und Gemeinden“ gefordert. Zumindest persönlich wurde die Zeitenwende bereits eingeläutet: Dr. André Berghegger wurde zum neuen Hauptgeschäftsführer des DStGB gewählt. Der 51-jährige Jurist, seit 2021 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wird zum 1. Januar 2024 Nachfolger von Dr. Gerd Landsberg, der Ende 2023 in den Ruhestand geht.

„So wie es jetzt läuft, darf und kann es nicht weitergehen“, betonten Verbandspräsident, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg), und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. Nach deren Auffassung sind die Städte und Gemeinden bei der Unterbringung, der Versorgung und der Integration längst an ihrer Leistungsgrenze angelangt. „Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern helfen, aber die Kapazitätsgrenzen sind nun einmal beschränkt. Darauf muss die Politik endlich eine dauerhafte und nachhaltige Antwort finden.“

Wirksame Begrenzung und faire Verteilung

Im Einzelnen fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine wirksame Begrenzung des Zustroms und eine faire Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Deutschlands, aber auch inner-

halb der EU. Notwendig sei zudem ein wirksamer Schutz der Außengrenzen der EU, mit der Möglichkeit, schon dort Asylverfahren für Personen durchzuführen, die voraussichtlich keine Bleibeperspektive haben. Auch die Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen sei ein notwendiger Schritt.

Konsequente Abschiebung

Um die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu gefährden, sei die konsequente Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen von großer Bedeutung. „Vielfach reichen die Vorlaufzeiten in den Kommunen nicht aus, um die Aufnahme neu ankommender Menschen gut zu organisieren“, stellen die Verbandsvertreter fest. „Wir brauchen daher ein Frühwarnsystem bzw. ein Lagezentrum, das über ankommende Personen informiert. Notwendig ist außer-

dem eine deutliche Ausweitung der Erstaufnahmeeinrichtungen von Bund und Ländern, so dass nur Personen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden.“

Dauerhafte Finanzierung durch Bund und Länder

Von Bund und Ländern erwarten die Kommunen die dauerhafte Finanzierung von Unterbringung, Versorgung und Integration der nach Deutschland gekommenen Menschen. Dies müsse auch für die zusätzlichen Kita- und Schulplätze gelten. „Insgesamt geht das Finanzierungsbingo zwischen Bund und Ländern zu Lasten der Kommunen. Das muss ein Ende haben“, kritisierten Brandl und Landsberg. „Nicht zuletzt deswegen fordern wir eine neue ‚Gemeinschaftsaufgabe Integration‘ im Grundgesetz, in der die Finanzierung von Unterbringung, Versorgung und Integration zwischen Bund und Ländern verbindlich geregelt wird. Damit würde auch rechtlich eindeutig festgelegt, dass Bund und Länder diese Aufgabe gemeinsam finanzieren müssen.“

Darüber hinaus schlägt der DStGB ein Migrationsgesetzbuch vor, das alle bestehenden Regelungen in einem Gesetz zusammenführt und harmonisiert. (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerns Landrätinnen und Landräte:

Neue Wege in der Pflege

Bayerische Landrätinnen und Landräte haben sich im Rahmen einer offenen Klausurtagung im Juni mit der sich zunehmend verschärfenden Versorgungslage in der Langzeitpflege beschäftigt und „neue Wege in der Pflege“ diskutiert.

Landrat Thomas Eichinger, Landsberg a. Lech, Vorsitzender des Sozialausschusses beim Bayerischen Landkreistag, zur Begrüßung: „Wir diskutieren die Versorgung pflegebedürftiger Menschen seit Jahren unter den Prämissen fehlender Pflegekräfte, steigender Bedarfe und überforderter Angehöriger. Als Landkreise sind wir zwar einerseits mittendrin und doch sind uns andererseits aufgrund des eingeschränkten gesetzlichen Auftrages die Hände gebunden. Aus dieser Misere gibt es verschiedene Wege. Wollen wir dem Personalmangel etwas entgegensetzen, brauchen wir u. a. eine vollständige Aufhebung der Fachkraftquote, um umgehend die Kapazitäten ohne Qualitäts- einbußen ausweiten zu können. Wir brauchen schnellstmöglich eine Entbürokratisierung der Pflegedokumentation und wir müssen die Leistungen von Pflegefachkräften aus dem Ausland schnell und unbürokratisch anerkennen.“

in der Pflege. Diese Modelle bekämpfen nicht nur den Pflegenotstand, sie erlauben es unseren Älteren, auch bei Pflegebedürftigkeit länger noch ein eigenbestimmtes Leben zu führen.“

Große gesellschaftliche Herausforderung

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek betonte: „Eine gute Betreuung und Versorgung der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen ist die große gesellschaftliche Herausforderung. Klar ist: Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam erfolgreich bewältigen. Die Strategie ‚Gute Pflege. Daheim in Bayern‘, die wir am 21. Oktober 2022 zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Pflegekassen beschlossen haben, liefert Lösungsansätze zum Auf- und Ausbau einer zukunftsfähigen pflegerischen Versorgungsstruktur.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Negatives Bild und viele innovative Konzepte

„Mindestens genauso wichtig ist aber die Antwort auf die Frage, wie gute Pflege in Zukunft überhaupt aussehen soll, und wie wir diese neu denken können. Pflegeeinrichtungen, die aufgrund des Arbeitskräftemangels gefüllte Betten oder ganze Trakte still legen müssen, oder Dienste, die keine Touren mehr machen, gehören heute zum negativen Bild der Langzeitpflege. Auf der anderen Seite sehen wir viele innovative Konzepte, die starke und empathische Antworten auf die bestehenden Engpässe geben. Darin liegt die Zukunft! So sind unter anderem der Pflegebauernhof Marienrachdorf, die Pflegewohnung in Euerdorf, die Gemeindegewerkschaft Steinbach am Wald/ Teuschnitz oder auch die Gemeindegewerkschaft des BRK Kronach und auch der Pflegekrisendienst im Landkreis Erding Vorzeigemodelle neuer Wege



Pino kritisiert den Anspruch der öffentlich-rechtlichen Medien auf die unbedingte Wahrheit: Das führt zu Hilflosigkeit der Mehrheit der Bevölkerung, die sich in den aktuellen Diskussionen nicht wiederfindet. „Und“, so der Kater, „was wir nicht verstehen, lehnen wir ab.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Delegiertenversammlung der Bundes-SGK	2
Netzwerk für „EuropaGemeinderäte“	2
Runder Tisch zu Bayerns Wasserstrategie	2
GZ-Kolumne Constanze von Hassel: Herzliche Einladung zum Bayerischen EnergieForum nach Gunzenhausen am 20.7.2023	
Chancen für alle durch bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung	3
Ehrenamtskongress in Nürnberg	3
Gemeinsam für den Wald von morgen	3
Kommunale Finanzthemen	5-9
Kommunale Umweltthemen - Ressourcenschutz	10-11
Aus den bayerischen Kommunen	12-16

Neue Infoseite www.ganztag.bayern.de:

Chancen für alle in Bayern durch bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung

Von Ulrike Scharf, Mdl

Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Familie, Erziehung und Bildung prägen fürs Leben. Jeden Tag wird in unseren Familien eine großartige Leistung erbracht, die der Staat niemals ersetzen kann. Doch durch den gesellschaftlichen Wandel bilden vermehrt Kindergärten, Tagespflege, schulische Ganztagsbetreuung, Mittagsbetreuung, Kombimodelle und Horte das Fundament für die weitere Bildungsbiographie. Wer in der Kindheit das Sprungbrett ins Leben verpasst, muss sich die Kompetenzen später umso mühevoller erarbeiten. Deshalb lohnt jede Investition für unsere Kinder, nicht zuletzt als Prävention, um spätere soziale Folgen und Lasten gebrochener Bildungswege zu verhindern. Wir wollen allen Talenten die Türen öffnen zu Teilhabe und Wohlstand.

Veränderte Bedarfe der Eltern, die durch den Zuzug nach Bayern heterogenere Bevölkerungsstruktur, immer vielfältigere Bildungsvoraussetzungen und die zahlreichen Kinder mit Migrationshintergrund – das sind nur einige der Gründe, warum Städte und Gemeinden zusammen mit dem Freistaat die frühkindliche

sätzlich zu den Landesmitteln zur Förderung der Investitionskosten eingesetzt, wobei die FAG-Kostenrichtwerte zuletzt um 17,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angehoben worden sind. Dabei erfüllt auch die verlängerte Mittagsbetreuung den Rechtsanspruch. Deshalb wird hier die Investitionskostenförderung mit einem Aufschlag von 15 Prozentpunkten auf den regulären FAG-Förderungssatz verbessert. Zudem werden vertraglich festgelegt bis zu 200 Millionen Euro zusätzlich für die Betriebskostenförderung nach Bayern fließen, aufwachsend ab dem Jahr 2026. Die Kommunen werden also neben den Investitions- auch bei den Betriebskosten zusätzlich unterstützt.

Fachkräftegewinnung

Für den Ausbau der Kinderbetreuung braucht es mehr Personal. In vielen meiner Gespräche ist dies die größte Sorge. Im Bündnis für Frühkindliche Bildung haben wir deshalb einen Fünf-Punkte-Plan für mehr Fachkräfte auf den Weg gebracht. Mit den im Juni veröffentlichten Richtlinien fördert der Freistaat unter anderem noch mehr Assistenzkräfte. Wir haben die Anzahl der Fach-

Ehrenamtskongress in Nürnberg:

Bayern.Gemeinsam.Stark

Die Bedeutung der freiwilligen Arbeit hat Sozialministerin Ulrike Scharf beim Bayerischen Ehrenamtskongress in Nürnberg unterstrichen. Beim Ehrenamt spüre man den Herzschlag unseres Sozialstaats, so die Ministerin vor ca. 600 Teilnehmern. Das Bayerische Sozialministerium veranstaltet den Kongress zusammen mit der Hochschulkooperation Ehrenamt alle zwei Jahre. Heuer war erstmals die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt als neuer Kooperationspartner dabei.

Laut Ministerin Scharf ist Bayern „Ehrenamtsland“. „Über 40 Prozent der Menschen engagieren sich – ohne sie wäre Bayern nicht das, was es heute ist. Sie engagieren sich für mehr Miteinander, Zusammenhalt, Menschlichkeit und machen Bayern sozial stark und lebenswert. Der Ehrenamtskongress ist eine großartige Veranstaltung, die Austausch und Wissenstransfer ermöglicht – eine wahre Ideenschmiede. Auf Ihren Einsatz kommt es gerade auch in so unruhigen Zeiten an. Sie machen das Ehrenamt fit für die Zukunft. Bleiben Sie so engagiert, damit auch in Zukunft gilt: Bayern.Gemeinsam.Stark.“

In dasselbe Horn stieß Königin Silvia von Schweden, die mittels einer Videobotschaft die Rolle des Ehrenamts in der Gesellschaft hervorhob. Der Ehrenamtskongress richtete sich an Interessierte, die im Ehrenamt Verantwortung tragen oder hauptamtlich mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten. Zudem bot er die Chance, innovative Ansätze und strategische Überlegungen für das Ehrenamt kennenzulernen.

Das Programm reichte von den Themen „Sinnsuche und Zufriedenheit“ über „Diversität in Vereinen“ und den Umgang mit Chat GPT im Ehrenamt bis hin zu versicherungsrechtlichen Fragen. Überdies wurden

akademien für Sozialpädagogik in zwölf Jahren um 50 Prozent auf jetzt 73 gesteigert. Wachsende Abschlusszahlen an den Fachakademien zeigen, dass der Erzieherberuf hoch im Kurs steht. Unser Qualifizierungsprogramm für den Quereinstieg ist schon kurz nach dem Start ein Renner und wird weiter ausgebaut. Es gibt Potenziale für mehr Fachkräfte, wir müssen sie nur noch offensiver heben. Dazu zählen der durchlässige Aufstieg von der Assistenz- bis zur Fachkraft oder der erhöhte Meisterbonus auch für Erzieherinnen und Erzieher. Wichtig für die Karrierechancen sind die nochmal zusätzlich 400 Studienplätze für Kindheitspädagogik und Soziale Arbeit. Und ganz wichtig ist mir auch ein besseres Image von sozialen Berufen insgesamt, was wir durch unsere Herzwerker-Kampagne unterstreichen. Kaum etwas stiftet so viel Sinn und Freude wie die Arbeit mit Kindern. Ich begrüße es sehr, dass sich Kommunen und freie Träger noch mehr anstrengen für diese Berufe zu werben und als gute Arbeitgeber attraktiv zu sein.

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist die entscheidende familien-, sozial- und integrationspolitische Zukunftsaufgabe der kommenden Jahre. Trotz aller Probleme von Baukostensteigerungen bis zum Personalmangel appelliere ich: Leiten Sie die neue umfassende Infoseite www.ganztag.bayern.de weiter. Gehen wir diese Aufgabe wie in der Vergangenheit gemeinsam und kraftvoll an, für beste Chancen in ganz Bayern, für die Grundschulkindern und Familien in unseren großartigen bayerischen Gemeinden. □

u.a. Chancen und Grenzen von Nachbarschaftshilfen beleuchtet und die Frage aufgeworfen „Wie motivieren und gewinnen wir Funktionsträger?“ In Vorträgen und mehr als 40 interaktiven Workshops gab es hier praxisnahe, wissenschaftlich fundierte Informationen.

Bestmögliche Rahmenbedingungen

Gerade in Krisenzeiten sei man als Gesellschaft auf das Ehrenamt angewiesen, erklärte Bayerns Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein. „Egal ob Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg oder die steigenden Lebenshaltungskosten: Immer sind es auch Ehrenamtliche, die leidenschaftlich Hilfe leisten sowie neue Ideen und innovative Projekte entwickeln. Gerade in diesen stürmischen Zeiten ist es überaus wichtig, dem Engagement hierzulande bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten.“ Kostenlose Fort- und Weiterbildungen, die das Freiwilligen-Engagement auf professionelle Beine stellen, seien hier ein wichtiger Baustein. Und dazu leiste der Bayerische Ehrenamtskongress in Nürnberg seinen wertvollen Beitrag.

Besonders die Nachwuchsfrage wurde intensiv diskutiert. So macht der demographische Wandel etwa den Freiwilligen

Liebe Leserinnen und Leser,

den Kommunen kommt in der Energiepolitik eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu. Einerseits haben sie mit all ihren Immobilien und Mobilen selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen. Andererseits gestalten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger.

Bei kommunalen Energie Themen lassen sich drei große Themenfelder ausmachen:

- Technische Lösungsansätze
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Und die ganz konkrete Frage: Wie bezahlen wir das alles?

Auf dem Bayerischen Energie- und WasserkraftForum, das am 20.7.2023 in der Stadthalle Gunzenhausen stattfindet, zeigen wir Lösungs-

Herzliche Einladung zum Bayerischen Energie-Forum in Gunzenhausen

ansätze für all diese Fragen. Die Entscheidungen können wir Ihnen nicht abnehmen; sie werden im Rathaus getroffen!

Eines vorweg: Der Klimawandel kommt nicht. Er ist schon da! Das Klima hat sich in den Äonen der Erdgeschichte immer wieder verändert. Auch Erdteile kamen und gingen. Wo wir jetzt leben, war zu einer anderen Zeit ein Meer und während anderer Phasen der Erdgeschichte eine Eiswüste. Dabei spielten die Protuberanzen auf der Sonne eine wichtige Rolle, und die Neigung der Erdachse; auch die Pole wechselten immer wieder. Es gab Meteoriteneinschläge, die 90 Prozent des Lebens auf unserem Planeten auf einen Schlag vernichteten.

Aber noch nie, noch gar nie, haben Menschen innerhalb einer Generation diese Erde und ihre Atmosphäre so verschmutzt, wie das genau jetzt der Fall ist. Immer noch produzieren wir Müll ohne Ende, anstatt ihn zu verhindern. So hinterlassen wir nachfolgenden Generationen Berge von Dreck und Gift. Deren Konsequenzen vorauszu-sehen, mühen sich qualifizierte Fachleute ebenso wie schräge Vögel, die im Namen des Klimas ihren Unfug treiben. Wie auch immer: Wir müssen mit den klimatischen Verhältnissen auf unserer kleinen Weltkugel zurechtkommen. Eine andere haben wir nämlich nicht.

Das Virus, das uns rund um den Globus in den vergangenen zweieinhalb Jahren in Atem hielt,

ligen Feuerwehren zu schaffen, wie eine Studie der TH Nürnberg darlegt. Nach Angaben von Andrea Fürstberger vom Landesfeuerwehrverband Bayern werden die Einsatzzahlen höher, vor allem wegen der Starkregen-Ereignisse, somit würden auch mehr Ehrenamtliche benötigt. Potenzial sieht Fürstberger auch beim weiblichen Geschlecht. Gerade in Führungspositionen gebe es nach wie vor zu wenig Frauen. In Bayern existierten gerade mal sieben Berufsfeuerwehren, aber 7.500 Freiwillige Feuerwehren.

„Vom Sinn des Glücks“ lautete das Thema einer Keynote von Prof. Dr. Tatjana Schnell, MF Specialised University, Oslo. Die Wissenschaftlerin sieht im Sinn des Lebens etwas nicht klar Benennbares und Erklärbares. Sie spricht nicht vom Sinn des Lebens, sondern vom Sinn im Leben.

Man könne Glück nicht machen, es gebe auch kein Recht auf Glück, fuhr die Wissenschaftlerin fort. Die Forschung zeige: Sozial mit anderen verbundene Menschen, die von sich selbst absehen können, entdeckten Sinn im Leben viel eher als andere, die dem eigenen Glück und dem Sinn krampfhaft nachjagen. Ehrenamtliches Engagement sei so für viele Menschen eine echte Sinnquelle. Auch dass jemand sein Leben in ein größeres Ganzes eingebunden erfährt, sei eine gute Voraussetzung, sein Leben als sinnvoll zu erachten. **DK**

GZ

KOLUMNE

Constanze von Hassel



zeigte uns – ebenso wie der Krieg in der Ukraine –, wie anfällig unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ist und auch, wofür auf einmal Geld da ist und wofür nach wie vor nicht.

Unsere Generation steht vor großen Herausforderungen. Ob unser Leben so komfortabel bleibt, wie wir das seit vielen Jahrzehnten gewohnt sind, wird auch davon abhängen, wie Sie, liebe Leserinnen und Leser, die in Bayerns Kommunen Verantwortung tragen, Vorbildfunktion

haben und gestalten können, sich in Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken in die Energiepolitik einbringen und für unsere Mitmenschen Rahmenbedingungen schaffen, damit unser Land endlich wieder funktioniert – so wie es uns in der jüngsten Bundestagswahl doch versprochen war.

Vor einiger Zeit durfte ich einen Bürgermeister interviewen, der mit Herz und Seele dafür kämpft, seinen Heimatort im Frankenwald wieder zum Leben zu erwecken. Auf die Frage, warum er seine gut bezahlten, interessanten Jobs in Politik und Wirtschaft aufgeben hat, um Bürgermeister dieses kleinen Ortes zu sein, entgegnete er: „Weil nur hier machst Du den entscheidenden Unterschied.“

Diese Einstellung, liebe Leserinnen und Leser, die auch Sie antreibt, diese Liebe zur Heimat und den drängenden Wunsch, es besser zu machen für alle Beteiligten, das gibt mir Hoffnung und ich danke Ihnen für Ihr Engagement für uns, unsere Kinder und die kommenden Generationen.

Während unseres Bayerischen Energie- und WasserkraftForums in Gunzenhausen (20.7.2023) wird Bayerns Wirtschafts- und Energieminister, der stellvertretende Ministerpräsident unseres Freistaats, Hubert Aiwanger, die Bayerische Gemeindezeitung zur „Unterstützerin der Energiewende“ ernennen. Wir sind auf diese Anerkennung unserer Arbeit sehr stolz.

Unser Bayerisches EnergieForum findet bereits seit 2008 statt. Partner sind erneut der VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Wir laden Sie herzlich ein, dabei zu sein! Infos und Anmeldung unter www.bayerisches-energieforum.de

Ihre Constanze von Hassel

Chefredakteurin
Bayerische Gemeindezeitung

P.S. Denken Sie daran, sich Verstärkung mitzunehmen, denn die Vorträge werden gleichzeitig in vier Räumen gehalten! Der Eintritt für Vertreter von Kommunen und kommunalen Unternehmen ist kostenfrei.

„Gemeinsam für den Wald von morgen“

Ministerpräsident Söder und Waldministerin Kaniber unterzeichnen Waldpakt

Vor mehreren tausend Waldbesitzern und Vertretern aus der gesamten Branche unterzeichneten Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Waldministerin Michaela Kaniber zusammen mit den forstlichen Verbänden den „Waldpakt für Bayern“.

Der Ministerpräsident würdigte den Pakt als einzigartigen Schulterschluss für die Zukunft unserer bayerischen Wälder: „Bayern ist Waldland: Wald ist prägend für die Seele unseres Landes. Mit diesem Waldpakt mit den Waldbesitzern geben wir ein klares Bekenntnis zu unserer Lebensart und zum Eigentum. Er schafft die richtige Balance aus Schützen und Nutzen unserer Wälder. Wir wollen kein Stilllegen von Flächen und kein Verbot von Holzheizungen. Denn Holz ist unser nachhaltiger und natürlicher Rohstoff. Es ist wichtig, dass unser Wald zum Klimawald umgebaut wird, aber mit den Waldbesitzern und nicht gegen sie. Sie sind die besten Klimaschützer und haben unsere volle Unterstützung verdient. Danke für die harte Arbeit! War heute sehr gern beim Großen Bayerischen Waldtag in Kelheim in Niederbayern dabei.“

Forstministerin Michaela Kaniber zufolge ist der Waldpakt die partnerschaftliche Richtschnur für eine auf Dauer erfolg-

reiche Waldpolitik im Interesse der gesamten Gesellschaft und zudem ein dringend notwendiges Signal gegen die eigentumsfeindliche Verbotspolitik der Ampelregierung: „Statt auf Stilllegung und Vorgaben setzen wir in Bayern auf ein aktives Bewirtschaften und Pflegen unserer Wälder. Denn nur so können wir in der Klimakrise den Wald für kommende Generationen erhalten. Unsere Waldbesitzer leisten mit ihrer täglichen Arbeit und ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag für die Schönheit und die Zukunftsfähigkeit unserer Heimat. Deshalb unterstützen wir sie in Bayern auch künftig nach Kräften: durch eine Waldpolitik, die ihnen Vertrauen entgegenbringt, ihnen Handlungsspielräume verschafft und sie nicht durch immer neue Verbote und Beschränkungen gängelt.“

Angesichts der ideologischen Bestrebungen auf Bundes- und Europaebene steht die Staatsregierung laut Ministerin Kaniber fest an der Seite der 700.000 Waldbesitzer in Bayern. □



Ulrike Scharf. Bild: STIMAS/Elias Hassos

Bildung in großen Schritten ausgebaut haben. Darauf können wir stolz sein in Bayern. Dieser gemeinsame Kraftakt ist nicht zuletzt auch volkswirtschaftlich ein wichtiger Standortfaktor geworden. Nun gehen wir mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung den nächsten ehrgeizigen Schritt, damit es in der Betreuungssituation nicht zu einem Abriss zwischen Kindergartenalter und Grundschule kommt.

Der nächste Schritt für das Chancenland Bayern

Sobald die Kinder zur Schule gehen, wollen viele Mütter und Väter beruflich durchstarten. Auch volkswirtschaftlich brauchen wir dringend die Ganztagsbetreuung: Alle, die mehr arbeiten wollen, sollen das können. Als Familien-, Arbeits- und Sozialministerin geht es mir deshalb um weit mehr als einen formalen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung aufwachsend ab 2026. Mir geht es um den nächsten Schritt für das Chancenland Bayern. Schon heute verbringt jedes zweite Grundschul-Kind in Bayern die Nachmittage in einer Ganztageeinrichtung. Der Bedarf wird bis zum Ende des Jahrzehnts auf geschätzte 80 Prozent steigen. Deshalb habe ich ein Ganztagsversprechen gegeben: Der Freistaat fördert jeden Ganztagsplatz, den eine Gemeinde bis 2029 schafft, über die FAG-Förderung hinaus. Das setzen wir um. Das „Landesförderprogramm Ganztagsausbau“ für 130.000 zusätzliche Betreuungsplätze ist in seinen Eckpunkten beschlossen und startet in Kürze nach Freigabe des Bundes. Bayern gibt die Bundesgelder in Höhe von rund 461 Millionen Euro eins zu eins an die Kommunen weiter.

Die Kommunen können ihren Weg individuell entscheiden, aber wir gehen davon aus, dass der Großteil des Ausbaus im Bereich der schulischen Angebote und unter Erleichterung von Bestandsimmobilien stattfinden wird. Ich betone: Die Bundesmittel werden zu-

Kampf gegen Klimawandel:

Drohnenprojekt in Bamberg ist Vorbild für andere Städte

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach informierte sich über Smart City-Projekt „BaKIM“

„Moderne Technologien wie Drohnen und Künstliche Intelligenz können wichtige Helfer sein, auch beim Schutz unserer Wälder. Gerade der Klimawandel fordert uns hier leider immer intensiver. Digitalisierung nutzt dabei unseren Kommunen und unserer Umwelt“, so Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach, die sich in Bamberg ein Bild von „Baum, Künstliche Intelligenz, Mensch – BaKIM“ gemacht hat.

Das Smart-City-Projekt wird vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales in der Förderlinie „Kommunal? Digital!“ mit 450.000 Euro bis zum März 2024 gefördert. Mittels einer Drohne und Künstlicher Intelligenz werden Bestand und Vitalität von Bäumen in Bambergs Wäldern und Grünanlagen erfasst. Die Stadt Bamberg kooperiert dazu mit dem Lehrstuhl für Kognitive Systeme der Universität Bamberg. „Dank der Unterstützung durch den Freistaat können wir dieses zukunftsgerichtete Projekt weiterentwickeln, das die Vorteile der Digitalisierung beim Kampf gegen den Klimawandel einsetzt“, so Bambergs Digitalisierungsreferent Dr. Stefan Goller.

Kreative technische Lösungen

Der Klimawandel mit häufigeren Extremwetterlagen und Dürreperioden stellt den städtischen Forstbetrieb und die Abteilung Grünanlagen von Bamberg Service vor große Herausforderungen. Um die vorhandenen personellen Ressourcen effizienter einzusetzen, bedarf es kreativer technischer Lösungen – hier kommt „BaKIM“ ins Spiel.

Bei „BaKIM“ kommen zwei verschiedene Drohnen, Satellitenaufnahmen und Bodenfeuchtigkeitssensoren zum Einsatz. Also ein umfassendes System, das Daten sammelt und diese mithilfe verschiedener Verfahren auswertet. „Die Daten der Drohne könnten helfen, Baumarten und Vitalität der Bäume zu bestimmen und beim klimafesten Waldumbau wichtige Unterstützung liefern“, erklärt Projektleiter und Leiter des

städtischen Forstamts Johannes Hölzel.

Zweieinhalb Meter Flügelspannweite

Um die Daten von oben zu sammeln, klappt die Trinity F90+ die Rotoren an den Flügeln nach oben, startet senkrecht in die Luft, um dann schnell in den Gleitflug über zu gehen. Mit den 239 Zentimetern Flügelspannweite und der speziellen Bauweise ist es der Drohne möglich, entsprechend lange in der Luft zu bleiben und große Flä-

In Bayern lebt es sich ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Haushalte zu senken: Gegen Inflation und immer höhere Preise brauche es wirksame Preisbremsen für Bürgerinnen und Bürger, Mittelstand und Industrie. „Wir brauchen einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis, der seinen Namen verdient, und speziell für den Mittelstand einen dauerhaft niedrigen Mittelstandsstrompreis. Gegen steigende Energiepreise setzen wir auf eine Senkung der Stromsteuer auf breiter Basis. Wir wollen die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent pro kWh für Privathaushalte bzw. 0,05 Cent pro kWh für Unternehmen senken. Wir treten zudem für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf alle Lebensmittel und Getränke ein. Das ist eine echte Preisbremse für jedermann.“

Stichwort Bürokratieabbau: „Bürokratie und ein Übermaß an Regulierung gängelt Menschen und Unternehmen,

chen mit einer Kamera und Multispektralsensorik zu erfassen. Voraussetzung ist entsprechend gutes Wetter.

Durch die Software können Baumschäden entdeckt werden, die sonst nur zufällig entdeckt worden wären. Außerdem ist ein zusätzlicher wichtiger Aspekt der Software die sogenannte Bauminventarisierung. Dabei werden mit den trainierten Neuronalen Netzen der künstlichen Intelligenz einzelne Bäume in den georeferenzierten Drohnenaufnahmen erkannt. So können in zukünftigen Jahren die Veränderungen im Baumbestand gezielt erfasst und dargestellt werden.

Die Webapplication entwickelt der technische Projektleiter Jonas Troles und sein Team

nimmt Luft und ist ein Motivationshemmer“, stellt die CSU fest. „Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, einen Mentalitätswechsel in Behörden hin zu mehr Ermöglichung und ein echtes Belastungsmoratorium. Wir wollen ein neues Freiheitsversprechen geben und weitestmöglich Spielraum für eigene Initiativen zurückgeben.“

Bürokratie-TÜV und Paragrafenbremse

Zwar habe man mit Bürokratie-TÜV und Paragrafenbremse bereits viel in Bayern erreicht, jedoch sei eine „regelrechte Entfesselung durch Entbürokratisierung“ erforderlich. Ziel ist ein zweijähriges Moratorium für Verwaltungsvorschriften – im Bund und in Bayern. „Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, sondern weniger. Außerdem wollen wir eine umfassende „Good Governance“ für mehr freie Ermessensscheidung festlegen, mehr Geschwindigkeit durch digitale Verwaltungsprozesse, stärkere Spezialisierung bei Behörden und Gerichten sowie ein Bündnis für Beschleunigung mit Regierung, Landkreisen und kreisfreien Städten.“ Auch bei „Ehrenamt, Brauchtums- und Festkultur“ soll es eine echte Bürokratieentlastung geben. Hierzu sollen das Vereinsrecht und alle einschlägigen Vorgaben konsequent auf Vereinfachung- und Entlastungspotenzial hin durchforstet werden.

Als „Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien“ will die CSU diese bis 2030 verdoppeln und die Kernkraft als Brückentechnologie weiter nutzen. Bis 2050 sollen rund 25 Prozent des bayrischen Wärmebedarfs im Gebäudesektor aus Geothermie gedeckt werden. „Wir treiben den Speicher- und Netzausbau voran und machen Bayern zum Wasserstoffland Nr. 1.“

Als „Premiumland“ unterstützt der Freistaat den Klimaschutz mit maximalen Investitionen: Als einziges Bundesland investiert Bayern 1 Mrd. Euro pro Jahr, insgesamt 22 Mrd. Euro bis 2040 – für Erneuerbare Energien und Stromversorgung, natürliche CO₂-Speicher, Klimabau und Klimaarchitektur, smarte und nachhaltige Mobilität sowie CleanTech, Klimaforschung und Green IT. „Wir wollen einen sinn- und maßvollen Umgang mit Flächen. Unser Weg lautet: Wir schützen das Klima, erhalten die Landschaft und bewahren die Schöpfung.“

„Wir wollen die digitale Er-



Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach informierte sich über das Smart-City-Projekt „BaKIM“ von Stadt und Uni Bamberg bei Projektleiter Jonas Troles.

Bild: Stadtarchiv Bamberg, Sina Schraudner

vom Lehrstuhl für Kognitive Systeme in enger Zusammenarbeit mit den Förstern und Baumpflegerinnen weiter. „Das Projekt BaKIM ist eingebettet in die vielfältigen

Forschungsaktivitäten zu menschenzentrierter Künstlicher Intelligenz an der Universität Bamberg. Ich freue mich sehr, dass wir unsere Methoden zu inter-

Zeitenwende nur mit ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dieses Gesetz sollte unter anderem Regelungen zur Zuständigkeit des Bundes für Abschiebung und Rückführung sowie eine eindeutige Festschreibung des Grundsatzes „Fördern und Fordern“ für Integrationsmaßnahmen enthalten. Notwendig

sind aus Sicht des Verbands klare Zuständigkeitsregelungen bei den Integrationsmaßnahmen, Regelungen zum Datenaustausch und Zugriff auf alle notwendigen Register durch die beteiligten Behörden. Schließlich brauche es auch die Möglichkeit, Abweichungen von Standards, etwa Gruppen- und Klassengrößen in Kita und Schule, vorzusehen, um den notwendigen Zugang zu Einrichtungen zu Integrationszwecken zu ermöglichen.

Neustart in der Migrationspolitik

„Das Migrationsgesetzbuch muss von vorneherein so aufgestellt werden, dass die Verfahren digital schnell und unbürokratisch abgewickelt werden können. Wir brauchen einen wirklichen Neustart in der Migrationspolitik, ohne die derzeit noch bestehenden bürokratischen Hürden und Verzögerungen. Die Kommunen erwarten von Bund und Ländern, dass dieser notwendige Neustart schnell eingeleitet wird“, hob die DStGB-Spitze hervor.

„Zeitenwende – Partnerschaft zwischen Bundeswehr und Kommunen weiter stärken“, „Zukunftsaufgabe Ganztagsbetreuung“, und „ChatGPT und Co. – KI in Kommunen und der öffentlichen Verwaltung“ lauteten die Vortragsthemen ausgewiesener Experten. Mit der Frage, vor welchen Herausforderungen der Standort Deutschland steht, befasste sich DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben.

Nach seinen Ausführungen blickt die deutsche Wirtschaft wieder etwas positiver in die Zukunft als zuletzt. Dies liege vor allem daran, dass sich die Energiepreise stabilisiert hätten. Zudem nähmen Lieferengpässe ab. Grund für einen überschwänglichen Optimismus gebe es jedoch nicht. Die Betriebe sähen sich weiterhin immensen Herausforderungen gegenüber, die letztlich noch nicht gelöst sind: ein weiterhin hohes Niveau bei Energiepreisen, steigende Zinsen infolge der Inflation, eine gebremste weltweite Nachfrage, Fachkräftemangel, lange Planungsverfahren – und der Krieg in der Ukraine sowie darüberhinausgehende geopolitische Spannungen.

Der Gestaltungswille sei da, aber es fehle vor allem der Schwung bei den Investitionen, bewertete der Hauptgeschäftsführer die Ergebnisse einer Sonderauswertung der Konjunkturumfrage Frühsommer 2023 unter bundesweit rund 21.000 Betrieben. „Weiterhin will nur etwas mehr als jedes vierte Unternehmen in den nächsten zwölf Monaten seine Investitionen ausweiten.“

Wichtig sei jetzt, dass die für die Energieversorgung und die Klimapolitik relevanten Gesetze zu zusätzlichen Investitionen und zu schnelleren Verfahren

aktivem und vertrauenswürdigem Maschinellen Lernen in einem für nachhaltige Entwicklung so relevanten Bereich der Baumgesundheit in unserer Region umsetzen können“, sagt Professorin Dr. Ute Schmid, Lehrstuhlinhaberin Kognitive Systeme.

Ein erster Prototyp der Webapplication wurde beim Treffen mit der Digitalministerin vorgestellt und wird mit dem Feedback der Nutzer bis März 2024 stetig verbessert. Bis zum Ende der Projektlaufzeit wird die Pilotsoftware auch weiteren Kommunen vorgestellt. Das Open-Source-Projekt soll schließlich auch anderen Städten zu Gute kommen. □

fürten, mahnte Wansleben. Sie dürften die Wirtschaft nicht durch zu hohe Kostenbelastung und durch zu bürokratische Regelungen abwürgen. Dies gelte für das Energiethema selbst, aber auch für vieles andere, was die Politik in Berlin und Brüssel den Unternehmen auferlege – etwa die sogenannten Lieferketten-Sorgfaltspflichten-Regelungen.

Über die „Lesekompetenz als Schlüsselqualifikation für den Standort Deutschland“ sprach Dr. Jörg F. Maas, Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen. Nach seinen Worten haben Kinder und Jugendliche nur mit ausreichender Lesekompetenz Chancen auf einen Schulabschluss und beruflichen Erfolg. Der Nationale Bildungsbericht zeige auf, dass noch immer jedes vierte Grundschulkind in Deutschland die Grundschule verlässt, ohne ausreichend lesen zu können. Ein Defizit, das sich später kaum noch aufholen lässt und mit gravierenden, nachteiligen Folgen für die betroffenen Kinder und jungen Erwachsenen einhergeht.

Leseförderung sei deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, stellte Maas fest. Mit dem Nationalen Lesepakt als starke Allianz werde die Leseförderungslandschaft hierzulande verändert. Ziel ist es, dass alle Kinder lesen können, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Neben einer gestärkten institutionellen Leseförderung müsse auch die Bedeutung des (Vor-)Lesens in den Familien, der Gesellschaft und der Politik von frühester Kindheit an nachhaltig etabliert werden. Der nächste Schritt sei die Entwicklung eines Nationalen Lesepakts. Damit werde die programmatische Basis dafür geschaffen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche in Deutschland lesen kann.

Dass Zeitenwende auch Energiewende ist, darauf verwies Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Aus seiner Sicht sind die Kommunen jetzt zunehmend Umsetzungsakteure der von der Ampelregierung beschlossenen Gesetze.

Habeck hofft auf Einverständnis der Bürger

„Die Transformation einer Gesellschaft bedeutet, dass die Menschen in die Verantwortung gehen“, erklärte Habeck. So seien Kommunen u.a. wesentliche Akteure bei der Frage, „wie Mobilität sich in Zukunft umsetzt“. Dabei denke er an Verteilnetze, an Ladeinfrastruktur und die Vergütung für den Ausbau der Verteilnetze. Ähnlich verhalte es sich beim Stromthema. Der Ausbau erneuerbarer Energien bedürfe der Planung in den kommunalen Räumen. Ohne das Einverständnis der Bürger werde dies freilich nicht gelingen, machte Habeck deutlich.

„Die vielen Gesetze, die wir aufs Gleis gestellt haben, sehen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger und Kommunen vor. Mein Appell: Nutzen Sie diese Möglichkeiten!“ □

Deutscher Sparkassentag in Hannover:

„Weil's um mehr als Geld geht“

Mehr Tempo bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben hierzulande hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Helmut Schleweis, beim Deutschen Sparkassentag in Hannover unter dem Motto „Weil's um mehr als Geld geht“ gefordert. „Entscheidend für eine gute Zukunft sind eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, eine faire Vermögensverteilung, ausreichend bezahlbarer Wohnraum und die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Diese Themen dulden keinen Aufschub“, hob Schleweis hervor.

Rund 2.700 Verantwortliche aus allen Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, Vertreter der kommunalen Träger der Sparkassen und der Landesregierungen kamen beim Sparkassentag zusammen. Davon waren über 20 Redner aus Politik und Gesellschaft zu Gast, darunter Bundeskanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Dr. Robert Habeck, Finanzminister Christian Lindner und die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde. Sie wies darauf hin, dass die Menschen in der Eurozone sich auf weitere Zinserhöhungen einstellen müssten. In einer beispiellosen Serie hatte die EZB seit Juli 2022 den Leitzins sieben Mal erhöht. Mittlerweile liegt er bei 3,75 Prozent.

Mit der „Hannoverschen Erklärung“ hat sich die Sparkassen-Finanzgruppe zu den wichtigsten Zukunftsthemen positioniert. „Vor dem Hintergrund der notwendigen Energiewende und aktueller geostrategischer Herausforderungen ist eine breite soziale Teilhabe der wichtigste Erfolgsfaktor. Wir werden unseren Beitrag leisten, um Deutschland als größte Volkswirtschaft mitten in Eu-

ropa zukunftsfähig aufzustellen. Wir haben die Kraft, unsere Kundinnen und Kunden bei diesem Veränderungsprozess zu begleiten“, heißt es.

Besondere geschäftspolitische Schwerpunkte sollen unter anderem in folgenden Bereichen gesetzt werden:

Finanzierung der Transformation in den Unternehmen: „Drei Viertel der deutschen Unternehmen haben eine Geschäftsbeziehung zu Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, rund 43 Prozent der insgesamt ausgereichten Kreditmittel kommen aus unserer Gruppe. Wir wollen nicht nur ‚grüne‘ Investments tätigen, sondern möglichst allen Unternehmen den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität ermöglichen und finanzieren. Regulatorische Vorgaben, etwa die Taxonomie, die Kapitalanforderungen oder andere Regulierungen müssen diese Transformation unterstützen und zu diesem Zweck dringend überprüft werden.“

Finanzierung der Energiewende: „Wir bekennen uns zur gezielten und kraftvollen Finanzierung der Energiewende – in der Infrastruktur bei Anlagen für Wind-, Bio- und Solarener-

gie und bei Energienetzen, aber auch bei individuellen energetischen Maßnahmen unserer Kundinnen und Kunden. Infrastrukturmaßnahmen mit Bürgerbeteiligung wollen wir besonders unterstützen und einen Schwerpunkt bei der energetischen Sanierung des Wohnungsbestands setzen. Unser Ziel ist es, den größten Beitrag zur notwendigen Sanierungsfinanzierung von Wohnimmobilien zu leisten – mindestens einen unserer heutigen Marktanteil von rund 35 Prozent entsprechenden Anteil; entweder aus eigenen Mitteln oder durch Kreditvergaben auf Grundlage öffentlicher Fördermittel.“

Mehrwert für alle: „Wir investieren gezielt in die Attraktivität und die Weiterentwicklung unserer jeweiligen Geschäftsgebiete. Die regionale Ausrichtung aller Sparkassen stellt sicher, dass wir uns auf unser Geschäftsbereich auch dann konzentrieren, wenn sich jenseits davon attraktivere Geschäftsmöglichkeiten bieten. Für öffentlich-rechtlich organisierte kommunale Sparkassen ist das Regionalprinzip bereits eine zwingende Folge ihrer kommunalen Trägerbindung. Wir stellen die Teile unseres Jahresüberschusses, die wir nicht zum eigenen Wachstum und zur Risikovorsorge benötigen, den Menschen des eigenen Geschäftsgebiets durch Spenden und Sponsorings der Institute sowie Ausschüttungen der inzwischen über 750 Sparkassenstiftungen zur Verfügung. Damit ist die Sparkassen-Finanzgruppe der größte nichtstaatli-

che Kultur- und Sportförderer und einer der großen Förderer sozialer Belange. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich in besonderer Weise bürgerschaftlich für örtliche Belange.“

Diversität: „Unsere Gründungsidee ist umfassende Teilhabe. Wir werden insbesondere den Anteil der weiblichen Führungskräfte, vor allem in den Vorständen, in den kommenden Jahren deutlich steigern. Unser Ziel ist eine gleichberechtigte Vertretung der Geschlechter in allen Führungsebenen.“

Zugang zu Beratung für alle: „Durch ein umfassendes und qualifiziertes Beratungsangebot in allen Teilen des Landes stellen wir sicher, dass alle an den wirtschaftlichen Chancen der Transformation durch eigene Investments teilhaben können. Bereits ab 25 Euro pro Monat bieten wir allen die Möglichkeit, die Energiewende mitzufinanzieren bzw. am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs teilhaben zu können. Auch ein nur partielles Provisionsverbot im beratungsfreien Geschäft lehnen wir ab, weil dies eine Gefahr für eine breite Wertpapierberatung darstellt. Für die politisch gewünschte breitere Beteiligung der Bevölkerung am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs und für die Mobilisierung privaten Kapitals für Zwecke der Energiewende wäre dies kontraproduktiv.“

Datensouveränität: „Als einer der größten Anbieter von IT-Dienstleistungen in Europa sind wir bereit, mit unserem Know-how gezielt die Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität Europas im digitalen Bereich zu unterstützen. Das betrifft insbesondere die Einführung eines gemeinsamen elektronischen

Identitätsnachweises in Europa sowie mit der European Payment Initiative (EPI) die Einführung eines gemeinsamen europäischen Zahlungssystems.“

Umfassende Einlagensicherheit: „Sicherheit ist in unsicheren Zeiten eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft der Menschen, den Wandel mitzugestalten. Mit unserem Institutssicherungssystem erfüllen wir die europäischen Vorgaben für die Einlagensicherung.“

Wir stellen zugleich durch präventives Handeln im Sicherungssystem sicher, dass Einlagensicherungsfälle möglichst umfassend ausgeschlossen werden. Damit bieten Sparkassen ein Höchstmaß an Sicherheit und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Vertrauen in unser Finanzsystem. Mit einer Vergemeinschaftung von Einlagensicherungssystemen in Europa würde dieses Vertrauen massiv und unnötig gefährdet. Risiko und Haftungsverantwortung dürfen nicht getrennt werden.“

Flächendeckende Präsenz: „Die Kundinnen und Kunden bestimmen bei uns die Zugangswege zu den Dienstleistungen der Sparkasse und deren Gewichtung. Wir bieten alle gewünschten Zugangskanäle an. Angesichts des erkennbaren Wandels des Kundenbedarfs werden die digitalen Zugangskanäle und digitale KundenService-Center weiter ausgebaut. Wir bekennen uns gleichzeitig zu einer flächendeckenden Präsenz der Sparkassen.“

Zukunft sei nicht ohne finanziellen Aufwand zu haben, biete aber große wirtschaftliche Chancen, erläuterte Sparkassenchef Schleweis: „Von diesen Chancen muss jeder profitieren können. Das erfordert eine

gerechte Vermögensverteilung und deshalb einen breiten Zugang zu Wertpapiergeschäften. Das muss erleichtert, nicht erschwert werden.“

„Die Sparkassen stehen seit jeher für die Stabilität und Sicherheit. Für Vertrauen und Beständigkeit. Diese Werte werden weltweit auch mit unserem Land verbunden“, stellte Bundeskanzler Olaf Scholz fest. Für eine nachhaltige Energieversorgung und für die Dekarbonisierung der Wirtschaft brauche es private Investitionen. Die Sparkassen als „Finanzierer unseres Mittelstands, als Finanzierer auch der Energiewende“ werden gebraucht, um diese Investitionen zu mobilisieren, erklärte Scholz.

Die jüngsten Turbulenzen im amerikanischen und Schweizer Bankenmarkt sind aus seiner Sicht nicht mit den Jahren 2008 und 2009 zu vergleichen. Alle Beteiligten hätten aus der Finanzkrise gelernt. „Die Reformen waren weitreichend und sie sind wirksam“, bekräftigte der Kanzler. Ein aktueller Vorschlag der Europäischen Kommission zur Reform des Rahmens für Krisenmanagement im Bankensektor gehe aber in Teilen zu weit.

In Deutschland und in anderen Mitgliedstaaten gebe es gut funktionierende Sicherungssysteme für kleine Banken. „Diese sollten wir nicht ohne Not über den Haufen werfen.“ Die Bundesregierung setze sich deshalb bei den Verhandlungen in Brüssel für den Erhalt der Institutssicherung ein. „Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssen und werden eine stabile Säule unseres deutschen Finanzsystems bleiben“, unterstrich Scholz. **DK**

Internationaler Tag der Genossenschaften:

Engagement für die Heimat

Anlässlich des Internationalen Tags der Genossenschaften am 1. Juli stellt der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) die besondere Bedeutung genossenschaftlicher Unternehmen für die Wirtschaft und die Gesellschaft heraus. Besonderen Fokus legt der Verband in diesem Jahr auf das Engagement der Genossenschaften bei den Menschen vor Ort.

Versorgung mit Wärme und Strom, der Erhalt des Dorfwirtschaftshauses oder der Dorfbäckerei, die Wiederbelebung der örtlichen Brauerei, die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln und Finanzdienstleistungen – so bunt wie die Wirtschaft sind auch Genossenschaften. Sie bringen Menschen zusammen und treten dort als Problemlöser auf, wo Staat oder andere Akteure weiße Flecken lassen. Als Unternehmensmodell unterscheiden sich Genossenschaften von allen anderen. Sie haben den Auftrag, ihre Mitglieder zu fördern und engagieren sich so für die Gesellschaft. „Auch Genossenschaften müssen wirtschaftlich tragfähig sein. Ihnen geht es aber nicht um Gewinnmaximierung, sondern darum, nachhaltig zu agieren, vor Ort Nutzen zu stiften und Menschen einzubinden“, sagte GVB-Präsident Gregor Scheller in München.

Genossenschaften stiften Nutzen

Nachhaltiges Wirtschaften zeichnet Genossenschaften seit jeher aus. Fast drei Millionen Menschen in Bayern sind Mitglied in einer Genossenschaft – mehr als 52.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bei einem genossenschaftlichen Unternehmen einen sicheren Arbeitsplatz.

Welchen Nutzen Genossenschaften stiften, verdeutlichte Scheller anhand einiger Beispiele: „Die genossenschaftlichen Nahwärmenetze umfassen inzwischen eine Gesamtlänge

von zirka 1.000 Kilometern – das entspricht etwa der Entfernung zwischen München und Rom. Damit bringen Genossenschaften umweltfreundliche Energie in die Häuser ihrer Mitglieder – mit inzwischen weit mehr als 12.000 angeschlossenen Haushalten. Während andernorts über die richtige Lösung für deutsche Heizungskeller diskutiert wird, tun sich in vielen Orten Bayerns die Bürgerinnen und Bürger zusammen und schaffen eine Lösung, die ganze Ortschaften mit nachhaltiger Wärme versorgt.“

Mit der Produktion von Käse, Wein und Bier sowie anderen regionalen Lebensmitteln tragen Genossenschaften die bayrische Genussskultur in die Welt hinaus. So gehen jährlich 4,2 Millionen Tonnen Milch durch genossenschaftliche Hände. Das ist fast die Hälfte der gesamten in Bayern erzeugten Milchmenge. Überdies wird ein Viertel der in Bayern vermarkteten Getreidemenge im Raiffeisen-Warengeschäft gehandelt.

Volks- und Raiffeisenbanken als verlässliche Partner

Die Volks- und Raiffeisenbanken im Freistaat sind verlässliche Partner von Wirtschaft, Mittelstand und Privatpersonen. „Nahezu die Hälfte aller mittelständischen Unternehmen steht in Verbindung mit einer Volks- oder Raiffeisenbank und jeder vierte Euro an Kapitalbedarf der mittelständischen Wirtschaft kommt von einer Volks- und Raiffeisenbank. Damit tragen sie maßgeblich zur wirtschaftli-

chen Entwicklung unseres Landes bei“, sagte Scheller. Im vergangenen Jahr haben die bayrischen Volks- und Raiffeisenbanken Förderkredite der LfA-Förderbank Bayern in Höhe von mehr als 660 Millionen Euro vergeben. Mit über 2.300 Zusagen für Mittelstand und Selbstständige in Bayern stehen sie für mehr als 47 Prozent der im vergangenen Jahr insgesamt zugesagten LfA-Programmkredite. 137 Milliarden Euro an Krediten haben die Banken insgesamt vergeben und sie verwalteten Kundengelder in Höhe von fast 160 Milliarden Euro.

Die Banken setzen sich aber auch darüber hinaus für ihre Heimatregion ein. Im vergangenen Jahr haben allein die Volks- und Raiffeisenbanken fast 15 Millionen Euro gespendet und damit Vereine und Initiativen vor Ort gefördert.

Anreize statt Verbote

Scheller erinnerte zudem daran, dass Genossenschaften darauf ausgelegt sind, Eigeninitiative und Unternehmergeist zu wecken. „Allerdings braucht es dazu einen politischen Rahmen, der uns dabei unterstützt: Anreize statt Verbote, Ermöglichen statt immer mehr Bürokratie und Berechenbarkeit statt ständigem Hin und Her bei politischen Entscheidungen.“ Ein Beispiel ist die Nachhaltigkeit. Volks- und Raiffeisenbanken handeln nachhaltig und wollen diese Idee auch weitertragen. Allerdings erschweren Regulatorik und weitere Vorschriften Initiativen, anstatt sie zu erleichtern. Durch die damit einhergehende Bürokratie werden zahlreiche Ressourcen gebunden, die dann in den regionalen Genossenschaften fehlen, um kreative Lösungen für nachhaltiges Handeln zu entwickeln. **□**



Verwirrende Zeiten brauchen klare Finanzen.

Behalten Sie Ihre finanziellen Ziele im Blick. Wir unterstützen Sie dabei. Mehr auf sparkasse.de/mehr-als-geld



Weil's um mehr als Geld geht.



KfW-Kommunalpanel 2023:

Investitionsrückstand steigt moderat

Erstaunlich krisenfest zeigen sich die deutschen Kommunen in finanzieller Hinsicht, wie das vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführte KfW-Kommunalpanel 2023 zeigt. Trotz Mehrfachkrise und negativer Prognosen, die daraus für die kommunalen Finanzen abgeleitet wurden, konnten die Städte, Gemeinden und Landkreise das Jahr 2022 mit einem Finanzierungsüberschuss von 2,6 Mrd. Euro abschließen. Auch die Investitionen hielten sich robust, der wahrgenommene Investitionsrückstand wuchs nur moderat auf 166 Mrd. Euro und die Finanzierungsmöglichkeiten blieben trotz Zinswende noch auskömmlich. Gleichwohl trüben zahlreiche Haushaltsrisiken wie hohe Preissteigerungen und steigende Zinsen die Erwartungen der Kommunen hinsichtlich der künftigen Finanzlage und der Finanzierungsbedingungen spürbar ein.

Auch wenn die Angaben der Kammereien in der bundesweit repräsentativen KfW-Befragung für 2022 insgesamt von Stabilität gekennzeichnet sind, so schlugen sich auch die großen Unsicherheiten des vergangenen Jahres darin nieder: Rund die Hälfte der Kommunen bewertet die eigene Finanzlage als gut oder befriedigend, die andere Hälfte hingegen als nur ausreichend oder mangelhaft. Der Ausblick für die nächsten Jahre fällt deutlich pessimistischer aus, hier erwarten 51 Prozent eine eher nachteilige, weitere 22 Prozent sogar eine sehr nachteilige Entwicklung.

Getrübt Erwartungen

Erklären lassen sich diese „eingetrübten Erwartungen“ laut Kreditanstalt für Wiederaufbau zum einen mit den absehbaren Mehrausgaben, die

als Folge der Inflation sowohl bei den Sachkosten als auch in Form höherer Tarifabschlüsse bei den Personalausgaben auf die Kommunen zukommen. Zum anderen ist die Finanzierung der Kosten für die Versorgung der Geflüchteten weiterhin unsicher, so dass über die bestehenden konjunkturebedingten Unwägbarkeiten hinaus erhebliche finanzielle Risiken für die Kommunalhaushalte fortbestehen.

Bislang haben diese negativen Erwartungen jedoch kaum Einfluss auf die Investitionsplanungen. Die investiven Ausgaben der Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern sollen gemäß Hochrechnung in diesem Jahr um 1,8 Mrd. Euro auf 43,1 Mrd. Euro steigen. Damit setzt sich das kontinuierliche Wachstum der Investitionsausgaben der vergangenen Jahre fort. Bei den geplanten Investitionen

stellen weiterhin die Schulgebäude mit 12,1 Mrd. Euro und die Straßen mit 10,8 Mrd. Euro für die Kommunen in den Kernhaushalten die größten Investitionsbereiche dar.

Größte Rückstände bei Schulgebäuden und Straßen

Die gestiegenen Investitionen zeigen sich auch in der Entwicklung des Investitionsrückstands. Zwar nimmt der wahrgenommene Investitionsrückstand in der bundesweiten Hochrechnung um knapp 7 Mrd. Euro auf insgesamt rund 166 Mrd. Euro zu; in Betracht der Preissteigerungen sowie der Nachholbedarfe, die im Zuge der vergangenen Krisen deutlich geworden sind, ist dieser Anstieg laut KfW aber eher als moderat zu bezeichnen. Die größten Rückstände lassen sich bei den Schulgebäuden (47,4 Mrd. Euro), Straßen (38,6 Mrd. Euro) und Verwaltungsgebäuden (19,5 Mrd. Euro) verorten.

Insgesamt nennen 62 Prozent der finanzschwachen Kommunen einen „gravierenden“ oder „nennenswerten“ Investitionsrückstand, gegenüber 46 Prozent unter den finanzstarken Kommunen. Die Erwartungen für die Entwicklung des Investitionsrückstands in den nächsten fünf Jahren sind nahezu gleich verteilt: 30 Prozent gehen von einem Abbau, 34 Prozent von einer Zunahme aus.

Für die Bereiche Schulen und Kitas erwarten 42 bzw. 41 Prozent eine Verbesserung, auch weil in den vergangenen Jahren etliche Vorhaben lanciert und die zusätzlichen gesetzlichen Ansprüche zudem durch Förderprogramme begleitet wurden. Größere Probleme werden demgegenüber bei den Straßen gesehen, wo eine relative Mehrheit von 45 Prozent einen Anstieg des Investitionsrückstands erwartet.

Eigenmittel

Im Finanzierungsmix erneut abgenommen hat die Bedeutung der Eigenmittel. Auf für die Kommunen frei verfügbaren Mittel entfallen noch 38 Prozent, hinzukommen 10 Prozent

aus zweckgebundenen Zuweisungen. Auf Mittel von Dritten, nämlich Fördermittel und Kommunalkredite, entfallen jetzt 22 bzw. 25 Prozent.

Mit Blick auf das laufende Jahr erwarten die Kommunen tendenziell einen weiteren Rückgang des Anteils der Eigenmittel im Finanzierungsmix, die Kommunalkredite dürften hingegen als Kompensation an Bedeutung gewinnen. Rund 56 Prozent der Kommunen gehen von einer höheren Kreditaufnahme in diesem Jahr aus, obwohl die Bedingungen der Kreditaufnahme sich in der Wahrnehmung der Kammereien bereits verschlechtert haben.

Zwar bewerteten zum Jahresende 2022 noch 43 Prozent der Kommunen die Bedingungen als „sehr“ oder „eher gut“, dies stellt aber einen Rückgang um 18 Prozentpunkte zum Vorjahr dar. Die Zinswende geht auch mit schlechteren Erwartungen einher, denn mittlerweile gehen 57 Prozent der Kommunen (20 Prozent im Vorjahr) von einer deutlichen Verschlechterung der Konditionen in den nächsten zwölf Monaten aus. Auf veränderte Rahmenbedingungen stellen sich 62 Prozent der Kommunen im Rahmen ihres Zins- und Schuldenmanagements mit verschiedenen Maßnahmen ein.

Sonderthema Klimaschutz

Im diesjährigen Sonderthema der Befragung geht das KfW-Kommunalpanel auf Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel als die gegenwärtig wahrscheinlich größte transformative Notwendigkeit für die Kommunen ein. Nach Angaben der Kommunen haben sie im Jahr 2022 3,9 Mrd. Euro und damit 11 Prozent ihrer Gesamtinvestitionen für Klimaaspekte ausgegeben – eine hohe Summe, die Schätzungen zufolge jedoch in erheblichem Umfang auf mindestens das Doppelte steigen müsste, um die Klimaziele im kommunalen Bereich zu erreichen. Dementsprechend erwarten auch 80 Prozent der Kammereien für die Zukunft eine Zunahme der Klimainvestitionen. Allerdings wird mit Skepsis betrachtet, ob die Bemühungen ausreichen werden. Knapp 60 Prozent der Städte, Gemeinden und Kreise erwarten, dass unter den bestehenden Rahmenbedingungen bestenfalls ein geringer Teil der Bedarfe gedeckt werden kann. **DK**

Drei Sparkassen gründen die S-International Bayern Süd

Mit der neuen S-International Bayern Süd bündeln drei große Sparkassen in Bayern ihr Produkt- und Dienstleistungsangebot für mittelständische Unternehmen im Auslandsgeschäft und Zins- und Währungsmanagement. Die Gründungssparkassen sind die Stadtsparkasse München, die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg, sowie die Sparkasse Ingolstadt Eichstätt.

45 Mrd. Euro Bilanzsumme

Die drei Institute weisen zusammen eine Bilanzsumme von knapp 45 Milliarden Euro aus. Das neue Unternehmen wird voraussichtlich Anfang 2024 seine Arbeit aufnehmen, der Sitz wird in München sein. Die neue Gesellschaft stärkt die Zusammenarbeit der Sparkassen und schafft neue Perspektiven in der gemeinsamen Marktbearbeitung.

Bündelung der Kräfte

Mit dem geplanten Unternehmen wird das Angebot für die mittelständische Wirtschaft im Auslandsgeschäft sowie für das Zins- und Währungsmanagement ausgebaut. Von den Leistungen und dem Service der neuen Gesellschaft werden mehr als 50.000 Unternehmen im gemeinsamen Wirtschaftsraum profitieren. Durch eine Bündelung der Kräfte werden die Sparkassen ihre führende Rolle als Hausbanken des Mittelstands ausbauen und stärken. **□**

Niederbayerische Sparkassen:

Erfolgreiche Gründerkonzepte

In zehn verschiedenen Kategorien wurde im Landshuter Tagungszentrum der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern der Niederbayerische Gründerpreis 2023 verliehen. Die Auszeichnung würdigt unternehmerische Leistungen in unterschiedlichen Unternehmensphasen – vom Start-up bis zum Lebenswerk. Ziel der Initiative ist es, erfolgreiche Gründer und ihre Unternehmen sichtbar zu machen.

Christoph Helmschrott, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Passau und Obmann der niederbayerischen Sparkassen, betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der Auszeichnung gerade in Zeiten großer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Ausrichter der Preisverleihung war erstmals die Sparkasse Kelheim.

Kategorie „Start-up“

In der Kategorie „Start-up“ siegte Julius Schneidwerk, Osterhofen (Landkreis Deggendorf). Während der Corona-Pandemie eröffnete Julia Rauch einen modernen Salon in exklusiver Shabby-Optik. Besonders gewürdigt wurden das familienfreundliche Ambiente mit Spieldecke, das motivierte Team sowie der herausragende Service.

„Aufsteiger“

Als „Aufsteiger“ behielt die Offgridtec GmbH, Eggenfelden, die Oberhand. Das von Martin Krannich gegründete Unternehmen macht Energieversorgung durch die Sonne für die breite Bevölkerung und für Unternehmer ganz einfach über Plug-in-Systeme nutzbar. 2019 wurde neu gebaut, mittlerweile steht bereits die dritte Betriebs-erweiterung an.

„Konzept“

Die Kategorie „Konzept“ spricht Unternehmer an, die mit marktauglichen Ideen und einem fundierten Geschäftsplan gründen wollen bzw. bereits gegründet haben. Hier sicherte sich Pflege Askari in Abensberg Platz 1. Askari Qudratullah kam aus Afghanistan nach Deutschland, lernte schnell die Landessprache, machte nach zwei Jahren seinen „Quali“ und absolvierte in der Folge zahlreiche Ausbildungen und Weiterbildungen im Bereich Altenpflege, ehe er sich mit seinem Pflegedienst selbstständig machte.

Platz 2 errang der Berggasthof Reissel in Waldkirchen (Landkreis Freyung-Grafenau). Nach namhaften beruflichen Stationen wurde Philipp Schmoller bei einer Skitour auf den Berggasthof aufmerksam, der neu verpachtet werden sollte. Mit einem Team von neun Personen will er regionale altbayerische Küche, aber auch einige Geheimrezepte seiner Großmutter und vegetarische Gerichte anbieten.

Auf Platz 3 rangiert das Team von Pieper Bedachungen die Dachdeckermeister Akis-Liam Pieper aus Hauzenberg (Landkreis Passau). Gerade im Rahmen energetischer Sanierungen bieten Wärmedämmsysteme, Photovoltaik, Solarthermie oder Dachbegrünungen viele Möglichkeiten, Energie zu sparen oder zu gewinnen. Dieses Fachgebiet beherrscht auch Akis-Liam Pieper, der nach seiner Tätigkeit als Dozent am Kompetenzzentrum Dachtechnik Waldkirchen e.V. Ende 2022 selbst den Schritt zum eigenen Handwerksunternehmen wagte.

„Nachhaltigkeit“

In der Kategorie „Nachhaltigkeit“ wurde die Nigl & Mader GmbH, Röhrnbach (Landkreis Freyung-Grafenau), mit dem Gründerpreis bedacht. Gegrün-

det wurde das Unternehmen im Jahr 2000 mit den Schwerpunkten Elektro-, Gebäude- und Energietechnik. Der Betrieb zeichnet sich durch stetiges und nachhaltiges Wachstum aus. Nachhaltigkeit ist vielfältig erlebbar: So werden Elektrofahrzeuge genutzt und der Neubau soll ganzjährig mit autarker Energie versorgt werden.

„Agrar“

Schweinefleisch aus ökologischer Kreislaufwirtschaft – dieses Ziel verfolgt die Fischer-Tischer GbR aus Eholting (Landkreis Passau), die in der Kategorie „Agrar“ ausgezeichnet wurde. Das Konzept der jungen Landwirte Julius Fischer und Andreas Tischer setzt auf Bioschweinemast und -zucht und ist damit eine Besonderheit, denn Bio-Schweinefleisch ist immer noch selten. Ziel der beiden Initiatoren war ein geschlossenes System in Bioqualität zu schaffen. Ein offenes Stallkonzept mit Auslauf, viel Stroh, offenen Tränkebecken und individueller Fütterung sorgen für das Tierwohl. Der anfallende Mist wird in der eigenen Biogasanlage vergoren. Die verbleibende Gülle dient als Dünger für die eigenen Felder, auf denen Biofutter erzeugt wird.

„Unternehmensnachfolge“

In der Kategorie „Unternehmensnachfolge“ gewann die Rappl Maschinenbau GmbH, Kirchroth (Landkreis Straubing-Bogen). 1986 gründete Anton Rappl sein Maschinenbauunternehmen und setzte schon früh auf modernste Technik. Bislang sind bereits mehr als 75 junge Menschen ausgebildet worden. Inzwischen hat Sohn Klaus das Unternehmen übernommen. Zu den Tätigkeitsfeldern zählen unter anderem Medizin, Luftfahrt und der Landmaschinenbau.

„Lebenswerk“

Hermann Paintner, Gründer und Geschäftsführer der ROPA Fahrzeug- und Maschinenbau GmbH aus Sittelsdorf (Landkreis Kelheim), wurde in der Kategorie „Lebenswerk“ für seine herausragenden unternehmerischen Leistungen der vergangenen 50 Jahre gewürdigt. Letztlich überzeugte die Jury die Erfolgsgeschichte eines Landwirts, der sein Unternehmen zum bedeutendsten Innovationsstandort zur Herstellung von Maschinen für die Zuckerrüben- und Kartoffelerntetechnik entwickelte. Die ROPA-Produkte haben sich mit großem Erfolg am Weltmarkt etabliert und sind aus der landwirtschaftlichen Branche nicht mehr wegzudenken.

„Sonderpreis“

Mit dem Gründerpreis in der Kategorie „Sonderpreis“ wurde das Kinderkrankenhaus St. Marien in Landshut gewürdigt. Seit mehr als hundert Jahren leistet die Klinik Herausragendes im Bereich der Kinderheilkunde. Von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr werden Kinder und Jugendliche auch überregional versorgt. Dabei spielen soziale Überlegungen eine wichtige Rolle als wirtschaftliche Interessen. Dafür steht exemplarisch der Aufbau eines ambulanten Palliativdienstes. **DK**

Gewerbesteuer und Grundsteuer:

Hebesätze im bundesweiten Vergleich

Rund 95,1 Prozent aller bayerischen Gemeinden haben im Jahr 2022 ihre Hebesätze der Gewerbesteuer auf Werte zwischen 300 und 399 Prozent festgesetzt. Hebesätze von 200 bis 299 finden sich in 2,4 Prozent, Hebesätze von 400 oder mehr in 2,5 Prozent der Gemeinden. Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik finden Gewerbetreibende in Bayern damit niedrigere Hebesätze vor als im deutschlandweiten Durchschnitt. Hier weisen 81,1 Prozent der Gemeinden einen Hebesatz zwischen 300 und 399 Prozent auf, während nahezu 18 Prozent der Gemeinden darüber liegen. Diese und weitere Informationen liefert eine interaktive Karte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die ab sofort für das Jahr 2022 kostenlos im Internet zur Verfügung steht: www.statistikportal.de/de/karte-hebesaetze.

Von den 2.056 Gemeinden in Bayern meldeten Kemnath, Röttenbach und Wolfertschwenden (je 230 Prozent) die geringsten Hebesätze der Gewerbesteuer. Am höchsten ist dieser Wert in der Landeshauptstadt München mit 490 Prozent. Danach folgen die kreisfreien Städte Augsburg mit 470 Prozent und Nürnberg mit 467 Prozent.

Grundsteuer B

Auch bei der Grundsteuer B (für sonstige Grundstücke) liegen die Hebesätze bei bayerischen Gemeinden überwiegend (79,0 Prozent) im Bereich zwischen 300 und 399 Prozent, während 16,1 Prozent einen Hebesatz von 400 oder mehr aufweisen. Bundesweit haben hingegen 57,2 Prozent einen Hebesatz zwischen 300 und 399 festgesetzt, während er in 39,6 Prozent der Gemeinden höher liegt. Bayernweit am niedrigsten war der Hebesatz für bebauten und unbebauten Grundstücken in Gundremmingen (150 Prozent); den Höchstwert legen Oberickelsheim, Gnotzheim und Meinheim mit jeweils 650 Prozent zugrunde.

Weniger deutlich stellt sich im bundesweiten Vergleich der Hebesätze die Situation in den

bayerischen Gemeinden bei der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen) dar. Zwar ist der Anteil zwischen 300 und 399 Prozent in Bayern mit 75,5 Prozent höher als in Deutschland mit 69,3 Prozent, dafür liegt der Anteil der Gemeinden mit Hebesätzen von unter 300 Prozent in Bayern mit 5,5 Prozent unterhalb dem bundesdeutschen Wert insgesamt mit 11,8 Prozent. Den geringsten Wert in Bayern meldet Gundremmingen mit 150 Prozent, die höchsten Hebesätze werden in Gnotzheim und Meinheim mit jeweils 650 Prozent festgesetzt.

Hinweise

Regionalisierte Zahlen enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern in Deutschland“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter: www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/hebesaetze-der-realsteuern-deutschland. Informationen liefert eine interaktive Karte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die ab sofort für das Jahr 2022 kostenlos im Internet zur Verfügung steht: www.statistikportal.de/de/karte-hebesaetze **□**

Die Brüsseler Krake

Wie die EU-Kommission versucht, über Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu bestimmen

Ein Gastbeitrag von Dr. Jürgen Gros

Einigkeit zwischen Bundeskanzler, Bundesminister der Finanzen und Wirtschaftsminister. Ganz ohne Streitereien und Machtworte. Das hat mittlerweile Seltenheitswert in der Koalitionsregierung von SPD, FDP und Grünen. Dass zwischen Olaf Scholz, Christian Lindner und Robert Habeck zumindest bei einem Thema kein Blatt Papier passt, ist von hoher Bedeutung für den Bankenstandort Deutschland. Denn es geht um viel. Nämlich darum, wer künftig in Krisenfällen über die Zukunft von mehr als 1.100 Sparkassen und Genossenschaftsbanken bestimmt.

Die EU-Kommission hat dazu präzise Vorstellungen. Entsprechend sollen in Zukunft nicht nur wie bisher Großbanken, sondern ebenso kleine und mittelgroße Banken den europäischen Regeln zur Bankenabwicklung unterliegen. Das träfe dann eben auch Sparkassen und Kreditgenossenschaften. So jedenfalls sehen es die Pläne vor, die im April die EU-Kommissare Mairead McGuinness und Vladis Dombrovskis zur Vereinheitlichung der Bankenabwicklung vorgelegt haben.

Die europäischen Regeln zur Bankenabwicklung sind bereits seit 2014 in Kraft. Kernstück ist der „einheitliche Abwicklungsausschuss“ (SRB). Er ist eine EU-Institution. Seine Aufgabe ist es, die ordnungsgemäße Abwicklung von insolvenzbedrohten Finanzinstituten zu organisieren und dabei die Auswirkungen auf Realwirtschaft und Staatsfinanzen möglichst gering zu halten. Ziel ist es, bei Abwicklungen die Banken selbst und nicht die Steuerzahler in die Pflicht zu nehmen. Die Etablierung des „einheitlichen Abwicklungsmechanismus“ war eine politische Reaktion auf die Bankenkrise der Jahre 2007/2008. Damals musste der Steuerzahler vor allem Großbanken stützen.

Was für Großbanken also längst etabliert ist, soll nun auch für kleine und mittelgroße Banken geregelt werden. Der EU-Kommission ist es mit Blick

auf nicht ganz so große Banken ein Dorn im Auge, „dass nationale Behörden Steuergelder verwenden, um einen drohen-



Dr. Jürgen Gros. © Barbara Obermaier

den Zusammenbruch zu bewältigen, anstatt die internen Ressourcen und von der Industrie finanzierte Sicherheitsnetze zu nutzen“, wie McGuinness bei der Vorstellung des Vorhabens ausführte. Welche nationalen Behörden in welchen EU-Mitgliedsstaaten das sind, konkretisierte die Kommissarin jedoch nicht. In Deutschland jedenfalls gibt es solche Fälle bislang nicht.

Die EU-Pläne haben es freilich in sich. Dem langjährigen Beobachter der EU-Kommission erschließt sich unweigerlich, um was es wirklich geht: Den Zugriff der Brüsseler Kra-

ke auf die nationalen Einlagensicherungsstrukturen von Banken und damit auch auf die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Kreditgenossen. Denn durch die geplanten Neuregelungen wären die beiden großen Verbundgruppen in Deutschland nicht mehr frei in der Verwendung der Mittel in ihren Sicherungssystemen. Sie würden dann den europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Banken unterliegen. Beide Gruppen nutzen bislang eigenverantwortlich ihre Mittel zur Krisenprävention oder, wo notwendig, zur Stabilisierung und Sanierung angeschlagener Institute. Dass einzelne Häuser mal schwächeln, kommt mitunter auch bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor. Freilich wurde daraus noch nie ein Fall für den Steuerzahler, denn beide Verbände haben für solche Situationen hinreichend Rücklagen in Milliardenhöhe in ihren Institutssicherungssystemen.

Unverkennbar und unverdrossen betreibt die EU-Kommission auf neuem Weg ihr altes Vorhaben, die Einlagensicherungssysteme in Europa zu harmonisieren. Jetzt eben mit dem Argument, die Bankenabwicklung stärken zu wollen. Der Europaabgeordnete Markus Ferber bringt die Konsequenzen auf den Punkt: „Was die Kommission vorschlägt, nagt an der Daseinsberechtigung der Institutssicherungssysteme. Der Finanzstabilität und den Kleinsparern ist nicht damit gedient, wenn Institutssicherungssystemen unnötig das Leben erschwert wird.“

Das hat man auf Ebene der Bundespolitik ebenfalls erkannt. Finanzminister Lindner teilte der EU-Kommission seine Bedenken schon mit, bevor die Pläne überhaupt offiziell veröffent-

licht wurden. Ein im Timing eher ungewöhnliches Vorgehen, das aber zugleich deutlich macht, welchen Stellenwert das Thema bei ihm hat. „Eine europäische Einlagensicherung bekommt keine Zustimmung von dieser Bundesregierung. Da sind sich der Wirtschaftsminister und ich einig“, unterstrich er seinen Standpunkt am 1. Juni auf dem Sparkassentag. Dabei konnte er an Bundeskanzler Scholz anknüpfen, der bereits einen Tag zuvor, ebenfalls beim Sparkassentag, nicht nur die funktionierenden Sicherungssysteme der kleinen Banken in Deutschland gewürdigt, sondern ihnen auch die politische Rückendeckung der Bundesregierung zugesagt hatte. „Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssen und werden eine stabile Säule unseres deutschen Finanzsystems bleiben. Meine Damen und Herren, die Bundesregierung steht an ihrer Seite“, so der Regierungschef. Die Unterstützung des Kanzlers und der Bundesregierung werden beide Verbundgruppen gut gebrauchen können. Denn wenn es um die Realisierung der europäischen Einlagensicherung geht, wurde in Brüssel noch immer hart verhandelt – mit zumeist knappem Ausgang.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (53) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. □

Bayerische Inflationsrate:

Anstieg im Juni 2023 auf 6,2 Prozent

In Bayern liegt die Inflation im Juni 2023 bei 6,2 Prozent. Inflationstreiber sind vor allem die stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise, die im Vergleich zu Juni 2022 um 12,8 Prozent deutlich anstiegen. Daher fordert Wirtschaftsminister Aiwanger mehr Entlastung der Unternehmen.

Dazu Aiwanger: „Der hohe Preisauftrieb gerade bei Lebensmitteln lässt das Realeinkommen der privaten Haushalte schrumpfen. Wir müssen die Bevölkerung jetzt genauso entlasten wie die deutsche Wirtschaft. Es müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, um unseren Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben endlich wieder Luft zum Durchatmen zu verschaffen, damit die Produktion wieder mit der Nachfrage Schritt halten kann.“

Bürokratie- und Berichtspflichten abbauen

„Die unzähligen Bürokratiebelastungen und viele praxisfremden Vorschriften haben die Produktion in der Landwirtschaft in den letzten Jahren massiv verteuert“, so Aiwanger weiter. „Ein zentraler Punkt ist der Abbau von Bürokratie- und Berichtspflichten, damit sich die Betriebe auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Auch muss der Bund die Energiepreise einfangen. Diese sind zwar im Vergleich zum Vorjahr gefallen, aber Deutschland hat im europäischen und internationalen Vergleich immer noch viel zu hohe Energiepreise. Deshalb fordere ich schon lange die Reduktion der staatlichen Preisbestandteile auf das europäische Minimum und einen Industrie-

strompreis in Höhe von vier Cent die Kilowattstunde. Wir brauchen dringend eine Reform der Wirtschaftspolitik in Berlin.“

Eine weitere wichtige Stellenschraube, um die Produktion anzukurbeln, sieht Aiwanger in der Arbeitskräftemobilisierung. Über die Hälfte der bayerischen Unternehmen bewertet den Fachkräftemangel als eines der größten Risiken für ihre wirtschaftliche Entwicklung.

„Neben finanziellen Entlastungen müssen wir zusätzlich die Rahmenbedingungen für eine vernünftige Arbeits- und Fachkräftegewinnung der Unternehmen sorgen. Den Fachkräftemangel bekämpfen wir kurzfristig am effektivsten über eine längst überfällige Flexibilisierung der Arbeitszeit. Auch hier sperrt sich der Bund, den gesetzlichen Rahmen an die moderne Arbeitswelt anzupassen“, so der Wirtschaftsminister. Außerdem müssten die steuerlichen Belastungen der Bevölkerung gesenkt werden, wenn schon der Staat an der hohen Inflation verdient, so Aiwanger: „Wir brauchen eine Senkung der Einkommensteuer, Freibetrag 2000 Euro/Monat, auch als steuerfreier Hinzuverdienst zur Rente. Dadurch würden viele Arbeitskräfte mobilisiert und die Menschen hätten wieder mehr Geld in der Tasche, wären also nicht so stark von der Inflation betroffen.“ □

Versicherungskammer Bayern:

Schadenmanagement im Digitalen Zeitalter

Künstliche Intelligenz ist eines der am häufigsten verwendeten Schlagwörter der letzten Zeit. Gleichzeitig hat sich die Leistungsfähigkeit intelligenter Systeme enorm verbessert – und das nicht erst seit ChatGPT. Damit gilt es in der Praxis umzugehen und künstliche Intelligenz zu verstehen und zu erklären.

Mit Hilfe von Data Analytics und künstlicher Intelligenz reguliert die Versicherungskammer heute schon Schäden. Dies geschieht schnell und zuverlässig, fair und mit verbesserter Kundenzufriedenheit. Gleichzeitig ergeben sich durch schnellere Abläufe auch Vorteile für den Versicherer, so dass täglich ein echter Mehrwert und messbarer Kundennutzen geschaffen wird.

Schadenfall als „Moment der Wahrheit“

„Im Schadenfall merkt der Kunde, ob er eine gute Versicherung hat. Das ist der Moment der Wahrheit“, unterstreicht Christian Krams, Vorstandsmitglied BavariaDirekt und Leiter Konzern Schaden bei der Versicherungskammer. „Durch unsere digital unterstützten Prozesse generieren wir bereits heute einen echten Mehrwert für unsere Kunden. Denn sie erfahren ‚live‘ im Kontakt mit unseren Schadenmanagern, wie ihr individueller Schadenfall bestmöglich reguliert werden kann und werden dabei eingebunden. Die Kundenzufriedenheit steigt messbar; auch für das Unternehmen ergeben sich Vorteile. Die Digitalisierung des gesamten Schadenprozesses, bei dem

die Mitarbeitenden eine wichtige Rolle als ‚Kümmerer‘ im Schadenfall einnehmen, ist deshalb auch ein elementarer Bestandteil unseres strategischen Zielbilds.“

Einige Teilschritte des Schadenprozesses der Versicherungskammer funktionieren bereits heute vollautomatisiert, andere mit wertvoller technischer Unterstützung. Ein Beispiel: Die Digitale Schadensteuerung (DSS), die im ersten Schritt für Kfz-Schäden im produktiven Einsatz ist, unterstützt Schadenmanager im Regulierungsablauf: Unmittelbar nach Eingang der Schadenmeldung klassifiziert die DSS die Schäden und steuert sie in den richtigen Prozess. Auf Basis von statistisch überprüften Regeln, Data Analytics und KI erhalten die Schadenmanager in Echtzeit Empfehlungen zur „next best action“, konkret bezogen auf die Gegebenheiten des individuellen Schadenfalls. Dies führt zu einer deutlich beschleunigten, effizienten Schadenregulierung.

Zudem können durch den Einsatz von KI-Algorithmen beispielsweise auch übergreifende Muster für mögliche Betrugs- oder Regressfälle ermittelt werden, die die Schadenmanager auf Basis von Einzelfällen nicht aufdecken könnten. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz des Versichertenkollektivs. □

Wie gelingt der Einsatz von Data Analytics und künstlicher Intelligenz im Zusammenspiel mit den Schadenmanagern? Christian Krams: „Das Zusammenspiel zwischen unseren kompetenten Schadenmanagern und intelligenter Technik ist kein Widerspruch, sondern die Basis für eine echte Win-win-Situation für alle Beteiligten: Kunden, Mitarbeitende und unser Unternehmen.“ Dazu gehört eine schrittweise Veränderung der Aufgaben und Rollen der Mitarbeitenden – und kontinuierliches Lernen.

Moderne Technologien erfolgreich implementieren

Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen Mensch und Maschine sieht die Versicherungskammer als eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Implementierung moderner Technologien in den Schadenprozess. Der Einsatz von Data Analytics und KI führt teilweise zu veränderten Aufgaben und Anforderungen an die Mitarbeitenden; dies bedingt umfassende Change-Initiativen im Hinblick auf veränderte Prozesse und neue Mensch-Maschine-Interaktionen.

Krams resümiert: „Diese Symbose gilt es immer weiter zu verfeinern, um die Chancen moderner Technik optimal zu nutzen und gleichzeitig die menschliche Empathie an den entscheidenden Stellen gezielt einzusetzen.“ □



MünchenerHyp



Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



www.muenchenerhyp.de

D&O-Versicherung für Mitarbeiter, Organe und kommunale Mandatsträger:

Ergänzung für persönlichen Schutz im kommunalen Vermögensschutz-Konzept

Gastbeitrag von Raimund Lichtmanegger,
Leiter der Direktion Kommunen und Öffentliche Einrichtungen, Versicherungskammer Bayern

Rund 39.500 Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie Landräte in Bayern sind seit 1. Mai 2020 im Amt. Viele von ihnen übernehmen erstmals ein Mandat, und das in Zeiten der weltweiten Corona-Pandemie, die auch die Mandatsträger vor besondere Herausforderungen gestellt hat. Als vertrauenswürdiger Partner steht ihnen die Versicherungskammer bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben an der Seite. Die Versicherungskammer Bayern betreut ihre Kunden einzigartig mit persönlichen Ansprechpartnern in den Regionen, den sog. Direktionsbevollmächtigten.

Die Kommunen in Bayern haben für mögliche Schadensszenarien vorgesorgt und in aller Regel eine Kommunale Haftpflichtversicherung und eine Kommunale Kassenversicherung bei der Versicherungskammer Bayern abgeschlossen.

Kommunale Haftpflichtversicherung

Die Kommunale Haftpflichtversicherung schützt die Kommune, wenn sie von einem Dritten aufgrund gesetzlicher Haftpflichtansprüche auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird und dies, anders als andere Anbieter im Markt, sogar mit einer Versicherungssumme in unbegrenzter Höhe. Mitversichert sind auch die persönlichen gesetzlichen Haftungen der Mitarbeiter der Kommune sowie der kommunalen Wahlbeamten und Mitglieder der Gremien (Stadt-/ Gemeinderat). Der besondere Wert der Haftpflichtversicherung: Spezialisten prüfen bedingungsgemäß die Haftpflichtfrage; berechnete Ansprüche werden reguliert, unberechtigte (notfalls gerichtlich) abgewehrt.

Kommunale Kassenversicherung

Die Kommunale Kassenversicherung ersetzt Vermögensschäden, die der Kommune selbst und unmittelbar von ihren Bediensteten oder Inhabern von Ehrenämtern (z.B. Mandatsträgern) durch fahrlässige oder fehlerhafte Sachbearbeitung (schuldhafte Dienstpflichtverletzung) verursacht wurden.

Das kommunale Vermögen kann zudem durch vorsätzliche kriminelle Handlungen der Bediensteten, Organe und Inhaber von Ehrenämtern sowie außenstehende Dritte geschädigt werden. Auch hier ersetzt

die Kassenversicherung Vermögensschäden aus einer Vielzahl strafbarer Handlungen wie z. B. Untreue, Unterschlagung, Betrug, Raub oder Diebstahl. Auch wenn diese strafbaren Handlungen oder Dienstpflichtverletzungen auf digitalem Wege geschehen, werden sie vom Versicherungsschutz erfasst.

Die Mitarbeiter von Kommunen, Organmitglieder und Inhaber von Ehrenämtern sind durch die Kassenversicherung gegen Ersatzansprüche wegen Schäden aus schuldhafter Dienstpflichtverletzung geschützt; sie müssen (außer bei Vorsatz) keinen Regress seitens des Versicherers befürchten.

Auch der Dienstherr ist durch die Kassenversicherung grundsätzlich von einem Mitarbeiter-Regress entbunden. Dies trägt wesentlich zur Erhaltung des Betriebsfriedens bei.

Die Versicherungskammer Bayern empfiehlt für kreisangehörige Gemeinden eine Versicherungssumme von mindestens 250.000 Euro; für kreisfreie Städte und Landkreise mindestens 500.000 Euro oder mehr. Viele Kommunen haben eine Versicherungssumme von mindestens 1 Million Euro vereinbart, das Maximum liegt bei 3 Millionen Euro. Angesichts steigender Investitionsvolumina, Fördermittel und der allgemeinen Preisentwicklung rät die Versicherungskammer Bayern nachdrücklich, die Versicherungssummen regelmäßig zu prüfen und anzuheben.

Die Managerhaftpflicht- D&O-Versicherung

Organmitglieder und leitende Mitarbeiter, die außerhalb der Kommune in rechtlich selbstständigen Unternehmen tätig sind (GmbH, AG, Kommunalunternehmen), können als Ergän-

zung zu den oben genannten Deckungen mit einer D&O-Versicherung (Directors and Officers Liability Insurance) geschützt werden. Auch wenn bei einer mehrheitlich kommunalen Beteiligung an diesen Unternehmen der Schutz der Haftpflicht- und Kassenversicherung für die Organe ebenfalls besteht, ist nicht ausgeschlossen, dass das Organ persönlich in Anspruch genommen werden soll.

In solchen Fällen, oder auch wenn die Versicherungssumme der Kassenversicherung nicht ausreicht, ist eine D&O-Versicherung sehr sinnvoll. Denn dann ist es für den Geschäftsführer entscheidend, möglichst kurzfristig und objektiv die Berechtigung der geltend gemachten Ansprüche prüfen zu lassen und Abwehrschutz über die D&O zu erhalten.

Selbstverständlich ersetzt die D&O auch den Schaden selbst, wenn die Ansprüche gegen das Organ berechtigt sind. Ein Regress findet nicht statt. Versicherungsschutz besteht auch für Pflichtverletzungen vor Vertragsbeginn, sofern diese bei Vertragsschluss nicht bekannt waren.

Versicherungsnehmer und Beitragsschuldner ist das jeweilige Unternehmen, das die Versicherung zugunsten seines Leiters abschließt. Der Versicherungsschutz umfasst neben dem gesetzlichen Vertreter wie dem Geschäftsführer und dessen Stellvertreter auch weitere Personen wie Prokuristen, leitende Angestellte, Compliance-Beauftragte (z.B. Geldwäschebeauftragter) etc.

Zudem bietet die D&O-Versicherung die Übernahme der Kosten für vorsorgliche Rechtsberatung bei drohenden Schadenersatzansprüchen, die Kostenübernahme externer PR-Beratung im Versicherungsfall und weiteres mehr. Der Abschluss einer D&O-Versicherung ist damit eine sinnvolle Ergänzung des kommunalen (Vermögens-) Versicherungsschutzes, um die persönlichen Risiken der Leiter selbstständiger kommunaler Unternehmen abzusichern. □



Urban Gardening als Methode der Sozialen Arbeit: Dr. Juliane Forßmann (l.), Prof. Dr. Simon Goebel (2. v. l.) und Studierende der Sozialen Arbeit stellten Susanne Stippler (r.) vom HAUS DER STIFTER vor und bedankten sich für die Unterstützung.
Bild: Technische Hochschule Augsburg / Matthias Leo

Unterstützung durch Stiftergemeinschaft:

Urban-Gardening-Projekt der Technischen Hochschule Augsburg

Urbane Gärten werden zunehmend gesellschaftlich relevant. Sie leisten einen Beitrag zum Schutz der Biodiversität, tragen zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln bei und schaffen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit und öko-soziale Verantwortung. So leisten Urbane Gärten einen Beitrag gegen die gegenwärtig größten Bedrohungen der Menschheit – wie Klimawandel und Artensterben – und für die Klimaresilienz von Mensch und Natur.

Bis Dezember 2022 war auf dem Campus am Brunnenlecher der Technischen Hochschule Augsburg (THA) ein Demonstrationsgarten im Rahmen eines Transferprojekts angelegt. Dort haben sich Studierende und Lehrende regelmäßig mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern getroffen. Der Wissensaustausch über das Gärtnern in der Stadt sowie aktive Pflanzpflege standen dabei im Mittelpunkt.

Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit wird nach Projektende der Garten weiterverwendet und im Studiengang der Sozialen Arbeit ein modifiziertes Urban-Gardening-Projekt in einer Wohneinrichtung für geflüchtete Menschen realisiert.

„Die Idee eines Gartens als Begegnungsraum, in dem Stu-

dierende und Bewohner gemeinsam gärtnern und voneinander lernen, ist toll. Gerne unterstützt die HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg deshalb den Umzug des Gartens und die Erstan-schaffung neuer Pflanzen mit einer Spende über 3.000 Euro“, so Susanne Stippler von der Stadtsparkasse Augsburg.

und Bewohner werden gleichzeitig zu Lernenden und Lehrenden und so jeweils auch ihre Rollen wechseln können. Diese innovative Methode der Bildungsarbeit fördert Teilhabe, Verständnis und Vertrauen“, ergänzt Prof. Dr. Simon Goebel, Professor im Studiengang Soziale Arbeit an der Fakultät für Angewandte Geistes- und Naturwissenschaften der THA, der das Garten-Projekt leitet.

Der Garten wird bereits in der Lehre der Sozialen Arbeit eingebunden. Dr. Juliane Forßmann hat im Vorfeld ein Konzept entwickelt, das sie derzeit mit Studierenden im Rahmen eines Seminars umsetzt. Sie sagt: „Indem wir Urban Gardening als Methode der Sozialen Arbeit anwenden, gelingt es uns, Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Empowerment für und mit Menschen mit Fluchthintergrund zu verbinden.“

Wissensaustausch

Am neuen Standort spielt der Wissensaustausch weiterhin eine zentrale Rolle. „Viele Geflüchtete haben einen großen Fundus an gärtnerischem Know-how, das in die Gestaltung und Entwicklung des Gartens einfließt. Studierende, Dozierende

Weitere Informationen: www.haus-der-stifter-augsburg.de □

Nachhaltigkeit und Bodenständigkeit

Wirtschaftsstaatssekretär Weigert besucht Sperrer Bank in Freising

Freising. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat auf Einladung von Sabine Heimbach, Geschäftsführerin des Bayerischen Bankenverbandes, das Bankhaus Ludwig Sperrer in Freising besucht. Im Gespräch mit Geschäftsführer Christian Sperrer informierte sich der Staatssekretär über die aktuellen Herausforderungen und Themen für die Privatbanken und inhabergeführten Kreditinstitute im Freistaat.

Weigert: „Die Vielfalt des Bankensystems ist eine Stärke Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb und ein bedeutender Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg. Gerade inhabergeführte und regional verwurzelte Privatbanken wie die Sperrer Bank sind durch die fundierte Beratung und die Kreditversorgung essentielle Partner unseres starken Mittelstandes in Bayern. Die Erfahrung zeigt, dass Größe allein kein Garant für einen stabilen Finanzsektor ist. Es geht auch um Nachhaltigkeit und Bodenständigkeit.“ Unter dem Eindruck der vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre und im Zuge der Transformation werde momentan viel darüber diskutiert, wie man den Wirtschaftsstandort Deutschland resilient aufstellen könne, sagte Weigert: „Um die Wettbewerbsfähigkeit und den Erfolg der bayerischen Unternehmen im globalen Kontext auszubauen, sind regionale Banken unverzichtbar. EU und Bund sind in ihrer Zuständigkeit gefordert, die politischen Rahmenbedingungen richtig zu setzen. Mit überzogenen Regularien und unnötiger Bürokratie muss endlich Schluss sein.“

Die Sperrer Bank mit Hauptsitz am Freisinger Marienplatz ist eine der 65 privaten Banken in

Bayern, die Mitglieder im Bayerischen Bankenverband sind. Als eigentümergeführtes Haus ist der Bankier Inhaber, führt die Geschäfte und trägt die gesamte unternehmerische Verantwortung und das wirtschaftliche Risiko.

Die Zahl der kleinen und mittleren Privatbanken und inhabergeführten Kreditinstitute sei in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, räumte Christian Sperrer ein, der in dritter Generation das familiengeführte Bankhaus leitet. Das eigentliche Bankgeschäft werde immer weiter befrachtet mit zusätzlichen Dokumentations- und Nachweispflichten, die vor allem die EU anordne. Als ein aktuelles Beispiel nannte Sper-

rer das Regelwerk zur Bewertung von Nachhaltigkeit. Das nehme Zeit und Kapazität in Anspruch, die man lieber der individuellen Betreuung und persönlichen Ansprache der Kunden widmen würde. Die Erfahrung zeige, dass Vertrauen und die intensive Kenntnis der Kunden unverzichtbar seien. Dies habe sich in den Krisen der vergangenen Jahre bewährt. Vor allem während der Pandemie sei es so gelungen, den Geschäftskunden zur Seite zu stehen, so Sperrer. Im täglichen Geschäft erlebe er trotz aller Digitalisierung und technologischer Innovation einen Zuwachs an Kunden über alle Altersgruppen hinweg, die bei wichtigen Finanzentscheidungen mit jemandem, dem sie vertrauen könnten, am Tisch sitzen und beraten werden wollten. „Der Markt braucht uns, und der Kunde will uns“, resümierte der Chef des Freisinger Bankhauses. □



V.l.: Ludvig Sperrer, Roland Weigert und Sabine Heimbach. □

Wenn die Bank aufs Dorf kommt

Mobiles Konzept „Filiale2go“ hilft bei Versorgung mit Finanzdienstleistungen

Ottobeuren (jm). Keine Bank ist auch keine Lösung. Das wissen Geldinstitute nur zu gut, die aus Kostengründen immer mehr Filialen zumachen müssen und damit ihre Kundinnen und Kunden verprellen. Der Ausweg aus dem Dilemma kommt jetzt aus dem Allgäu, und zwar auf dem Anhänger. „Filiale2go“ heißt das innovative Konzept des Allgäuer Spezialanbieters Hummel Blockhaus aus Ottobeuren (Unterallgäu). Der packt einen kompletten Bankschalter samt Geldautomat auf den Trailer und ermöglicht es Banken so, trotz geschlossener Filialen immer und überall für ihre Kundinnen und Kunden da zu sein.

Das ist dringend nötig, wie eine Analyse der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde ergab: „Mit Blick auf den demografischen Wandel, die zu erwartende fortgesetzte Reduktion der stationären Filialen und den hinzukommenden weiteren Verzögerungen beim Ausbau des Breitbandzugangs zum Internet könnte sich gerade für die Gruppe älterer, hochbetagter, wenig mobiler Kunden die Notwendigkeit für alternative physische Zugänge zu grundlegenden Finanzdienstleistungen ergeben“, heißt es da klipp und klar.

Diese Alternative will jetzt Josef Hummel, der Inhaber von Hummel Blockhaus, ermöglichen: „Das kann doch nicht sein, dass der ländliche Raum immer stärker ausgedünnt wird. Wenn die Banken stationäre Filialen schließen, müssen sie eine mobile Alternative anbieten. Da-

mit liegen sie voll im Megatrend der Mobilität“, sagt Hummel. Der Allgäuer ist bekannt für seine handwerklichen Spitzenleistungen und seine pfiffigen, kundenfreundlichen Konzepte. Eines davon ist nun „Filiale2go“.

Betreuung vor Ort mit minimalem Aufwand

Das Konzept bietet die ideale Lösung für ein aktuelles Problem. Denn der Trend in der Finanzbranche geht immer mehr dahin, die teure Filialstruktur zu schrumpfen. „Natürlich kann man heutzutage auch viel online selbst regeln. Aber vor allem ältere Menschen bevorzugen noch die klassische Beratung vor Ort. Viele wollen sich nicht mit TANs und Pins, Zweifaktor-Authentifizierung oder Face-ID herumschlagen. Diese Menschen profitieren total von den Möglichkeiten einer mobilen Bankfiliale. Und die Banken können ihre Präsenz und die Kundenbetreuung vor Ort aufrechterhalten. Mit deutlich niedrigeren Kosten und minimalem Personaleinsatz. Und natürlich ohne Imageverlust“, so Hummel.

Dank der ausgeklügelten Abmessungen mit einer maximalen Breite von 2,55 Metern und einem Maximalgewicht, das unter 3,5 Tonnen liegt, lässt sich die mobile Bankfiliale mit einem herkömmlichen Führerschein der europäischen Klasse BE fahren. Klar, dass die mobile Filiale individuell ausgestattet werden kann.

Lilli Biberthaler

Aktualisierte BdSt-Broschüre „Kommunalkompass“:

Tipps zum Sparen in der Kommune

Kapitel 6: Planen, Bauen und Umwelt

Die Politik ist dazu aufgerufen, die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu sichern – nicht nur in Bund und Ländern, sondern auch bis hinein in die Kommunen. In diesem Sinne wurden in der aktualisierten BdSt-Broschüre „Kommunalkompass – Tipps zum Sparen in der Kommune“ Vorschläge, die sich bei der Haushaltskonsolidierung bewährt haben, grundlegend überarbeitet.

Räumliche Planung und Entwicklung

Stichwort Räumliche Planung und Entwicklung: Die Bauleitplanung ist eine Kernaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, mit der wesentliche Impulse für die Entwicklung der Gemeinde gegeben werden. Bei der Bauleitplanung sind verschiedene Behörden als „Träger öffentlicher Belange“ zu beteiligen. „Nach Möglichkeit sollten die Planungsdetails vorab mit diesen Behörden abgestimmt werden, damit es nicht zu überraschenden Stellungnahmen kommt, die zeit- und kostenintensive Umpfahrungen erfordern“, rät der Bund der Steuerzahler.

Bei der Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten sollten die Kosten der Bauleitplanung in die Grundstückspreise einkalkuliert werden. Wenn die Vermarktung durch einen Erschließungsträger erfolgt, kann man diesem auch die Erstellung der Unterlagen für die Bauleitplanung übertragen.

In großen Kommunen mit eigenen Planungskapazitäten werden immer wieder „vorsorgliche“ Planungen für Maßnahmen erstellt, die politisch noch gar nicht beschlossen sind. Häufig werden diese wieder verworfen oder müssen grundlegend überarbeitet werden. Auch hauseigene Planungsabteilungen sollten deshalb nur an Projekten arbeiten, über die es eine politische Einigung gibt.

Mit Blick auf die Bewirtschaftung und den Neubau von Gebäuden betont der BdSt: „Grundsätzlich gehört die Vorhaltung von Immobilien zur Vermietung für Gewerbe oder Wohnzwecke nicht zum kommunalen Auftrag. Diese Aufgabe kann von privaten und genossenschaftlichen Unter-

nehmen besser erfüllt werden.“ Grundstücke, die für den Eigenbedarf der Kommunen nicht benötigt werden, dürfen nur dann gehalten werden, wenn sie zur Verwirklichung konkreter Planungsziele unverzichtbar sind. Ungenutzte Grundstücke sollten nach Möglichkeit veräußert werden. Das dient nicht nur der Mittelbeschaffung, sondern auch der dauerhaften Haushaltsentwicklung.

Bewirtschaftung und Neubau von Gebäuden

Da die effiziente Bewirtschaftung eigener Gebäude ein hohes Maß an Kompetenz erfordert, ist es ratsam, ein zentrales Immobilienmanagement einzuführen, das alle kommunalen Liegenschaften zentral verwaltet. Dem Immobilienmanagement sollte ein auskömmliches Globalbudget für die Bewirtschaftung und Sanierung der Gebäude zugewiesen werden. Für die Berechnung gibt es Richtwerte der Bundesbauverwaltung in Abhängigkeit von Alter, Herstellungskosten und Nutzung typischer Gebäudearten.

Für den Neubau kommunaler Gebäude gibt es unterschiedliche Finanzierungsmodelle. Von der Eigenfinanzierung bis zur Anmietung von einem privaten Investor sind verschiedene Beteiligungsformen privater Unternehmen möglich. Bei der Planung müssen die Funktionalität, die Kosten der Gebäudebewirtschaftung sowie die Langlebigkeit der Ausstattung an oberster Stelle stehen. Gestalterische Fragen sollten nur nachrangig behandelt werden.

In der Mehrzahl der Neubaufälle werden die Kommunen auf externe Planungsbüros zurückgreifen. Dennoch gehört es zu

den ureigenen Aufgaben, die Bauherrenfunktion wahrzunehmen. Hierzu zählt insbesondere die ständige Ausführungs- und Budgetkontrolle. Es zahlt sich aus, hierfür eigene fachkundige Mitarbeiter mit hoher Kompetenz zu beschäftigen.

Verkehrsanlagen und ÖPNV

Stichwort Verkehrsanlagen und ÖPNV: „Bei Verkehrsanlagen gilt, dass jeder Quadratmeter nicht nur gebaut, sondern auch dauerhaft unterhalten werden muss. Daher dient eine Begrenzung der Verkehrsflächen nicht nur der einmaligen Einsparung von Investitionen, sondern auch der dauerhaften Haushaltsentlastung“, heißt es.

Die Ausgestaltung von Verkehrsanlagen mit Gehwegen, Radwegen und Querungshilfen sollte laut BdSt kritisch hinterfragt werden. So kann es – je nach örtlichen Verhältnissen – vorteilhaft sein, nur an einer Straßenseite Gehwege und Straßenenwässerung zu errichten. Ebenso kann der Fahrradverkehr auf einer entsprechend markierten Fahrbahn geführt werden. Besonders aufwändig im Bau und der Unterhaltung sind Kreuzungsanlagen, Ampeln und insbesondere Brücken. Kreisverkehre sind dauerhaft die kostengünstigste Form von Kreuzungsbauwerken.

Für die Planung von Verkehrsanlagen greifen die meisten Kommunen auf externe Ingenieurbüros zurück. Gleichwohl ist eine fachkundige Begleitung durch die Verwaltung von der Planung bis zur Abnahme unverzichtbar, um die Interessen als Bauherr zu vertreten.

Straßenbaumaßnahmen sollten mit den Kanal- und Leitungsnetzbetreibern abgestimmt werden. Gemeinsame Tiefbauarbeiten führen zu erheblichen Einsparungen. Auch bei von Ingenieurbüros durchgeführten Ausschreibungen muss darauf geachtet werden, dass diese konsequent anbieterneutral erfolgen.

Von den ausführenden Firmen sind Sicherheiten für erst später festgestellte Ausführungsmängel zu leisten. Das gleiche gilt für eine Insolvenzabsicherung während der Bauphase.

Voraussetzungen für eine systematische Erhaltungsplanung sind aktuelle Straßenkataster, eine regelmäßige Zustandskontrolle und die laufende Bewertung durch Fachpersonal. Die Straßenunterhaltung durch einen eigenen kommunalen Bauhof ist nur dann zu empfehlen, wenn dieser über die notwendigen Fachkräfte und Spezialgeräte verfügt.

Beim ÖPNV-Angebot sollte das Augenmerk darauf gerichtet sein, individuelle Fahrten mit Kraftfahrzeugen zu verringern. Entsprechende Zielvereinbarungen sollten Gegenstand von Planungen und Ausschreibungen sein. Verkehrsleistungen im ÖPNV sollten regelmäßig öffentlich ausgeschrieben werden. Bei der Vergabe sind Preis und Qualitätsmerkmale zu bewerten. Eine Sammelbeschaffung von Fahrzeugen kann die Kaufpreise deutlich senken. Hier lohnt sich die Bildung von Beschaffungs- und Werkstattverbänden.

Natur- und Landschaftspflege

Blickpunkt Natur- und Landschaftspflege/Umweltschutz: Der Pflegezustand der Grünanlagen ist in vielen Kommunen ein heißes Diskussionsthema. Einerseits gelten die Grünflächen als Aushängeschild, andererseits werden sie in erster Linie als Kostenfaktor betrachtet. Der Bund der Steuerzahler empfiehlt deshalb abgestufte Pflegekonzepte.

Der BdSt rät, aufwändig ge-

pfligte Grünanlagen auf wenige herausgehobene Standorte zu beschränken, zudem sollte der überwiegende Teil der Grünflächen naturnah und pflegeleicht gestaltet werden. Für die Grünflächenpflege werden festgelegte Arbeitspläne empfohlen. In Verbindung mit einer Flächenermittlung erlauben sie öffentliche Ausschreibungen zum Kostenvergleich zwischen eigener Bearbeitung und der Vergabe an private Gartenbaubetriebe.

Eine eigene Waldbewirtschaftung lohnt sich nur bei sehr großen kommunalen Forstflächen. Bei kleineren Flächen sollten die notwendigen Forstarbeiten fremdvergeben werden. Landwirtschaftliche Flächen im Eigentum der Kommune, die nicht für die Baulandentwicklung oder als Ausgleichsflächen vorgesehen sind, sollten veräußert werden, um den Erlös zur Schuldentilgung einzusetzen.

Erkennbar zurück geht die Nachfrage nach Erdbestattungen, weshalb auch der Bedarf an Friedhofsflächen abnimmt. Entsprechend kritisch überprüft werden sollte die Flächenverwaltung von kommunalen Friedhöfen. Gegebenenfalls sollte ein Rückbau zu extensiv bewirtschafteten Grünanlagen oder ökologischen Ausgleichsflächen erfolgen.

Ökologische Belange sind in allen kommunalen Aufgabenbereichen zu berücksichtigen. Deshalb wird empfohlen, diese in die Arbeit der Fachämter zu integrieren. Auf ein gesondertes Umweltschutzamt kann in der Regel verzichtet werden.

Ver- und Entsorgungseinrichtungen

Stichwort Ver- und Entsor-

gungseinrichtungen: Hier gibt es in aller Regel erhebliche Größenvorteile durch die gemeinsame Nutzung von Fachpersonal, Spezialgeräten, Notdiensten und teuren Infrastrukturanlagen. Für kleinere Kommunen ist deshalb aus Sicht des BdSt der interkommunale Zusammenschluss der Einrichtungen dringend zu befürworten. Die Notwendigkeit wird noch dadurch verstärkt, dass die einzuhaltenden Vorschriften immer komplexer und umfangreicher werden.

Insbesondere für die Lieferung von Strom, Gas und die Internetanbindung gibt es mittlerweile einen intensiven Wettbewerb. Der kommunale Auftrag beschränkt sich auf die Daseinsvorsorge und damit allenfalls auf die Bereitstellung eines Leitungsnetzes, das unterschiedlichen Leistungsanbietern zur Verfügung gestellt werden kann. Beim Bezug von Strom, Gas und Öl für den Eigenbedarf sollten kleinere Gemeinden Einkaufsgemeinschaften bilden und die Lieferverträge öffentlich ausschreiben.

Je nach topographischen Verhältnissen und der Siedlungsstruktur ist das Leitungsnetz der größte Kostenfaktor für die Kanalisation. Deshalb sollte bei aufwändigem Leitungsbau zuvor geprüft werden, ob mehrere dezentrale Abwasserkläranlagen eine wirtschaftliche Alternative darstellen.

Zurückhaltung ist bei der Gebührenkalkulation in der Abfallentsorgung geboten. Kalkulatorische Abschreibungen und Verzinsungen sind auf Basis der sog. Anschaffungswerte vorzunehmen, sofern Landesvorschriften dieses zulassen. Damit wird die Gebührenbelastung der örtlichen Einwohner und Unternehmen reduziert. **DK**

Staatsminister Füracker zu digitalem Euro und Gastro-Umsatzsteuer:

Schlüssige Konzepte gesucht

Der Nutzen für den Bürger bleibt fraglich: Die EU-Kommission hat kurzfristig ihren Legislativvorschlag für eine Einführung des digitalen Euro angekündigt. Allerdings bleibt aus Sicht von Bayerns Finanzminister Albert Füracker der Nutzen für den Bürger fraglich. Ob der digitale Euro ein Erfolg wird, hänge in erster Linie davon ab, dass er für die Nutzer, sei es Industrie oder privater Verbraucher, einen Mehrwert zum bestehenden System bietet. „Auf die entscheidende Frage nach dem konkreten Nutzen des digitalen Euro hat die Kommission jedoch bisher keine überzeugende Antwort“, unterstrich Füracker.

Daneben sei zu bedenken, dass digitale Zentralbankwährungen Anonymität nicht in gleichem Maße wie Bargeld ermöglichen. Beim digitalen Euro müsse daher die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich geschützt werden. „Bayern lehnt jede Beschränkung der Nutzung von Bargeld ab. Bargeld ist geprägte Freiheit – es ist einfach, flexibel und auch ohne elektronische Zahlungssysteme immer nutzbar. Sowohl die Kommission als auch die Europäische Zentralbank haben bisher stets betont, dass der digitale Euro das Bargeld nur ergänzen und nicht etwa ersetzen soll. Wir werden sie beim Wort nehmen!“, so der Minister.

Vereinbarkeit mit bewährtem Bankensystem gewährleisten

Nach seinen Ausführungen muss der digitale Euro mit dem bewährten Bankensystem

in Deutschland vereinbar sein. Kreditinstitute hätten bereits etablierte Zahlungsverfahren, auch mit Echtzeitüberweisung. Ein digitaler Euro sollte keine überflüssigen technischen Parallelstrukturen erzwingen und Banken dadurch einseitig belasten oder wettbewerbsrechtlich benachteiligen. Auch dürfen vor allem kleine und mittlere Banken nicht durch den möglichen Geldabfluss hin zum digitalen Euro in Bedrängnis geraten.

Überdies fordert der Freistaat dauerhaft eine niedrige Umsatzsteuer für Gastronomie. Füracker zufolge plant der Bund wohl, die bisher ermäßigte Mehrwertsteuer für die Gastronomie wieder auf 19 Prozent anzuheben. Der Umsatzsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen wurde als Corona-Unterstützungsmaßnahme befristet bis zum Jahresende 2023 auf 7 Prozent gesenkt. Die Gastro-

nomie müsste die 12 Prozent höhere Steuer an die Gäste weitergeben, die bereits jetzt unter der hohen Inflation leiden.

Ermäßigte Besteuerung ist dauerhaft notwendig

„Die Gastronomiebranche ist aber schon jetzt stark belastet“, so der Minister. „Nachträgliche Auswirkungen der Coronapandemie, hohe Energiekosten und Arbeitskräftemangel – wir müssen die Branche stärken und nicht durch höhere Steuern schwächen. Die Bundesregierung muss mal auf einer Linie bleiben: Auf der einen Seite die Menschen entlasten, um auf der anderen Seite die Steuern zu erhöhen, ist kein schlüssiges Konzept. In den aktuellen Krisenzeiten die Mehrwertsteuer im Gastronomie- und Hotelbereich zu erhöhen, hätte auch sehr nachteilige Auswirkungen für die Tourismuswirtschaft in Bayern“, betonte Füracker anlässlich der Ablehnung des Gesetzentwurfs zur dauerhaften Reduzierung des Umsatzsteuersatzes für die Gastronomiebranche im Finanzausschuss des Bundestags. Der Freistaat hoffe, dass der Bund endlich einsieht, dass die ermäßigte Besteuerung dauerhaft notwendig ist. **DK**



www.pluspunktrente.de

Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

JETZT NEU: Die Beratung Altersvorsorge für Frauen ist speziell auf die Bedürfnisse unserer weiblichen Versicherten ausgerichtet.

Ihre Vorteile mit der PlusPunktRente:

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Scan mich!

Einfach QR-Code scannen und einen Beratungstermin vereinbaren!



Folgen Sie uns auf Social Media:
BVK Kommunales Versorgungswesen

BVK Bayerische
Versorgungskammer

ZUSATZVERSORGUNG

Bezirk Schwaben:

Landkreis Donau-Ries gewinnt Umweltpreis

Erneut hat der Bezirk Schwaben regionale Projekte ausgezeichnet, die einen Beitrag zu Nachhaltigkeit, Biodiversität oder Klimaschutz leisten. Mit dem Umweltpreis wurden in Augsburg herausragende Projekte aus Marktoberdorf, Dillingen, Kempten und dem Landkreis Donau-Ries bedacht.

„Das Bewusstsein für Umwelt- und Naturschutz ist vom Ries bis an den Bodensee tief im Bewusstsein vieler Menschen verwurzelt“, erklärte der stellvertretende Bezirkstagspräsident und Jurymitglied Edgar Rölz bei der Preisverleihung. „Unsere Preisträgerinnen und Preisträger beweisen, dass Klimaschutz, der im Kleinen beginnt, große Wirkung entfalten kann.“ In der Kategorie „Innovationen“ siegte das Interkommunale Netzwerk Flächensparen des Landkreises Donau-Ries. Allein in Bayern werden täglich rund 11 Hektar Boden bebaut, was einer Fläche von etwa 16 Fußballfeldern entspricht. Auf die Natur und die Entwicklung betroffener Kommunen hat dieser Flächenverbrauch enorme Auswirkungen. Im „Interkommunalen Netzwerk Flächensparen“ arbeiten deshalb alle 44 Gemeinden des Landkreises Donau-Ries zusammen, um Ortskerne und Siedlungen nachhaltig

zu beleben. Das Netzwerk setzt dabei unter anderem auf Innenentwicklung: Bereits erschlossene Flächen werden verstärkt genutzt, um unbebaute Böden zu bewahren. Durch seinen Einsatz hat das Netzwerk bislang zehn Hektar freier Fläche eingespart.

Überregionale Wertschätzung

Wie Landrat Stefan Rößle betonte, zeige sich mit dem Preis auch „die überregionale Wertschätzung und Sicht auf unsere wichtige Arbeit im Landkreis Donau-Ries“. Laut Projektleiterin und Konversionsmanagerin Barbara Wunder „sind wir mit unserem Engagement für die Innenentwicklung und das Flächensparen Vorreiter in Bayern. Der Preis zeigt, dass unsere Arbeit heute mehr denn je notwendig ist.“

Der Bund Naturschutz und das Bündnis Nachhaltiges Marktoberdorf behielten in der Kategorie

„Ehrenamtliches Engagement Einzeller oder von Gruppen“ die Oberhand. Im Bündnis Nachhaltiges Marktoberdorf engagieren sich mehr als 100 Menschen in acht Arbeitsgruppen für eine Vielzahl von Themen. Projekte wie das Foodsharing-Angebot „Fairteiler“ oder das Reparatur-Café in den Räumen der AWO leisten einen Beitrag für einen nachhaltigeren Umgang mit Lebensmitteln und Alltagsgegenständen.

Die Krautgarten-Initiative des Bündnisses bietet in Marktoberdorf 55 Familien Flächen, um Gemüse und Blumen anzupflanzen. Besonderes Engagement zeigt auch die Arbeitsgruppe Landschaftspflege, die allein in den Jahren 2021 und 2022 mehr als 1.000 Arbeitsstunden investierte. Die Arbeitsgruppe setzt sich unter anderem für die Renaturierung des Dümpfelmooses ein und pflegt die Obstbaumallee entlang der alten Verbindungsstraße von Marktoberdorf nach Rieder.

In der Kategorie „Engagement von Schulklassen oder ähnlichen Gruppen“ setzte sich der Arbeitskreis Klimaschutz am Johann-Michael-Sailer-Gymnasium Dillingen durch. Bestehend aus Schülern und einem Lehrer, informiert der Arbeitskreis seit dem Schuljahr 2021/2022 Mitschüler, Lehrer und Eltern anschaulich und modern über Themen wie Klimawandel und Klimaschutz – zum Beispiel mit dem Instagram-

Account Klimaschutzsailer. Ihre Leidenschaft für den Klimaschutz beweisen die AK-Mitglieder zudem bei zahlreichen Projekten: Die Aktion „Trinkflaschen statt Einwegflaschen“ soll dazu anregen, künftig nur noch nachhaltige Trinkflaschen in die Schule zu bringen. Einen weiteren Beitrag für Nachhaltigkeit leistet eine Sammelaktion für alte Handys und Tablets. Der Arbeitskreis übt zudem mit offenen Briefen an politische Verantwortliche positiven Druck aus, damit künftig auf allen geeigneten Flächen der Schuldächer Photovoltaikanlagen installiert werden.

Für seine Bachelorarbeit „Technische Auslegung und wirtschaftliche Betrachtung einer Photovoltaik-Anlage mit angebundenem Speicher zur Versorgung des öffentlichen Personennahverkehrs“ wurde Florian Georg Wolf in der Kategorie „Facharbeit/Abschlussarbeiten“ mit dem Umweltpreis geehrt. In seiner Arbeit entwickelte der Student ein Energiekonzept für ein regionales Elektrobusnetz der Stadt Kempten. Diesem Konzept zufolge könnte eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage rund 90 Prozent des Stroms liefern, der für die Versorgung von E-Bussen erforderlich wäre. Die restliche Energie würden die Fahrzeuge mittels Kraft-Wärmekopplung aus regional bezogenen Bio-Kraftstoffen erhalten. Das E-Bus-Projekt der Stadt Kempten befindet sich noch in der Planungsphase und wird politisch diskutiert. Mit seiner Bachelorarbeit leistet Florian Georg Wolf nach Ansicht der Jury einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Großprojekts. **DK**



Übergabe der Urkunde des Umweltpreises in der Kategorie „Innovation“. V.l.: Bezirksrat Peter Schiele, stellvertretender Bezirkstagspräsident Edgar Rölz, Landrat Stefan Rößle und Bezirksrat Albert Riedelsheimer. Bild: Bezirk Schwaben/Fotograf: Tobias Blaser

Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.:

Artenvielfalt in bayerischen Gewinnungsstätten

Gewinnungsstätten wie Steinbrüche und Gruben dienen in Bayern nicht nur der regionalen Versorgung mit Rohstoffen. Sie sind darüber hinaus Heimat für zahlreiche Vogelarten und Amphibien. Darunter befinden sich auch bedrohte Arten, zu deren Erhalt die Gewinnungsstätten sogar beitragen können. Denn in unserer einseitigen und immer dichter besiedelten Kulturlandschaft finden vor allem die sogenannten Spezialisten kaum mehr Lebensräume, die ihrer Lebensweise entsprechen.

„Ohne entsprechende Rückzugsorte haben einige Amphibien- und Vogelarten bei uns in Bayern kaum eine Chance zu überleben. Aber: Dass es diese Überlebensräume noch gibt und wir sie gezielt steuern können, beweist das einzigartige Artenschutzprojekt „Natur auf Zeit“, betont Dr. Andreas von Lindeiner, Landesfachbeauftragter für Naturschutz des Landesbundes für Vogel- und Naturschutz e.V. (LBV). „Was auf den ersten Blick nicht zueinander passen mag, ist auf den zweiten Blick wertvoll. Der Eingriff in die Landschaft ist in unserem Fall eine absolute Win-Win-Situation für Artenschutz und Industrie. Wir gewinnen Rohstoffe und schaffen gleichzeitig und auf natürliche Weise wertvolle Überlebensräume für bedrohte Arten“, ergänzt Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV).

Naturparadiese aus Menschenhand

Untersuchungen im Auftrag des BIV und des Bayerischen Landesamtes für Umwelt ergaben, dass landesweit 123 Vogelarten in den Rohstoffgewinnungsstätten zu Hause sind. Mehr als 40 Prozent davon sind in ihrem Bestand bedroht und werden in der Roten Liste des Freistaats geführt. Es hat sich gezeigt, dass nur durch Artenschutzprogramme, wie dem gemeinsamen Kooperationsprojekt „Natur auf Zeit“ des BIV, des LBV, der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e. V. (AB-BM) und der Naturschutzbehörden, bedrohte Arten von entsprechenden Listen genommen werden konnten.

Vor allem konkurrenzschwache Arten, die dynamische Flussauenbereiche oder Kleinstgewässer einst ihr Zuhause nannten, finden in den mit wassergefüllten Senken und Fahrspuren der Abbaufahrzeuge wertvolle Ersatzlebensräume. Sie sind weitgehend frei von Vegetation und natürlichen Feinden und bieten aufgrund ihrer flachen Struktur Idealbedingungen. An genau diese extremen Lebensräume sind viele heimische Pionierarten perfekt angepasst. Etwa 30 Prozent der Laubfrösche in Bayern laichen in und rund um die Kiesgruben. Bei den Wechselkröten sind es sogar ganze 66 Prozent.

„Es ist für uns alle ein großes Glück, dass in diesem Fall die Industrie und der Naturschutz nahezu automatisch Hand in Hand arbeiten, ohne dass sich die eine oder andere Seite einschränken muss. Im Gegenteil: Der Artenschutz profitiert von den Umständen, die durch die Gewinnung von Rohstoffen in Bayern geschaffen werden“, so von Lindeiner.

Etwa die Hälfte aller Uhu-Bruten in Bayern sind in Steinbrüchen zu finden. Bereits während der Abbauphase nisten sich die Uhu-Bruten an unzugänglichen Stellen wie Felsvorsprüngen oder Gesteinspodesten ein. Diese Orte sind in den Gewinnungsstätten vorhanden – auch nach dem aktiven Abbau. Den Tieren kann bereits frühzeitig bei der Suche nach geeigneten Brutplätzen geholfen werden, weiß Dr. Andreas von Lindeiner: „Statt das Material glatt abzutragen, graben viele Steinbruchbetreiber Nischen in die Felswand. Je mehr solche potenziellen Brutplätze vorhanden sind, desto leichter finden Uhu-Bruten neue Nistmöglichkeiten.“



Vor allem konkurrenzschwache Arten wie die Gelbbauchunke, die dynamische Flussauenbereiche oder Kleinstgewässer einst ihr Zuhause nannten, finden in den mit wassergefüllten Senken und Fahrspuren der Abbaufahrzeuge wertvolle Ersatzlebensräume. Bild: Rohrbach, BIV



Mike Edelmann, Geschäftsführer der Rohrdorfer Unternehmensgruppe (links) und Helmut Leibinger, Leiter des Rohrdorfer Net Zero Emission Teams (rechts) überreichen Staatsminister Aiwanger einen Druckbehälter mit CO₂, das in Rohrdorf zurückgewonnen wurde. Bild: Rohrdorfer Unternehmensgruppe

Staatsminister Hubert Aiwanger:

Dekarbonisierung im Zementwerk Rohrdorf

Bayerns stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger besuchte das Zementwerk Rohrdorf. Zusammen mit Dr. Patricia Callies, Referatsleiterin für regionale Maßnahmen und industriepolitische Standortfragen in der Bauwirtschaft und Tobias Mojschuk, stellvertretender Referatsleiter für Grundsatzfragen der Industrie, informierte er sich zum Stand der Dekarbonisierung im Werk.

Im Zentrum des Treffens stand der Austausch zu Chancen und Herausforderungen für die erfolgreiche Dekarbonisierung der bayerischen Zementindustrie. Die Gäste besichtigten die Pilotanlagen für die CO₂-Rückgewinnung und Weiterverarbeitung zu Ameisensäure sowie Europas einziges Abwärmekraftwerk in der Zementindustrie.

Rohrdorfer strebt Dekarbonisierung bis 2038 an

In der Zementsparte der Rohrdorfer Unternehmensgruppe steht die Dekarbonisierung schon lange auf der Agenda. Federführend ist das Rohrdorfer Net Zero Emission-Team, das beispielsweise die erste Anlage zur Rückgewinnung von CO₂ in der deutschen Zementindustrie und Europas erstes Abwärmekraftwerk baute und betreibt. Beide Anlagen wurden beim Termin besichtigt. Dr. Helmut Leibinger, Leiter des Rohrdorfer Net Zero Emission-Teams, stellte aktuelle und geplante Maßnahmen von Rohrdorf im Bereich Carbon Capture and Usage/Storage (CCU/S) vor und erläuterte den Rohrdorfer Dekarbonisierungsfahrplan, der die CO₂-neutrale Zementproduktion bis 2038 vorsieht.

Als besonderes Geschenk erhielt der Wirtschaftsminister ei-

nen Druckbehälter mit frisch zurückgewonnenem CO₂ aus der Rohrdorfer Pilotanlage. Auch eine Botschaft gaben die Rohrdorfer dem Minister mit: Auf dem Betriebsgelände des Zementwerks stehen alle Weichen auf Dekarbonisierung. Der Staat Bayern müsse den Ausbau der zugehörigen Infrastruktur mit mehr Dynamik vorantreiben. Konkret brauche man Pipelines für den CO₂-Transport, etwa ins bayerische Chemiedreieck oder zu den Speichern in der Nordsee. Wettbewerbsfähiger Industriestrom aus erneuerbaren Energien, der 365 Tage rund um die Uhr verfügbar ist sowie Fördermittel für die konventionelle CO₂-Minde- rung und weitere CCU/S-Projekte seien ebenfalls notwendig.

Aiwanger zeigte sich von der Pionierarbeit beeindruckt. „Die Dekarbonisierung eines Zementwerks ist eine Herkulesaufgabe. Umso wichtiger ist es, dass die Firma Rohrdorfer hier bundesweite Pionierarbeit leistet. Hier steht Deutschlands erstes Zementwerk, in dem CO₂ abgeschieden wird. Das CO₂ kann entweder zu Ameisensäure verarbeitet oder gespeichert und weitertransportiert werden. Diese Entwicklung begleiten wir als Staatsregierung, weil wir solche Industrien in Bayern halten wollen.“

„Tag der Biotonne“

Ende Mai wurde zum ersten Mal der „Tag der Biotonne“ in Deutschland ausgerufen. Gleichzeitig startete die Aktion Biotonne Deutschland eine Challenge mit dem Ziel, gemeinsam die Biotonne besser zu machen. Ziel ist es, die Menge der getrennt gesammelten Bioabfälle in den Kommunen und Landkreisen zu steigern und die Fehlwürfe zu reduzieren. Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt sowie zahlreiche Naturschutz- und Wirtschaftsverbände, Städte, Landkreise und kommunale Unternehmen unterstützten die bundesweite Challenge.

Zu Beginn der Challenge wurden die Fremdstoffanteile in den Biotonnen eines ausgewählten Sammelgebietes mithilfe der Chargenanalyse der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. (BGK) ermittelt. Anschließend starteten verschiedene Aktivitäten, durch die die Teilnehmer viele Informationen rund um die getrennte Sammlung von Bioabfällen und deren Verwertung erhielten. Etwa ein Jahr nach der ersten Bestimmung erfolgt eine erneute Bestimmung des Fremdstoffanteils. Aufgrund der beiden Bestimmungen wird die Veränderung des Fremdstoffanteils im Bioabfall in Prozent ermittelt. Am Tag der Biotonne im kommenden Jahr werden die Teilnehmer der Challenge in geeigneter Form für ihr Engagement gewürdigt.

Erstmals wurden Aufklärungsaktivitäten für weniger Plastik, Glas oder Metall in der Biotonne mit der konkreten Messung des Fremdstoffanteils im Bioabfall kombiniert. Dadurch werden die teilnehmenden Landkreise und Städte der Challenge frühzeitig aktiv bei der Einhaltung des ab 1. Mai 2025 geltenden Kontrollwertes der Bioabfallverordnung unterstützt.

Laut einer Mitteilung des Landratsamts Haßberge kann man aus der Jahresmenge in Bayern von rund 820.000 Tonnen Bioabfall mehr als 350.000 Tonnen Kompost für den Garten- und Ackerbau herstellen und somit den Einsatz von teurem Kunstdünger minimieren. Verschiedene Studien belegten, dass die Acker- und Gartenflächen Bayerns durch die organische Düngung mit Kompost mehr als 10 Millionen Tonnen

CO₂ zusätzlich speichern können.

Über die Vergärung in einer Biogasanlage könnten aus einer Tonne Bioabfall alternativ auch mehr als 100 Kubikmeter Biogas entstehen. Über ein Blockheizkraftwerk sei es auf diese Weise möglich, mehr als 800 kWh regenerativen Strom zu erzeugen. Mit dieser elektrischen Energie aus einer Tonne Bioabfall könnten zum Beispiel etwa vier bis fünf Haushalte den Standardstromverbrauch pro Jahr ihrer Waschmaschine decken.

Potenziale im Landkreis Haßberge

Untersuchungen der Restmüllmengen in Bayern belegten jedoch, dass trotz der guten Verwertungsmöglichkeiten rund ein Drittel des Biomülls noch immer in der schwarzen Tonne und somit in der Müllverbrennung landet. Für den Landkreis Haßberge bedeutet dies, dass trotz der im bayernweiten Vergleich sehr hohen Erfassungsquote des Biomülls noch weiteres Potenzial schlummert. Denn der Entsorgungsweg über die Restmülltonne sei für kompostierbares Material unnötig.

Leider landeten nicht nur Bioabfälle in der Restmülltonne, sondern auch in den Biotonnen selbst oft noch unerlaubte Bestandteile. Enthält der Bioabfall mehr Störstoffe als die gesetzlich erlaubten 1 Prozent, kann der Biomüll nicht mehr verwertet werden, sondern muss teuer über andere Entsorgungsweg entsorgt werden. Ein weiterer unnötiger Preistreiber für die fälligen Müllgebühren, die jeder Grundstücksbesitzer im Landkreis zahlen muss. **DK**

25. Internationaler bvse-Alt Kunststofftag in Dresden:

Kunststoffrecycling in Bedrängnis

Alles spricht zwar von der Bedeutung der Kreislaufwirtschaft, aber wenn es zum Schwur kommt, zählt nur das billigste Angebot. Eine Erfahrung, die viele Kunststoffrecycler momentan wieder machen. Billige Neuware mit großem CO₂-Rucksack verdrängt die klimafreundlichen Recyclate. Genug Gesprächsstoff für den Internationalen bvse-Alt Kunststofftag in Dresden, der heuer zum 25. Mal stattfand.

Aus der Perspektive der Forschung beschrieb Prof. Dr. rer. nat. Rainer Dahmann vom Institut für Kunststoffverarbeitung an der RWTH Aachen Anforderungen an das Kunststoffrecycling. Um Mengen, Märkte und Preise ging es auf einer Podiumsdiskussion unter Leitung von bvse-Experte Dr. habil. Thomas Probst. Im Anschluss spielte die Novellierung der europäischen Verpackungsverordnung unter der Moderation von Dr. Martin Engelmann, Hauptgeschäftsführer IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e.V., die Hauptrolle. Am zweiten Veranstaltungstag konnten die 360 Teilnehmer schließlich entweder an der Sitzung der AG Internationale Kunststoffmärkte zur „Internationalen Abfallverbringung“ teilnehmen oder aber den Workshop „Interdisziplinärer Dialog: Produktgestaltung Verpackungen“ besuchen.

Eingeschränkte Produktion

In Dresden wurde deutlich: „Der Markt für Alt Kunststoff und Recyclate steckt in einer tiefen Krise. Die Nachfrage ist niedrig, die Produktion wird eingeschränkt oder stillgelegt und der Lagerbestand wächst stetig“, betonte Dr. Dirk Textor, Vorsitzender des bvse-Fachverband Kunststoffrecycling beim Pressegespräch. Er berichtete von einem brutalen Preiskampf, der zwischen Neuware und Kunststoffrecyclaten tobt. Derzeit verdrängt die billige Neuware die Recyclate auf allen Ebenen. Der Absatz von Mahlgütern, Regranulaten und Compounds stockt. Textor: „Die Kunststoffrecycler laufen im Input mit Verarbeitungsware voll und finden für ihre Produkte im Warenausgang keine Abnehmer.“

Eine Besserung dieser fatalen Situation sei derzeit nicht in Sicht. Man befürchtet, dass der dauerhafte wirtschaftliche Betrieb der Recyclinganlagen kaum noch möglich ist. Dabei verwies der Fachverbandschef auch auf die kürzlich erfolgten Werkschließungen, wie zum Beispiel der Veolia PET Germany

in Rostock oder der FVH-Folienveredelung in Schwerin. „Wir sehen eine bedrohliche Situation, die das gesamte Recycling gefährdet.“

Preisverfall der Neuware

Textor erklärte, dass Recyclinganlagen kontinuierlich betrieben werden müssten, um die benötigten Mengen in ge-



Dr. Dirk Textor.

Bild: bvse

eigneten Qualitäten darstellen zu können. Man dürfe nicht annehmen, dass einmal stillgelegte Anlagen innerhalb kurzer Zeit wieder hochgefahren werden können. Eine ganze Reihe von Gründen führe zu der gegenwärtig schwierigen Situation. Hier nannte Textor insbesondere den Preisverfall der Neuware. Diesen Preisverfall könnten die Recyclathersteller aufgrund der höheren Prozesskosten nicht mitgehen. Hohe Kosten für Energie und Transport, gestiegene Löhne und Nebenkosten, wie Versicherungen, Wartung, Ersatzteile, Maschinen und Anlagen, seien in dieser Situation kaum mehr zu verkraften.

Hauptverantwortlich für die Misere ist jedoch ein anderer Grund. Textor zufolge „setzen die Unternehmen der Kunststoffverarbeitenden Industrie auf billige Neuware mit großem CO₂-Rucksack und pfeifen auf die klimafreundlichen Recyclate. Wir erwarten daher, dass sich alle Beteiligten der Kunststoffkette end-

lich ihrer Verantwortung stellen. Hier sind in erster Linie die Kunststoffverarbeiter, Verpackter und Inverkehrbringer in der Pflicht.“

Recyclate seien ein integraler Bestandteil der Kunststoffherstellung und der Kunststoffverarbeitung. Die kunststoffverarbeitenden Unternehmen sollten aus purem Eigeninteresse sehr genau ihr derzeitiges Marktverhalten überprüfen und sich schleunigst auf den Weg zu mehr Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz machen, forderte der Fachverbandsvorsitzende eindringlich.

In seiner Eröffnungsrede hatte bereits bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock deutlich gemacht, dass es ein „kapitaler Fehler“ sei, wenn die kunststoffverarbeitende Industrie billige Neuware mit großem CO₂-Rucksack einsetze und klimafreundliche Recyclate ausliste.

Gemeinsam mit den relevanten Stakeholdern erarbeite das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz derzeit eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (kurz NKWS) mit den Handlungsfeldern Fahrzeuge und Batterien, Metalle, Gebäude, IKT und Elektrogeräte, Zirkuläre Produktionsprozesse, Bekleidung und Textilien, Öffentliche Beschaffung sowie Kunststoffe. Der bvse sei in allen Handlungsfeldern aktiv eingebunden, und versuche alles, um Hemmnisse in den einzelnen Stoffströmen der Kreislaufwirtschaft aufzuzeigen und Lösungen zu erarbeiten, die ein Fundament für eine echte Kreislaufwirtschaft darstellen können, berichtete Rehbock.

Umdenken erforderlich

Es bleibe zu hoffen, „dass die Ergebnisse der NKWS dazu führen, dass unter anderem eine Situation, wie wir sie jetzt gerade wieder erleben, dass die klimafreundlichen Recyclate wieder aus dem Markt verdrängt werden, endlich der Vergangenheit angehören“, erklärte der CEO. Es müsse ein Umdenken erfolgen und den vielen Worten in Kampagnen und Sonntagsreden müssten jetzt endlich Taten folgen. Rehbock: „Ich warne ausdrücklich davor, diese Lage nicht ernst zu nehmen. Die Unternehmen der Recyclingbranche mussten schon ihre Kapazitäten herunterfahren. Standorte werden geschlossen. Wenn einmal das Licht aus ist, wird es fast unmöglich sein, diese Recyclingkapazitäten in Deutschland wieder zu aktivieren.“ Der Abschluss der Beratungen zur NKWS ist für Mitte 2024 vorgesehen. DK

Nachhaltig und sicher

Mit Fernwärme und Niedertemperaturnetzen die Wärmewende schaffen

Ein Gastbeitrag von Britta Schmigotzki, Leitung EU-Programme atene KOM

Für eine sichere und nachhaltige Wärmeversorgung gewinnt Fernwärme europaweit zunehmend an Bedeutung. In den Fokus rücken moderne Wärmenetze der dritten oder vierten Generation, die effizient sind und mit erneuerbaren Ressourcen und Abwärme gespeist werden können. Auch die deutsche Bundesregierung wird zukünftig mehr in diese Technologien investieren und will mit dem Ausbau der Fernwärme die Wärmewende und Klimaschutzziele erreichen. Dies betonten Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck sowie Bundesbauministerin Klara Geywitz zuletzt beim Fernwärmegipfel in Berlin am 12. Juni 2023.

Deutschlandweit wurden 2022 ca. 6,1 Millionen Wohnungen mit Fernwärme versorgt. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt in der Fernwärme aktuell bei rund 20 Prozent. Bis 2030 soll jedoch die Hälfte der Wärme in den Nah- und Fernwärmenetzen in Deutschland klimaneutral erzeugt werden.

Vor allem die Umsetzung sogenannter Niedertemperaturnetze, insbesondere in urbanen Räumen, bietet die Möglichkeit, Wohngebäude und ganze Quartiere zentral und flexibel aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Eine Grundlage für die Dekarbonisierung der Wärmenetze in Deutschland ist aktuell der Gesetzentwurf zur kommunalen Wärmeplanung. Demnach sollen Bundesländer und Kommunen ihre vorhandenen und geplanten Wärmenetze analysieren, um Potenziale für eine kosteneffiziente und klimaneutrale Versorgung zu identifizieren. Darauf aufbauend sollen Pläne für die zukünftige Wärmeversorgung erstellt werden.

Fernwärmeversorgung

Um den Kommunen und ihren jeweiligen Energieversorgern mehr Investitionsmöglichkeiten beim Netzausbau und der Nutzung klimaneutraler Wärmequellen sowie von Wärmespeichern zu ermöglichen, hat die Bundesregierung im Herbst 2022 die Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) gestartet. Diese unterstützt in erster Linie die Umstellung der Fernwärme auf erneuerbare Energien. Gleichzeitig sollen durch entsprechende Förderprogramme, gekoppelt mit mehr Planungssicherheit, bis 2050 insgesamt zwischen 18 und 20 Millionen Wohnungen mit Fernwärme versorgt werden.

der erforderlichen Klimabilanzierung, zur Verfügung. Zudem hat die Naturschutzverwaltung mit 28 Moormanagern hoch effektive „Kümmerner“ in den wichtigsten Moorregionen Bayerns geschaffen, die aktuell bereits in über 70 Mooren tätig sind. Auf diese Weise können Maßnahmen zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz mit den Betroffenen vor Ort schneller im intensiven Dialog entwickelt und umgesetzt werden.

Für mehr Klimaschutz durch steuerliche Anreize

Da Klimaschutz und der damit verbundene Transformationsprozess nur mit den Menschen gelingen können, ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich, um den Energieverbrauch deutlich zu senken und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Das Steuerrecht kann hier laut Ministerrat einen wichtigen Beitrag leisten, um private Investitionen in nachhaltige Technologien zu fördern und klimafreundliches Handeln zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund wurde eine Bundesratsinitiative beschlossen, um mehr Klimaschutz durch steuerliche Anreize zu ermöglichen:

1. Ausbau und Verbesserung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung

Auch in Bayern spielt die Fernwärmeversorgung eine wichtige Rolle. Es gibt jedoch Entwicklungspotenzial, da aktuell nur einige Großstädte in Teilgebieten mit Fernwärme versorgt werden. In der Landeshauptstadt München ist ein Drittel der Bewohner:innen an das dortige Wärmenetz angebunden. In Nürnberg und Erlangen sind es 25 Prozent und in Augsburg und Würzburg etwa 20 Prozent.



Britta Schmigotzki.

Bild: atene KOM GmbH

Perspektivisch planen die bayerischen Großstädte, ihre Wärmenetze auszubauen. Augsburg und Nürnberg wollen bis 2040 auf bis zu 40 Prozent Versorgung mit Nah- oder Fernwärme kommen. In München ist aufgrund der dichten Bebauung sogar eine höhere Versorgungsquote möglich. Zudem wird hier das Wärmenetz auf die Einbindung geothermisch erzeugter Wärme umgestellt. Der klimafreundliche Ausbau der Nah- und Fernwärmeinfrastruktur, also der Betrieb von Niedertemperaturnetzen, die aus erneuerbaren Ressourcen gespeist werden, ist auch Zielstellung weiterer Städte.

Die vier Generationen von Fernwärmesystemen

- 1. Generation (ca. 1880-1930):** Verteilung von Wärme per Dampf über Betonrohre (Nähe zum Wärmelieferanten)
- 2. Generation (ca. 1930-1980):** Heißwassersystem (über 100 °C) mit oberirdischen Druckleitungen
- 3. Generation (ca. 1980-2020):** Gedämmte Rohrleitungen, unterirdische Verlegung ermöglicht bessere Energieeffizienz und niedrigere Temperaturen
- 4. Generation (seit ca. 2020):** Intelligentes Wärmeversorgungssystem, mehr Energieeffizienz, Vorlauftemperaturen von 50-70 °C (sogenannte Niedertemperatur-Fernwärme) □

2. Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen bei der Sanierung von Vermietungsobjekten und Betriebsgebäuden

3. Erbschaftsteuerliche Zuordnung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zum landwirtschaftlichen Betrieb

4. Steuerbefreiung für vom Netzbetreiber gezahlte Entschädigungen

5. Steuerliche Förderung von Aufstockungen bei Gebäuden: Bei Aufstockungen werden in der Regel alte Dächer durch neue ersetzt, die Fassade des gesamten Gebäudes neu gedämmt und eine moderne Heizungsanlage eingebaut. Insbesondere für die Aufstockung von Mehrfamilienhäusern und Gewerbegebäuden sollte deshalb eine beschleunigte steuerliche Abschreibung gelten.

Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung. Allein im Jahr 2022 wurde rund 1 Mrd. Euro

Energieeffizienz mit Niedertemperaturnetzen

Der nachhaltige und zukunftsorientierte Ausbau von Fernwärmenetzen der vierten Generation beschäftigt aktuell viele europäische Städte. Das von atene KOM initiierte EU-Projekt „LowTEMP – Niedertemperaturfernwärme für den Ostseeraum“ hat sich intensiv mit der Planung, Finanzierung und Installation von Niedertemperaturfernwärmesystemen beschäftigt. Sie zeichnen sich durch die Übertragung von Wärme mit niedrigem Temperaturniveau in optimal isolierten Leitungen aus. Erst mit der Umrüstung der bestehenden Fernwärmesysteme auf niedrige Vor- und Rücklauftemperaturen und den gleichzeitigen Neubau von diesen Systemen der vierten Generation ist die umfassende Einbindung erneuerbarer Wärmequellen möglich. „Dies ist insbesondere für den energetisch sanierten Gebäudebestand oder den Neubau von Quartieren die passende Lösung.“

Mehr Wissen durch Online-Kurs

Wie genau ist ein Fernwärmenetz aufgebaut und welche europäischen Rahmenbedingungen gibt es im Bereich nachhaltige Wärmeversorgung? Basierend auf den Erfahrungen und Ergebnissen des EU-Projekts LowTEMP wurden im Rahmen des Erweiterungsprojekts LowTEMP 2.0 drei e-Learning Kurse entwickelt. Mit ihnen können sich die für Energiefragen zuständigen kommunalen Vertreter:innen, Energieversorgungsunternehmen, Energieagenturen und Planer:innen sowie die interessierte Öffentlichkeit kostenlos zum Thema Fernwärme und Niedertemperaturnetze weiterbilden. Die Lehrinhalte sollen das Bewusstsein für die Bedeutung und die nachhaltigen Einsatzmöglichkeiten dieser Wärmeversorgungssysteme schärfen. Die e-Learning Kurse sind in englischer und deutscher Sprachversion auf der LowTEMP-Website verfügbar: <https://www.lowtemp.eu/e-learning/> □

Bayerischer Ministerrat:

Weichenstellung bei Klima- und Moorschutz

Bayern als moorreiches Land hat sich ambitionierte Ziele im Bereich Klimaschutz durch Moorbodenschutz gesetzt. In den vergangenen Jahren konnten bayernweit bereits rund 5.000 Hektar Moorböden wiedervernässt und damit wichtige Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung gewonnen sowie Herausforderungen identifiziert werden. Um diese zu bewältigen, hat der Ministerrat weitere zentrale Weichenstellungen vorgenommen.

Ziele sind die Erhöhung der Akzeptanz und Attraktivität der Maßnahmen zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz bei den Zielgruppen, die Verbesserung der rechtlichen Grundlagen für den Moorbodenschutz und Lösung rechtlicher Zielkonflikte, sowie die Beschleunigung der notwendigen Verfahren und schließlich die schlagkräftige praktische Organisation und Abwicklung.

Um das Ziel der Sanierung und Wiedervernässung von Moorböden auf 55.000 Hektar bis 2040 zu erreichen, beschloss die Staatsregierung, dass Klima-

schutz durch Moorbodenschutz als weit überwiegendes öffentliches Interesse eingestuft wird. Damit besteht die Möglichkeit der Finanzierung von bis zu 100 Prozent der Maßnahmenkosten. Dies betrifft die Instrumente der Ländlichen Entwicklung sowie die Maßnahmen gemäß Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien, denn von den Maßnahmen zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz profitiert die gesamte Gesellschaft.

Die Anhebung des Wasserstands bedeutet für den Eigentümer der Flächen jedoch einen beträchtlichen Wertver-

lust und für den Bewirtschafter eine erhebliche Reduktion der Wertschöpfungsmöglichkeiten. Der Beschluss ist laut Staatsregierung daher ein Meilenstein für die weitere Umsetzung der Maßnahmen. Denn in der kleinteiligen Eigentumsstruktur in Bayern war es bisher eine enorme Herausforderung, Grundeigentümer für solche Projekte zu gewinnen und entsprechende Bodenordnungsmaßnahmen samt der Schaffung der notwendigen Infrastruktur zum Wassermanagement erfolgreich abzuschließen.

Neue Datenbank

Mit einer neuen Moordatenbank beim Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) steht künftig ein umfassender Überblick über alle Aktivitäten im Moorschutz in Bayern, einschließlich

zusätzlich für den Klimaschutz investiert, bis 2040 werden es rund 22 Mrd. Euro sein. Der im Bayerischen Klimaschutzgesetz vorgesehene jährliche Klimabericht verdeutlicht, dass Bayern klarer Vorreiter und Schrittmacher beim Klimaschutz ist. Die Treibhausgasemissionen je Einwohner im Jahr 2019 waren in Bayern um 31,5 Prozent – und damit um fast ein Drittel – niedriger als im Bundesdurchschnitt (Freistaat: 7,3 Tonnen je Einwohner, Bund: 9,6 Tonnen je Einwohner). Der Bericht zeigt weiterhin, dass im Jahr 2020 eine Reduktion um weitere 4,3 Prozent und im Jahr 2021 nochmals um 3,5 Prozent erfolgte – jeweils im Vergleich zum Jahr 2019.

Der Klimabericht 2022 wird nun in einem nächsten Schritt an den Bayerischen Landtag weitergeleitet und veröffentlicht. DK

Gedenkort in Aichach:

Die „vergessenen Frauen“ der Strafanstalt Aichach

„Der Gedenkort soll an eine schlimme Zeit erinnern und damit dem Vergessen entgegenwirken“. Diesen Wunsch äußerte Aichachs Erster Bürgermeister Klaus Habermann bei der Einweihung des neuen Gedenkortes für die inhaftierten Frauen der Aichacher Strafanstalt zwischen 1933 und 1945. Unter den zahlreichen Besuchern waren auch Nachfahren ehemaliger Gefangener. Sie zeigten sich froh und dankbar, dass es jetzt einen Gedenkort gibt, der dauerhaft an die Schicksale der 362 Frauen erinnert.

Nur 199 von ihnen sind bekannt. Im Jahr 2021 lobte die Stadt Aichach einen zweiphasigen, europaweiten Ideenwettbewerb aus, bei dem sich Künstlerinnen und Künstler für eine Gestaltung und Schaffung eines Gedenkortes bewerben konnten. Eine zwölfköpfige Jury wählte aus den eingereichten Vorschlägen den Entwurf des Duos SCHWARZENFELD (Michael Meraner aus Eppan in Südtirol und Raphaela Aurelia Sauer aus Trient) aus. Die Kosten tragen die Stadt Aichach und der Landkreis Aichach-Friedberg, die Sparkasse Aichach-Schrobenhausen leistete aus ihrer Förderung einen Zuschuss. Das Mahnmal

besteht aus zwei Erinnerungstelen – ein Marmorblock und ein Graphitblock stehen sich gegenüber, nur ein Spalt trennt sie. Die Außenseiten der schweren archaischen Steinblöcke zielen fragile Muster, sie erinnern an steinzeitliche Frauen-Menhire. Diese feinteiligen, labyrinthartigen Gravuren bestehen aus QR-Codes. So gelangt man auf die eigens für diesen Gedenkort geschaffene Webseite www.vergessenefrauvon-aichach.com.

Zitiert aus einem Brief

Eine zentrale Textbotschaft befindet sich im Spannungsgelände

nen Zwischenraum der mächtigen Steine. Um diese Botschaft lesen zu können, müssen die Menschen den Ort der Erinnerung betreten und genau hinschauen. Stellvertretend für das Leid der vielen Opfer wird die italienische Widerstandskämpferin Vera Michelin-Salomon zitiert – unter anderem mit den Worten „... die Welt muss daran arbeiten, sich eine bessere Zukunft zu schaffen.“ Sie wurde mit 18 Jahren in der Strafanstalt Aichach inhaftiert, hat das Nazi-Regime überlebt und sich bis zu ihrem 96. Lebensjahr unermüdlich für Friede und Völkerverständigung eingesetzt. Eine Passage eines Briefes der 21-jährigen Vera an ihre Eltern kurz nach ihrer Befreiung wurde in Zusammenarbeit mit der Wettbewerbs-Jury ausgewählt.

Dieser Jury gehörte auch Marion Brülls und Jacoba Zapf vom Frauenforum an. Sie hatten schon vor Jahren angeregt, einen solchen Gedenkort zu schaffen.



Bei der Einweihung des neuen Gedenkortes (hinten v. r.) Marion Brülls und Jacoba Zapf vom Frauenforum, Landrat Dr. Klaus Metzger, Erster Bürgermeister Klaus Habermann, das Künstlerduo Raphaela A. Sauer und Michael Meraner sowie Angehörige von in Aichach inhaftierten Frauen. Bild: Erich Echter

Nachdem der favorisierte Standort an der Justizvollzugsanstalt Aichach nicht realisiert werden konnte, haben die Verantwortlichen mit Stadtarchiv und Stadtmuseum einen ähnlich prominenten Standort gefunden, wie Erster Bürgermeister Klaus Habermann ausführte. Das Gebäude

war damals das Krankenhaus, in dem über 100 Zwangsterilisationen an Aichacher Gefangenen vorgenommen wurden.

Geschichte aufgearbeitet

Auf Initiative des Frauenforums Aichach-Friedberg war auch der

Historiker Dr. Franz Josef Merkl beauftragt worden, die Geschichte der Frauen in der Strafanstalt Aichach aufzuarbeiten, denen während des nationalsozialistischen Regimes Unrecht widerfahren ist. Die von 1905 bis 1908 errichtete Strafanstalt für Frauen wurde im Januar 1909 mit Platz für 550 Häftlinge in Betrieb genommen. Ab 1933 stieg die Anzahl der Insassinnen erheblich. Grund dafür waren verschiedene Gesetze, die es den Behörden erleichterte, unliebsame Personen zu inhaftieren und auch nach Verbüßung ihrer Haftstrafe weiter festzuhalten „solange es der Zweck erfordert“. Bei Kriegsende waren fast 2000 Frauen in der Strafanstalt Aichach eingesperrt. Strengstens geahndet wurden auch kleinere Delikte wie Diebstahl, Bettelei, Obdachlosigkeit, Landstreicherei und Prostitution. Für politisch missliebige Personen konnte eine „Schutzhaft“ erlassen werden. Das „Gesetz über die Verhütung erbkranken Nachwuchses“ lieferte die Grundlage für die zwangsweise Sterilisation von Gefangenen. Der Jahreswechsel 1942/43 brachte eine dramatische Wende für jüdische, polnische sowie Sinti- und Roma-Frauen, Frauen in Sicherungsverwahrung und zahlreiche Frauen mit längerer Zuchthausstrafe. Sie wurden „der Polizei übergeben“, eine schreckliche Umschreibung für ihre Deportation und den Mord an fast allen von ihnen. Insgesamt wurden in sieben Transporten hunderte Gefangene von Aichach nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet. Nur zwei Frauen überlebten.

Spuren in die Stadt tragen

Landrat Dr. Klaus Metzger betonte, der Gedenkort mache sicht- und greifbar, was bisher nur abstrakt gewesen sei. Die Einweihung sei daher der wohl wichtigste Anlass in diesem Jahr, machte er die Bedeutung für Aichach und den Landkreis Aichach-Friedberg deutlich. Greifbar ist im Falle des neuen Gedenkortes nicht nur sprichwörtlich gemeint. Denn durch die Berührung der fein glänzenden Oberfläche des schwarzen Graphits füllen sich die Poren der Haut mit den dunklen Pigmenten, die Berührungen werden so dokumentiert und im Stadtraum verteilt – als Zeichen, dass man hier war, dass man gesehen hat. So werden die Besucher ein Teil des Kunstwerkes.

Die Graphit-Steile wird sich durch die ständigen Berührungen im Laufe der Zeit auflösen und der große Marmorblock wird nach Jahrhunderten alleine zurückbleiben und die Textbotschaft in die Welt tragen und dauerhaft an die Frauen erinnern. Denn, wie Bürgermeister Habermann zu Beginn seiner Begrüßung den Schriftsteller Lothar Schmidt zitierte: „Vergessen ist die Entschuldigung der Undankbaren und die Ausrede der Schuldigen.“

LEADER-Förderung für Heiligenstädter See

Mit Mitteln in Höhe von rd. 255.000 Euro wurde dem Markt Heiligenstadt i. OFr. eine zentrale Finanzierungshilfe für die Aufwertung des Heiligenstädter Sees durch das EU-Förderprogramm LEADER gewährt. Darüber freut sich insbesondere Landrat Johann Kalb, Vorsitzender der LAG Region Bamberg e. V.: „Mit der Bewilligung des Projektes „Aufwertung Heiligenstädter See“ wurden in der Förderperiode 2014-2022 schon insgesamt über 2,7 Mio. Euro an LEADER-Mitteln in ländliche Projekte der Region Bamberg gebunden!“

Der Heiligenstädter See ist eine ca. 4.000 m² große künstlich angelegte Wasserfläche, westlich von der Ortschaft Heiligenstadt in der Fränkischen Schweiz gelegen. Im Sommer wird im See am Badestrand gebadet und im Winter bei entsprechenden Temperaturen auch Schlittschuh gefahren. Der attraktive Naherholungsbereich wird nicht nur von Bürgerinnen und Bürgern aus der Ortschaft, sondern auch von Ausflüglern und Touristen gerne genutzt. Die jährlich ansteigenden Besucherzahlen haben jedoch verschiedene Problematiken auf dem Gelände des Sees zur Folge und bringen verschiedene Handlungsbedarfe mit sich. Hier möchte der Markt Heiligenstadt aktiv werden und hat im Rahmen eines LEADER-Projektes verschiedene Maßnahmen zur Aufwertung des Sees und Lösung der Problematiken geplant.

Diese soll die Umweltverschmutzung, welche insbesondere durch das unkontrollierte Entleeren von Chemie-Toiletten in die freie Natur entsteht, reduzieren. Durch das Aufstellen von Hinweisschildern sollen die Besucherinnen und Besucher des Seegebietes hinsichtlich der Themen Umweltverschmutzung und Müllvermeidung sensibilisiert werden. Die Sanitär-Station wird sowohl den Gästen des Sees als auch den Nutzerinnen und Nutzern der Wohnmobilstellplätze von Frühjahr bis Herbst offenstehen.

Familienfreundliche Angebote

Ein zentrales Projektziel der Marktgemeinde ist es, die Anzahl an familienfreundlichen Freizeitanlagen, Entspannungs- und Sportangeboten in Heiligenstadt zu

erhöhen. Dies soll unter anderem durch die Errichtung von mehreren Erlebnisrutschen am Hang des westlichen Seeufers erreicht werden. So können die ortsansässigen Kinder den Hang nicht nur im Winter als Rodelbahn, sondern ganzjährig als Freizeitanlage nutzen. Da in den letzten Jahren die Outdoor Sportart „Klettern“ in der Fränkischen Schweiz und in der unmittelbaren Nähe von Heiligenstadt sehr populär geworden ist, möchte der Markt Heiligenstadt diese Sportart Kindern, Jugendlichen und Anfängern mittels Boulderfelsen nahebringen. Um die Besonderheit des Kletterns am Kalkfelsen herauszustellen sollen daher westlich des Seeufers Kalksteinfindlinge von Steinbrüchen aus der unmittelbaren Umgebung als Boulderfelsen aufgestellt werden. Die Errichtung von mehreren Sitzgelegenheiten rundet das Projekt ab und erhöht die Attraktivität und Verweildauer am See.

Was ist LEADER

LEADER ist ein seit 1991 bestehendes Förderprogramm der Eu-



Stephan Schwarzmann (Architektur- und Sachverständigenbüro Stephan Schwarzmann), Rüdiger Schmidt (Geschäftsleiter Markt Heiligenstadt i. OFr.), Johann Kalb (Landrat, Landkreis Bamberg), Stefan Reichold (1. Bürgermeister Markt Heiligenstadt i. OFr.), Kathrin Salm (LAG-Managerin, LAG Region Bamberg e.V.), Ekkehard Eisenhut (LEADER-Koordinator, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth-Uffenheim), Kathrin Salm (LAG-Managerin, LAG Region Bamberg e.V.) und Bettina Fritzer (LAG-Managerin, LAG Region Bamberg e.V.) freuen sich über den LEADER-Zuwendungsbescheid für das Projekt „Aufwertung Heiligenstädter See“. Bild: Heinrich Hoffmann

ropäischen Union, angesiedelt im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Kernelement des Programms ist ein bürgerorientierter Ansatz unter dem Motto: „Bürger gestalten ihre Heimat“. Dieser Ansatz soll vor Ort durch die jeweiligen

Lokalen Aktionsgruppen (LAG) – in diesem Fall durch die LAG Region Bamberg e. V. – umgesetzt werden. Die LAG Region Bamberg e.V. unterstützt den Entwicklungsprozess, bringt die verschiedenen Akteure in der Region Bamberg zusammen und ist Anlaufstelle für Projektideen. □

Wildcampen begrenzen

So ist zwischen dem See und dem öffentlichen PKW-Stellplatz an der vorhandenen Zufahrt zum Parkplatz die Erschaffung von insgesamt sechs Wohnmobilstellplätze mit ausreichendem Platz für Vorzelte geplant. Hierdurch soll das Wildcamping von Wohnmobilen auf dem vorhandenen PKW-Stellplatz sowie die Lärmbelastung für die Anwohnerschaft reduziert werden. Die Stellplätze werden als Schotterrasen angelegt um Flächenversiegelung zu verhindern. Eine umfangreiche Bepflanzung mit hochstämmigen Bäumen wird die angrenzende Grünfläche aufwerten und mittelfristig auf natürliche Weise Schatten spenden.

Sani-Station

Ein weiterer zentraler Projektbaustein ist die sogenannte Sani-Station. Diese soll jeweils eine Damen-, Herren- und Behinderten-WC sowie zwei Duschen und einen Putz- und Abstellraum umfassen. Weiterhin wird die Station eine Ver- und Entsorgungsstation für Wohnmobile beinhalten.

Herausragende Leistung im bayerisch-tschechischen Dialog

Sozialministerin Ulrike Scharf zum Jubiläum der Sudetendeutschen Stiftung

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf hat an der hundertsten Sitzung der Sudetendeutschen Stiftung teilgenommen und deren Arbeit gelobt: „Die guten Entwicklungen der bayerisch-tschechischen Beziehungen und den verbesserten Dialog in den letzten Jahren haben wir auch den langjährigen Bemühungen der Sudetendeutschen zu verdanken. Als vierter Stamm Bayerns gehören sie zu uns und sind eine tragende Säule unseres Freistaats!“

Anfang Mai hat das bayerische Kabinett in Regensburg zusammen mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala getagt. Kurze Zeit später haben in Selb die „Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen 2023“ begonnen. An der Eröffnungsfierlichkeit nahmen der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der tschechische Staatspräsident Petr Pavel teil.

Leuchtturmprojekt bayerischer Kulturpolitik

Das Sudetendeutsche Museum gehört zu den besten Museen in ganz Europa. Belege, die zeigen, wie positiv sich die bayer-

risch-tschechische Nachbarschaft entwickelt hat.

Die Ministerin betont weiter: „Die Stiftung leistet für die Kulturpflege der Sudetendeutschen Herausragendes. Sie betreibt unter anderem das Sudetendeutsche Haus als weltweites Zentrum der Sudetendeutschen. Das Sudetendeutsche Museum ist ein Leuchtturmprojekt bayerischer Kulturpolitik! Ein zentraler Ort für den Dialog mit unseren tschechischen Nachbarn und für die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. Der Stiftungsrat hat die Geschichte der Stiftung immer mit größtem Engagement gelenkt. Dafür gebührt allen Mitgliedern ein großer Dank.“ □

ILE-Netzwerktreffen in Oberfranken

Bamberg. Bereits zum 12. Mal kamen die Umsetzungsbegleiterinnen und Umsetzungsbegleiter der Integrierten Ländlichen Entwicklungen (ILEs) in Oberfranken im Mai zu einem Austauschtreffen zusammen. Das Amt für Ländliche Entwicklung hatte die Frauen und Männer aus 16 ILEs diesmal zunächst direkt in die Behörde eingeladen. Dort stellten sie ausgewählte „Best Practice“ Beispiele aus den jeweiligen ILE-Regionen vor. Die Palette reichte von einem Förderprogramm für Stecker-Solaranlagen über umfassend konzipierte Mobilitätskampagnen auf dem Land bis hin zum Ausbau der Mountainbike-Strecken zu einer Bikeschaukel, um nur einige zu nennen. „Besonders wichtig ist bei diesen Treffen immer der gegenseitige Erfahrungsaustausch und was man voneinander lernen kann. Kopieren ist ausdrücklich erwünscht“, so der ILE-Betreuer im Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken, Tobias Alt.

Bei einer Führung über das Lagarde-Gelände im Osten Bambergs lernten die Teilnehmer vor Ort das zukunftsweisende Energiekonzept für das Quartier kennen. Außerdem besichtigten sie das Zentrum für Digitalisierung und Gründung, Lagarde 1. Die ILE-Umsetzungsbegleiterinnen und Umsetzungsbegleiter nahmen viele Anregungen und innovative Ideen mit, die sich – angepasst an den ländlichen Raum – in den Kommunen ebenfalls verwirklichen lassen könnten.

Bei einer Integrierten Ländlichen Entwicklung, kurz ILE, handelt es sich um den freiwilligen Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zu einem starken Verbund im ländlichen Raum. Die Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern unterstützen, beraten und koordinieren die Umsetzungsbegleitung der ILEs. Stefanie Krapp

Bezirk Niederbayern:

Das Smartphone als Motorsäge

Prof. Manfred Spitzer spricht bei Informationsveranstaltung über Auswirkungen digitaler Medien

Regen. Handys sind wie Motorsägen nützliche Werkzeuge, die gleichzeitig auch gefährlich sind – vor allem für Kinder und Jugendliche, die ohne den richtigen Umgang damit in ihrer Entwicklung negativ beeinträchtigt werden. Dies war eine der zentralen Aussagen von Prof. Manfred Spitzer, einem der renommiertesten Gehirnforscher, der sich vor allem darauf spezialisiert hat, wie sich die Digitalisierung auf die Gesundheit und Bildung von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Deshalb lud ihn der Bezirk Niederbayern zu einer Informationsveranstaltung in den Saal der Firma Penzkofer nach Regen ein, um vor rund 230 Pädagogen vom Kindergarten bis zur Hochschule sowie weiterer Interessierter über das Thema zu informieren.

Obwohl der Bezirk Niederbayern in den vergangenen zehn Jahren die stationären Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrie stark ausgebaut und ambulante Behandlungsplätze neu ein-

geführt hat, übersteigt der Bedarf nach wie vor die Kapazitäten. „Die Nachfrage steigt stetig an und wir müssen uns dringend die Frage stellen, wie wir diesem Trend entgegensteuern können“,

begründete Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich seine Initiative zu dieser Veranstaltung.

Körperliche Folgen des Medienkonsums

„Ich bin gerne gekommen, weil Sie alle wichtige Multiplikatoren sind“, so Manfred Spitzer zu Beginn, bevor er über den aktuellen Stand der Wissenschaft referierte. Zehn Stunden Nutzung digitaler Medien pro Tag seien der Normalfall, bei Kindern sind es am Wochenende sogar noch mehr. „Das muss Folgen haben.“ Zunächst zeigte er die körperlichen

Folgen auf, die von Kurzsichtigkeit über Schlafstörungen bis hin zur Fettleibigkeit reichen. Bis zum Alter von 25 Jahren wächst das Auge, danach nicht mehr. „Die Kinderaugen verändern sich durch den Konsum. Die Augäpfel verbiegen sich, wenn sie ständig in die Kürze schauen – das geht nicht mehr weg und ist die Hauptursache von Erblindung“, so der Experte. Studien prognostizieren, dass 2050 etwa die Hälfte der Weltbevölkerung kurzsichtig sein und damit auch die Zahl der erblindeten Menschen erheblich ansteigen wird.

Und seelische Schäden

Neben den körperlichen Schäden seien vor allem aber die seelischen Schäden dramatisch. Zu viel Handykonsum wirke auf das Gehirn wie eine Sucht, die Glückseligkeit und Lernen hemme. Wenn man mehr als drei Stunden pro Tag soziale Medien nutzt, erkränke man später mit doppelter Wahrscheinlichkeit an einer Depression. Studien aus den USA, nach denen sich die Suizidrate unter Jugendlichen innerhalb von zehn Jahren verdoppelt hat, zeigen die drastischen Auswirkungen. Neben Angst und Depression verhindere zu starker Medienkonsum, dass Kinder Empathie entwickeln. „Um das zu lernen, braucht es echte Menschen“, so der ärztliche Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm.

iPads in Kindergärten: „Das ist Körperverletzung“

Die Digitalisierung in der Bildung sei in Deutschland in aller Munde – die Kommission, die die Kulturstiftung des Jahres berät, empfiehlt aktuell die Einführung von iPads in Kindergärten. „Das



Bei der Unterzeichnung v.l. Taufkirchens Bürgermeister Ullrich Sander, Wirtschaftsstaatssekretär Weigert, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Wissenschaftsminister Markus Blume und Landrat Christoph Göbel, Landkreis München.

Bild: StMWK/Axel König

logischen Innovation und für die Lebensqualität in unserer Region schaffen.“

Ottobrunns Bürgermeister Thomas Loderer: „Ottobrunn steht ganz am Beginn der Geschichte der bayerischen Luft- und Raumfahrt. Jetzt richten wir den Blick hoffnungsvoll in die Zukunft und freuen uns, gemeinsam mit unserer Nachbargemeinde Taufkirchen an der Verwirklichung eines verkehrsmäßig optimal erschlossenen Luft- und Raumfahrtcampus mitwirken zu dürfen.“

TUM-Präsident Prof. Dr. Thomas Hofmann: „Mit der Gründung des neuen Departments für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie hat sich die TUM vor vier Jahren auf dem Weg gemacht, sich zur stärksten europäischen Referenz zu entwickeln. Dazu müssen wir den visionären Ideen, Perspektiven und Innovationen unserer steigenden Anzahl an Studierenden, Mitarbeitenden und Professoren die notwendigen Entwicklungsräume geben.“

Größter Luft- und Raumfahrtcampus Europas in Taufkirchen/Ottobrunn:

Freistaat und Kommunen unterzeichnen Erklärung zu Weiterentwicklung

Standort bringt Wissenschaft, Start-ups und Industrie zusammen

Europas künftig größter Luft- und Raumfahrtcampus entsteht in Taufkirchen und Ottobrunn im Münchner Süden. Der Freistaat und die beteiligten Kommunen haben eine Gemeinsame Erklärung zur Entwicklung des neuen Campus unterzeichnet und setzen so den Grundstein für ein wissenschaftliches und wirtschaftliches Mega-Projekt. Das Herzstück des Campus wird das Departement of Aerospace and Geodesy der Technischen Universität München (TUM) bilden. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärte bei der Unterzeichnung: „Das bayerische Space-Valley wächst! Mit der Unterzeichnung beschleunigt der Freistaat den Ausbau des Luft- und Raumfahrtcampus Taufkirchen/Ottobrunn der TU München gemeinsam mit Landkreis und Kommunen. Wir entwickeln in Bayern Europas größte Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie mit rund 50 Professuren und über 4000 Studenten. Bereits heute freuen wir uns über das große Interesse! Bayern ist weltweit einer der modernsten Standorte im Bereich Zukunftstechnologien. Alleine in Luft- und Raumfahrt investiert der Freistaat rund 700 Mio. Euro.“

Weltraumforschung ist zentral für die Menschheit: Der Blick ins All sucht nach Antworten auf die großen Fragen – und ermöglicht konkrete Lösungen für aktuelle Herausforderungen hier auf der Erde, etwa bei der Klimaforschung.

Wissenschaftsminister Markus Blume betonte vor Ort: „Boarding completed: Mit dem Freistaat, den Gemeinden Taufkirchen und Ottobrunn, dem Landkreis München und der TUM ist eine starke Crew an Bord. Gemeinsam heben wir hier und heute die bayerische Tradition der Luft- und Raumfahrt auf ein neues Level – ein historischer Moment. Der Standort Taufkirchen und Ottobrunn ist durch sein unternehmerisches Umfeld prädestiniert für den größten Luft- und Raumfahrtcampus Europas. Hier bringen wir Wissenschaft, Start-ups und Industrie zusammen. Das bringt Wachstum und steigert Wettbewerbschancen für ganz Bayern. Vielen Dank allen Beteiligten, besonders den Gemeinden und dem Landkreis, die dem Campus ein Zuhause geben.“

Mit der Standortentscheidung und der Gemeinsamen Erklärung knüpfen der Freistaat und die beiden Gemeinden an eine Traditionslinie an: Die Region ist seit langem etablierter Standort für Luft- und Raumfahrt. Unternehmen wie Airbus, die Ariane-Group oder IABG sind hier ansässig. Sie ermöglichen Partnerschaften und bieten ein einzigartiges Umfeld. In einem konstruktiven Dialog konnten die Interessen von Freistaat, TUM und Kommunen passend austariert werden. Aktuell werden geeignete Flächen für die weitere Entwicklung identifiziert. Alle Beteiligten streben die Verlängerung der U-Bahn-Linie U5 von Neuperlach Süd über Ottobrunn ins Entwicklungsgebiet an.

Rasanter Ausbau dank Hightech Agenda Bayern

Luft- und Raumfahrttechnik ist ein industrieller Schlüsselbereich für den Wirtschaftsstandort Bay-

ern. Sie ist Grundlagentechnologie für zahlreiche Branchen wie Luftfahrt, Automotive oder Medizintechnik und leistet wichtige Beiträge zur nachhaltigen Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen wie Energiewende, Klima- und Umweltschutz, Mobilität und Sicherheit. Forschung und die Ausbildung neuer Fachkräfte sind dabei die entscheidende Basis. Der Ausbau der 2019 gegründeten Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie (seit 2021 Department of Aerospace and Geodesy) der TUM schreitet rasant voran. Mit aktuell 27 Professuren und circa 1.500 Studierenden gehört die Fakultät schon heute zum internationalen Spitzenfeld. Im Endausbau sollen rund 50 Professorinnen und Professoren, rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bis zu 4.000 Studierende die größte Luft- und Raumfahrtfakultät Europas bilden. Die Innovationsoffensive Hightech Agenda Bayern beschleunigt die Entwicklung: Insgesamt werden aus der Hightech Agenda Bayern über 43 Millionen Euro und 16 zusätzliche Professuren in den Aufbau investiert.

Weitere Stimmen zur gemeinsamen Erklärung:

Bauminister Christian Bernreiter: „Die Gemeinsame Erklärung ist ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung des Universitätscampus. Dieser wird unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten entwickelt werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf der Minimierung der Flächenversiegelung liegt. Der Freistaat bekennet sich zur Verlängerung der U5. Der Landkreis München als Projektträger macht hier einen wirklich guten Job.“

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der TUM-Campus ist ein weiterer entscheidender Standortvorteil für Bayern im Wettbewerb mit anderen Luft- und Raumfahrtregionen in Europa und weltweit. Der Campus verfügt über ein herausragendes Ökosystem, das wir in den kommenden Jahren weiter ausbauen wollen. Die TU München liefert

Exzellenz in der Wissenschaft, mit dem TUM Venture Lab Aerospace haben wir ein kreatives Milieu für erfolgreiche Start-ups, die ansässigen Hightech-Unternehmen aus der Branche sind Technologietreiber. Und mit dem Munich Aerospace und dem Bauhaus Luftfahrt, die beide vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert werden, gelingt der so wichtige Wissenstransfer von der Forschung in die Praxis. Wir setzen uns nachhaltig dafür ein, dass diese Unternehmen sowie Neuanstellungen beste Standortbedingungen vorfinden.“

Landrat des Landkreises München Christoph Göbel: „Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung haben wir heute auch eine wichtige Weiche für die Zukunft des Landkreises München gestellt. Der Ausbau des Luft- und Raumfahrtcampus' zum größten seiner Art in ganz Europa unterstreicht nicht nur die Bedeutung des Landkreises als Wissenschaftsstandort, er wird mit der Ansiedlung forschungsnaher Unternehmen auch einen starken Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität des Landkreises leisten. Mit dem Bekenntnis des Freistaats, den Campus langfristig durch die Verlängerung der U-Bahn-Linie 5 verkehrlich zu erschließen, ist gleichzeitig ein bedeutendes Infrastrukturvorhaben auf den Weg gebracht, von dem auch die Bevölkerung im gesamten Landkreis profitieren wird.“

Taufkirchens Bürgermeister Ullrich Sander: „Abheben/Lift off heißt es zukünftig für Bayern. Mit der gemeinsamen Erklärung schaffen wir das Fundament für die Standortentwicklung. Ich bin mir sicher, dass wir mit dem Campus einen Spitzenplatz in der techno-



Nach über 15 Jahre Pause trafen sich die Umweltbeauftragten des Landkreises München auf Initiative des Leiters des Umweltamtes Planegg Dr. Richard Richter (Mitte vor Methusalem Eiche) wieder zum Austausch. Insgesamt hatten sich über 40 Fachleute aus Umweltämtern, Bauämtern und der Kreisfachberatung Grünordnung des Landratsamtes angemeldet.

Bild: Gemeinde Planegg

geistigen Leistung. „Alleine wenn das Handy auf dem Tisch liegt, senkt im Gegensatz zum Handy im Nebenraum den IQ um 7 Prozent, das entspricht dem durchschnittlichen IQ-Unterschied zwischen Gymnasiasten und Realschülern.“ Interessant dabei: Die Leistungen von schwächeren Schülern leiden am meisten unter digitalen Medien.

Lernen als Demenzprophylaxe

Das Lernen sei nicht nur wichtig für die Berufswahl und den mittelfristigen Lebensweg junger Menschen, sondern auch langfristig für ihr Alter. „Wenn eine Demenz mit 70 Jahren einsetzt und Sie bauen geistig ab, dann dauert es eben länger, wenn Sie mehr im Kopf haben“, so Spitzer anschaulich, der diesen Prozess wie den Abstieg von einem Berg betrachtet. „Je höher sie oben sind, desto länger dauert der Weg nach unten.“ Schule sei also Demenzprophylaxe.

Nach dem Vortrag berichteten in einer Gesprächsrunde Veronika Auer, Kinder- und Jugendpsychologin an der psychiatrischen Institutsambulanz in Zwißel, sowie Dr. Roland Ebner, Leiter der Institutsambulanz und der Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Deggendorf, von ihren Erfahrungen aus der Praxis, die die Aussagen von Prof. Spitzer bestätigten.

„Wir wissen gar nicht, was da alles abgeht“

„Wir Erwachsenen wissen gar nicht, was da alles abgeht“, so Ebner, der von Fällen berichtete, in denen junge Mädchen Nacktfotos von sich posten oder von Suiziden oder Suizidversuchen, weil man dem Vergleich in sozialen Medien nicht standhalten kann. „Ich habe den Eindruck, dass viele Eltern von den Problemen wissen, aber sich am Ende die Bequemlichkeit durchsetzt“, berichtete Auer von ihrem Alltag.

„Vor 100 Jahren haben die Leute ihre Kinder mit Baumwolltüchern ruhiggestellt, die sie vorher mit Alkohol und Opium getränkt haben, weil sie es nicht besser wussten. Womöglich sagen die Leute in 50 Jahren auch über uns, ob wir wahnsinnig waren, weil wir so leichtfertig unsere Kinder mit Smartphones ruhiggestellt haben“, kommentierte Spitzer. Das Argument, dass „alle anderen auch eins haben“, sei kein Grund. „Wir haben alle Verantwortung für unsere Kinder – wenn es die Politik schon nicht vorgibt, dann müssen sich Lehrer und Eltern zusammenschließen und gemeinsam das Handy zumindest aus der Schule verbannen. „Es macht süchtig und beeinflusst die Gehirnentwicklung – im Grunde müsste man es wie Alkohol und Zigaretten bis 14 Jahre verbieten.“ Dafür und für seinen fesselnden Vortrag bekam Manfred Spitzer viel Applaus von den Gästen, die im Anschluss noch lange diskutierten und sich austauschten. Und womöglich erfüllt sich damit auch das Ziel der Veranstaltung, dass „die ein oder andere Weiche nun anders gestellt wird“, wie es Olaf Heinrich in seinem Schlusswort formulierte. ml

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Dinkelsbühl, 12.800 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

06.11.2003, seitdem hauptamtlich als Oberbürgermeister tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich war vorher Jurist in der Bayerischen Staatsverwaltung. Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Durch die Erfolge am Landratsamt bin ich „auf den Geschmack“ gekommen. Ich habe gemerkt,

Dr. Christoph Hammer

Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl

dass man in der Kommunalpolitik wirklich etwas bewegen kann und nicht nur ein kleines „Rädchen im System“ ist.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die Arbeit am Landratsamt war die beste Vorbereitung auf meinen jetzigen Job.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich hatte am Anfang ein mulmiges Gefühl, als „Neigschmecker“ nach Franken zu kommen. Eigentlich stamme ich nämlich aus der Oberpfalz und musste mich erst einmal an das fränkische Gemüt gewöhnen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Die Themen Energiewende, Wirtschaftsent-



© Tobias Köller

wicklung und eine ausreichende medizinische und soziale Versorgung sind momentan unsere Schwerpunkte.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich glaube, dass uns die Energiewende auch auf längere Sicht gesehen beschäftigen wird, gerade in einer Altstadt wie Dinkelsbühl, in der die Energieversorgung nicht einfach durch Photovoltaikanlagen auf den Dächern abzuholen ist.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Jeder Tag bietet eine neue Chance – habt Mut! Die wahre Entwicklung des Landes bzw. für eure Bürgerinnen und Bürger liegt in euren Händen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch unsere Bürgersprechstunde und den täglichen Austausch unter den Mitarbeitern im Rathaus, sowie in den Sozialen Medien, hole ich mir ein allgemeines Stimmungsbild ab und entdecke immer wieder spannende neue Ideen und Anregungen aus der Bürgerschaft.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Sicherlich beachtlich – allerdings sehe ich den Politiker und sein Handeln immer in der persönlichen Nähe am Bürger.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Es geht immer weiter.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Durch meine Taten und all die Projekte, bei denen ich mitwirken konnte. Am wichtigsten ist mir allerdings, dass ich als Mensch in Erinnerung bleibe. □

Oberpfalz und Mittelfranken:

Landrätetagenungen der Bezirksverbände

Die Zahl der neu ankommenden Asylbewerber steigt weiter rapide an. Problem: Für die zahlreichen Flüchtlinge fehlen Unterkünfte. Bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte in Neumarkt schlugen die Landkreischefs deshalb erneut Alarm: Sie gelangen nun endgültig an ihre Kapazitätsgrenze.

800 Flüchtlinge in die Oberpfalz waren es im Mai dieses Jahres. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine ist zurückgegangen, überwiegend sind es Menschen aus Drittstaaten wie beispielsweise Syrien, dem Irak oder Afghanistan, die Schutz suchen. Für diese Flüchtlinge wird Wohnraum benötigt. Die Kapazitätsplanung der Regierung der Oberpfalz sieht vor, in jedem der sieben Landkreise hundert neue Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Bei der Akquise neuer Unterkünfte tun sich die Landräte jedoch schwer.

„Es brennt, wir finden nichts mehr, wir haben keine freien Industriehallen oder Flächen mehr“, brachte es der Amberg-Weilburger Landrat Richard Reisinger, zugleich Sprecher der Oberpfälzer Landräte, auf den Punkt. „Und die Belegung von Turnhallen wollen wir unbedingt vermeiden, um den Schulsport nicht zu beeinträchtigen.“

Fehlbeleger finden keine Wohnung

Zur Sprache kam auch das Thema Fehlbeleger: Ende Mai waren 3.345 Menschen in Flüchtlingsunterkünften untergebracht, obwohl sie als Flüchtlinge anerkannt sind, einen Aufenthaltstitel in Deutschland haben und ihre Flüchtlingsunterkunft somit eigentlich verlassen müssten. Problem: Sie finden keine Wohnung.

Die Situation ist angespannt, die Landkreise immer mehr am Limit. Und die Oberpfälzer Landräte fühlen sich zum Teil auch allein gelassen. Wie der Bezirkstagspräsident und Chamer Landrat Franz Löffler ausführte, „sind die Aufnahme- und Integrationskapazitäten in den Landkreisen weitgehend erschöpft. Die prognostizierten Zahlen des Bundes gehen auch nicht von einer Entspannung der Unterbringungssituation aus. Die kommunale Ebene trägt vor Ort die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Asylpolitik des Bundes.“

Flüchtlingschiff MS Rossini

In diesem Zusammenhang wies Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger darauf hin, aufgrund der weiterhin sehr angespannten Situation, das Flüchtlingschiff MS Rossini weiter zu nutzen. Dazu soll das Hotelschiff Anfang August von Bach nach Donauauf verlegt werden. Der bisherige Mietvertrag läuft Ende Juli aus. Den Bürgerinnen und Bürgern von Bach a. d. Donau, wo das Schiff seit Anfang Februar anliegt, hatte die Landkreischefin die Zusage gegeben, dass dieses nach sechs Monaten wieder ablegen wird.

„Die Weiternutzung des Schiffes“, so Schweiger, „stellt sicher, dass wir wie bisher keine Turnhallen belegen müssen“. Denn der Unterbringungsdruck für die Kommunen sei unverändert hoch. Dem Landkreis würden monatlich im Schnitt 30 Personen zugewiesen. Dies bedeute, dass pro Monat etwa zwei Ein- oder Mehrfamilienhäuser angemietet werden müssten, um keine zusätzlichen Notunterkünfte in Betrieb nehmen zu müssen. Seit 1.3.2023 konnten so zahlreiche Unterkünfte mit insgesamt 345 Plätzen in verschiedenen Gemeinden angemietet werden, jedoch seien auch diese schon wieder verplant.

Die bisherigen Erfahrungswerte mit der Nutzung des Schiffes als Notunterkunft haben sich Schweiger zufolge als gut erwiesen. Bisher habe es dort keine nennenswerten Probleme gegeben. Die Belegung des Schiffes in Bach wuchs sukzessive an, derzeit sind etwa 140 Asylsuchende untergebracht. Vereinbart war, generell nicht mehr als 150 Personen unterzubringen, die Maximalkapazität von 200 also nicht auszuschöpfen. Diese Regelung gilt jetzt auch für Donaustauf.

Insgesamt machten die Oberpfälzer Landräte deutlich, dass sie das Asylrecht nicht in Frage stellten und ihren Aufgaben bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern bestmöglich nachkämen. Allerdings wünschen sie sich zugleich mehr Unterstützung vom Bund, zum Beispiel mehr Tempo bei der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. Menschen, deren Asylantrag bereits abgelehnt wurde, sollten das Land schneller verlassen, da ansonsten kein Platz mehr für andere Flüchtlinge vorhanden sei.

Einer qualifizierten und geordneten Zuwanderung stehen die Landkreischefs positiv gegenüber. Denn auch in der Oberpfalz fehlen gut ausgebildete Fachkräfte. Hier wäre es hilfreich, bürokratische Hürden, zum Beispiel bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, abzubauen, hieß es.

Mittelfranken

Die Landrätinnen und Landräte im Bezirksverband Mittelfranken tauschten sich bei ihrer jüngsten Sitzung in Cadolzburg unter anderem mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, aus. Im Zentrum standen dabei Wege und Möglichkeiten, sich gemeinsam gegen Antisemitismus zur Wehr zu setzen.

Instrumente und Handlungskonzepte

Dazu wurden im Freistaat nach Spaenles Angaben in den vergangenen fünf Jahren mehrere Instrumente und Handlungskonzepte entwickelt und erprobt:

1. Die Funktion als Ombudsmann für die jüdische Community und als deren politischer Anwalt gegen Politik und Gesellschaft ist notwendig.
2. Auf der Grundlage der Antisemitismusdefinition der IHRA muss die gesellschaftliche und politische Widerstandskraft gegen Juden Hass ausgebaut werden.
3. Das Gesamtkonzept des Freistaats Bayern, der als erstes Bun-

desland ein koordiniertes Vorgehen von Politik und Verwaltung initiiert hat, wird weiter umgesetzt.

4. Ein umfassendes Wissen gegen Juden Hass ist die Basis für eine erfolgreiche Präventionsarbeit und zur Förderung jüdischen Lebens.

5. Die strategische Vernetzung aller Einrichtungen und Organisationen, die mit jüdischem Leben, Geschichte und Kultur zu tun haben, wird auf Dauer die Resilienz fördern, Kompetenzen bündeln und die Kräfte der Gesellschaft mit der jüdischen Community verbinden.

6. Antisemitismus erfordert eine grenzübergreifende enge Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

7. Die Aufnahme der Unterstützung jüdischen Lebens und des Kampfes gegen Antisemitismus als Staatsziele in die Bayerische Verfassung bleibt ein wichtiges Ziel.

Knapp 20.000 Jüdinnen und Juden leben heute in Bayern. „Eine Bedrohung jüdischen Lebens ist unerträglich, nicht hinnehmbar und gegen das gesamte Gemeinwesen gerichtet. Wir müssen uns immer und überall vereint gegen Antisemitismus stellen“, betonte Spaenle, der damit allen Anwesenden aus dem Herzen sprach. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2023
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Die Mitarbeiter der von Bernd Geisler (im Vordergrund) ausgezeichneten Verwaltungen. Bild: realrgb

Landkreis Regensburg:

LSI vergibt Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“

Im Juni wurde bei einem gemeinsamen Termin im Sitzungssaal des Marktes Nittendorf 15 Mitgliedsverwaltungen des Zweckverbands Realsteuerstelle Regensburg das Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“ des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) durch Bernd Geisler, den Präsidenten des LSI, übergeben.

In einem von der Realsteuerstelle initiierten Projekt wurde seit 2022 an der Umsetzung und Dokumentation der vom LSI geforderten technischen und organisatorischen Maßnahmen gearbeitet. Unterstützung erhielten die Gemeinden dabei von Ralf Turban und Adrian Karmann von Mein-Datenschutzberater. „Überaus hilfreich und zeitsparend war dabei auch das Software-Tool M24S der Saarbrückener Firma M24S GmbH“, sagte Robert Hirschberger von der Realsteuerstelle, der das Verfahren angestoßen hat und jetzt als Informationssicherheitsbeauftragter (ISB) für alle beteiligten Kommunen fungiert. Aufgrund der einheitlichen Betreuung der IT der Verwaltungen durch die Realsteuerstelle Regensburg konnten viele Maßnahmen zentral umgesetzt werden und mussten nicht von jeder Verwaltung einzeln betrachtet werden.

Folgenden Verwaltungen wurde das LSI-Siegel übergeben: Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim, Gemeinde Bernhardswald,

Verwaltungsgemeinschaft Donauauf, Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz, Gemeinde Köfering, Gemeinde Mintraching, Markt Nittendorf, Gemeinde Pfatter, Verwaltungsgemeinschaft Sünching, Gemeinde Tegernheim, Gemeinde Thalmassing, Gemeinde Wenzenbach, Gemeinde Wiesent, Ver-

waltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Gemeinde Zeitlarn.

Der Zweckverband zur Wasserversorgung Wenzenbacher Gruppe, dessen IT von der Realsteuerstelle betreut wird, wurde von Geisler lobend erwähnt. Auch hier wurden die geforderten Maßnahmen umgesetzt – als einem von wenigen Wasserversorgern in Bayern. Nachdem das LSI-Siegel nur an Kommunen vergeben wird, erfolgte jedoch keine offizielle Übergabe eines Siegels den Zweckverband. □



Die Oberpfälzer Landräte um ihren Sprecher Landrat Richard Reisinger trafen sich zum Austausch mit Andrea Degl, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, und Regierungspräsident Walter Jonas im Landratsamt Neumarkt. V.l.: Roland Grillmeier (Landrat Tirschenreuth), Tanja Schweiger (Landrätin Regensburg), Richard Reisinger (Landrat Amberg-Weilburg), Andrea Degl (Bayerischer Landkreistag), Willibald Gailler (Landrat Neumarkt), Walter Jonas (Regierungspräsident Oberpfalz), Franz Löffler (Landrat Cham).
Bild: Christine Hollederer



Alle Preisträger des Kinderbibliothekspreises 2023.

Bild: altrofoto/ Bayernwerk AG

Regensburg/Altötting:

Leseförderung als Herzensangelegenheit

Bayernwerk verleiht Kinderbibliothekspreis und Lesezeichen

Zum 17. Mal hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) im Juni bayerische Büchereien mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Kultur-Kongress Forum in Altötting statt. Unter dem Motto „Spielraum für Fantasie und Inspiration“ führte Moderator Thomas Ohner durch den Abend mit hochkarätigen Gästen aus Kultur und Politik. Der in der Buchbranche geschätzte Speaker Rob Brujinzeels ging in seinem Vortrag auf die sich zunehmend wandelnde Rolle von Bibliotheken ein. Der Kinderbibliothekspreis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert und zeichnet das Engagement der Einrichtungen für die Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus.

2023 geht der Kinderbibliothekspreis an: die Bücherei Bernbeuren (Landkreis Weilheim-Schongau), die Gemeindebücherei Dörfles-Esbach (Landkreis Coburg), die Gemeindebibliothek Krailling (Landkreis Starnberg) und die Gemeindebücherei Lalling (Landkreis Deggendorf). Über den Sonderpreis darf sich die Stadtbibliothek Alzenau (Landkreis Aschaffenburg) freuen. Darüber hinaus erhalten 50 Kommunen im Freistaat eines der begehrten Lesezeichen, die mit jeweils 1.000 Euro dotiert sind. Das Bayernwerk engagiert sich jährlich mit insgesamt 75.000 Euro für die Förderung von Büchereien und Bibliotheken.

Feierliche Preisverleihung

Zum ersten Mal seit 2019 fand die Verleihung aller Preise wieder im Rahmen einer Vor-Ort-Veranstaltung statt. „Büchereien eröffnen neue Welten, bilden, nähren Fantasie, schaffen Raum für Inspiration und Austausch – und das generationenübergreifend“, unterstrich Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, und ergänzte: „Die wertvolle Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Bücherei-Teams zu unterstützen, ist und war für uns beim Bayernwerk immer eine Herzensangelegenheit, die uns gerade jetzt, nach der Pandemie, umso wichtiger erscheint.“ Als öffentliche Treffpunkte leisten Bibliotheken einen entscheidenden Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander und die Förderung junger Menschen. Auch Staatsminister Markus Blume sprach in seiner Videobotschaft anlässlich der Verleihung über den gesellschaftlichen Stellenwert von Büchereien: „Bibliotheken sind Lese- und Lebeorte: Es sind Orte, die man gerne besucht, wo man eintaucht in die Welt des Buches und sich inspirieren lässt. Das trifft in ganz besonderer Weise auf die ausgezeichneten Büchereien zu: Man spürt sofort, für sie ist Leseförderung Herzensangelegenheit! Unsere Preisträger sind absolut auf der Höhe der Zeit. Sie wissen, unsere kleinen Leser für das Buch zu begeistern und machen vor, wie moderne Bibliotheken aussehen. Allen Engagierten – ob vor Ort in den Büchereien, bei den Verbänden oder dem Bayernwerk – gilt mein herzlicher Dank!“. Wie wichtig dieses Engagement der Preisträger gerade jetzt sei, betonte Ministeri-

alrätin Dr. Elisabeth Donoghue, Referentin für Literaturförderung und Kulturelle Bildung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, die die Preise zusammen mit Dr. Egon Leo Westphal an die Preisträger übergab. Speaker Rob Brujinzeels gab in seinem Vortrag Denkanstöße für die Büchereikultur von morgen. In Form von eigens für den Anlass produzierten Kurzfilmen wurden die geehrten Büchereien im Anschluss dem Publikum vorgestellt.

Den Kinderbibliothekspreis verleiht das Bayernwerk seit 2007 in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek / Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen und dem Sankt Michaelsbund. Eine Fachjury wählt die Preisträger aus.

Korbinian – Paul Maar-Preis

Um jungen Schriftstellerinnen und Schriftstellern den Weg in die Literaturszene zu erleichtern, unterstützt das Bayernwerk den Nachwuchspreis der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Gemeinsam mit Sams-Erfinder Paul Maar stiftet das Bayernwerk den mit 2.500 Euro dotierten Preis. Den Paul-Maar-Preis „Korbinian“ für neue

CSU-Mittelfranken:

„Lust auf Zukunft“

Joachim Herrmann erneut Bezirksvorsitzender CSU-Mittelfranken

Ansbach. Als „schlechteste Regierung, die Deutschland je hatte“, beurteilte CSU-Vorsitzender Dr. Markus Söder die „Ampel“ in Berlin. Beim Bezirksparteitag der CSU-Mittelfranken zeigte der Bayerische Ministerpräsident an zahlreichen Beispielen auf, dass „es sich in Bayern besser lebt als anderswo“ und dass „die CSU und nur die CSU die Stimme Bayerns in Deutschland und Europa“ sei.

Zum traditionell mitgliederoffenen Bezirksparteitag der „einzigen echten Volkspartei“ CSU hatte Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann, „der mit Abstand beste Innenminister Deutschlands“ – so Dr. Markus Söder – nach Ansbach eingeladen. Dabei wurde er mit 100 Prozent der Stimmen für weitere zwei Jahre als Bezirksvorsitzender gewählt.

Gezielte Förderung des ländlichen Raumes

Für Söder gehöre das Agieren der derzeitigen Bundesregierung mit „ideologischem Verbot und Zwangsernährungsphilosophie“ nicht zum Lebensstil der CSU, auch nicht die ständigen

Talente erhielt in diesem Jahr Julia Willmann für das Werk „Ganz oben fliegt Lili“ (Peter Hammer). Nominiert waren außerdem David Blum mit „Kollektorgang“ (Beltz & Gelberg), Henrik Hitzbleck und Kerstin Wacker mit „Das Mädchen in unserem Badezimmer“ (Wacker & Freunde), Marie Hüttner mit „Ist Oma noch zu retten?“ (Thienemann), Sarah Knäusenberger mit „Die Wildmohndraht“ (Kunstanstifter) und Josephine Mark mit „Trip mit Tropf“ (Kibitz).

Leseförderung in ganz Bayern

Seit vielen Jahren setzt sich das Bayernwerk mit zahlreichen Aktionen für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat ein: Neben dem Kinderbibliothekspreis unterstützt das Energieunternehmen jährlich 50 Büchereien und Bibliotheken mit dem sogenannten Lesezeichen. Dieses ist mit jeweils 1.000 Euro dotiert. Seitdem die Auszeichnung im Jahr 2007 erstmals verliehen wurde, konnten bis heute über 800 Lesezeichen an Büchereien und Bibliotheken vergeben werden. Junge Schriftsteller und Schriftstellerinnen unterstützt das Energieunternehmen gemeinsam mit der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur über den Paul-Maar-Preis „Korbinian“. Jährlich zeichnet der Preis, der nach einer eigens für diesen entworfenen Bärenfigur „Korbinian“ benannt ist, einen Nachwuchsautor oder eine Nachwuchsautorin aus. Mehr Informationen finden Interessierte unter www.bayernwerk.de/lesefoerderung.

GZ PINOS WELT

Bayern ist bekanntlich in sehr vielen Bereichen absoluter Spitzenreiter unter den deutschen Ländern und oft auch im gesamteuropäischen Vergleich. Erst kürzlich wurde wieder festgestellt, dass Bayern auch deutscher Champion in direkter Demokratie ist: 40 Prozent aller Bürgerbegehren in Deutschland finden in unserem Freistaat statt. stolze 3.500 seit 1956. Im Durchschnitt der letzten Jahre wurden rund 125 Bürgerbegehren pro Jahr angestoßen. Dazu kommen natürlich noch die Volksbegehren auf Landesebene, die bei uns Verfassungsrang haben.

Ein einsamer deutscher Rekord, denn das für seine demokratiebewussten Bürgerinnen und Bürger bekannte Baden-Württemberg steht nur für 12 Prozent aller Bürgerbegehren. Zusammen aber entfallen auf die beiden Südländer über die Hälfte der Akte der direkten Bürger-

Der unbedingte Schwarz-Weiß-Diskurs

beteiligung in kommunalen Angelegenheiten in ganz Deutschland. Das sollten sich diejenigen mal vor Augen führen, die bei uns die Demokratie kopfheister gehen sehen, bloß weil nicht jeder Politiker das große Wörterbuch der achtsamen Sprache unter dem Arm mit sich trägt.

Ein Schielen nach Bayern dürfte auch vor dem Hintergrund einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach sinnvoll sein, nach der 52 Prozent der Deutschen die Ansicht vertreten, sie hätten keinen Einfluss darauf, was an ihrem Wohnort geschieht. Nur 29 Prozent sind der Überzeugung, sie hätten Einfluss. Das sind die schlechtesten Werte seit Anfang der 90er Jahre.

Man fragt sich natürlich, warum das so ist und vor allem, warum sich das Meinungsbild so schnell so heftig gedreht hat. 2021 waren nämlich noch 47 Prozent der Befragten der Meinung, der Bürger habe Einfluss und nur 30 Prozent gingen von ihrer Machtlosigkeit aus.

In der Analyse des sozialwissenschaftlichen Instituts finden sich dazu bemerkenswerte Sätze. Etwa, dass über die Medien Diskussionen geführt würden, die an der Mehrheit der Bevölke-



rung vorbeiliefen. Oder Parteien Ziele verfolgten oder Entscheidungen mittrügen, die zwar Intellektuellen oder Journalisten gefielen, die die Mehrheit der Menschen aber befremdeten oder dieser sogar existentielle Sorgen bereiteten. Kurz: Im Elfenbeinturm Berlin-Mitte werden Konzepte erarbeitet, von denen die im Bund Regierenden annehmen, sie würden auf Zustimmung stoßen, die aber in Wahrheit nicht verstanden werden oder, wenn verständlich gemacht, auf massive Ablehnung stoßen.

Dann kommen noch die Verstärker in den Medien, die das Ganze als Heilbringung und Weltenrettung feiern und alles niedermachen, was die Weisheit der Regierung in Zweifel zu ziehen versucht. So wie eine öffentlich-rechtliche Jugendsendung, die für einen Beitrag gegen „rechts“ die Namen Höcke, Weidel, Merz und Söder in einem Atemzug nannte und in der Hintergrundcollage CSU und CDU bunt mit AfD, NPD und der kaiserlichen Fahne von vor 1918 in einen Topf warf. Oder eine Kabarettistin, die nicht mehr in der „heute-show“ auftreten will, weil ihr diese frühere Satiresendung zu viel Meinungsmache für eine Seite und zu viel Verachtung für politische Wettbewerber enthält. Wer „extra3“ oder „Bosetti will reden“ konsumiert, wird auch in diesen öffentlich-rechtlichen Formaten ähnliches finden.

Wir haben derzeit die Tendenz des unbedingten Schwarz-Weiß-Diskurses. Das betrifft die Querdenker mit den Verschwörungstheorien, das betrifft die Klimaaktivisten, die sich vor lauter hysterischer Weltendestimmung gar nicht mehr einkriegen, aber ebenso einen gehörigen Teil der medialen Begleitung politischer Prozesse, die oft nur noch (regierungsamtliche) Wahrheiten verbreiten will und keine fairen Kontroversen mehr kennt. Wenn aber dem Bürger vorgeschrieben wird, was er zu denken hat, dann wird ein vielleicht latent vorhandenes Gefühl der Machtlosigkeit nur befeuert.

Dass sich Demokratie und absolute Wahrheit nicht vertragen, wusste schon der Staatsmann und Historiker Winston Churchill: „In der Demokratie ist es notwendig, sich gelegentlich den Ansichten anderer Menschen zu beugen.“

Ihr Pino

ern“, meinte Joachim Herrmann bei seinem Rechenschaftsbericht. „Wir wollen Bayern weiter voranbringen, unsere Heimat bewahren, die Umwelt schützen, neue Chancen schaffen und die Zukunft gewinnen“. Dazu gehören, mit entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass es „Arbeit für möglichst viele und Armut für möglichst wenige gibt“.

Gut angelegt seien deshalb auch die Investitionen in mittelfränkische staatliche Hochschulen, „am Ende dieses Jahrzehnts werden es sensationelle vier Milliarden sein“, so Herrmann. Zur Zukunft gehöre aber auch eine starke Landwirtschaft und es sei ökonomisch und ökologisch wichtig, von Lebensmitteln aus der eigenen Region leben zu können, und das ginge nur mit einer leistungsfähigen, bodengebundenen bäuerlichen Landwirtschaft.

Der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration meinte, CSU und Bayerische Staatsregierung könnten stolz darauf sein, dass Bayern nicht nur das Bundesland mit dem geringsten Armutsrisiko sei, sondern auch mit gelingender Integration, was im Ländervergleich die deutlich niedrigsten Arbeitslosenquoten von Ausländern und auch ausländischer Frauen belegen würden. Aber: „Wir wollen keine Zuwanderungen in die Sozialsysteme sondern in den Arbeitsmarkt“.

Bayern in Sachen Sicherheit Nr. 1 in Deutschland

Für Joachim Herrmann ist es vor allem der professionellen Arbeit motivierter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu verdanken, dass man in Bayern si-

cherer als anderswo leben könne. Das politische Konzept, wofür er als Innenminister gemeinsam mit Markus Söder Verantwortung trage, stünde unter der Überschrift „Sicherheit durch Stärke“, was er mit 8.000 zusätzlichen Stellen in den letzten 15 Jahren belegte. Und: „Auch Mittelfranken hat mit 723 zusätzlichen Stellen davon profitiert“.

„Partei der Freiheit“

Herrmann erinnerte auch an den 17. Juni 1953, wo in der damaligen DDR tausende Menschen auf die Straßen gingen, mehr Freiheit wollten, gegen Misswirtschaft und SED-Diktatur demonstrierten, und diese Massenkundgebungen dann mit massivem Einsatz von Militär, Volkspolizei, Staatssicherheit und auch von sowjetischen Panzern brutal

niedergeschlagen wurden.

„Die CSU ist nicht die Partei der Angstmacher und Vorschriften, wir sind die Partei der Freiheit mit Mut zur Zukunft und mit Lust zur Zukunft“. Mit Kompetenz und Leidenschaft wolle man gemeinsam für ein starkes Ergebnis bei der Landtags- und Bezirkstagswahl am 8. Oktober kämpfen.

Von den fast 9.000 CSU-Mitgliedern im Bezirksverband Mittelfranken haben lt. Rechenschaftsbericht 834 ein öffentliches Mandat inne. Die Delegierten der acht Kreisverbände wählten am 17. Juni 2023 ihre Vorstandschaft neu:

Bezirksvorsitzender ist wieder Joachim Herrmann. Ihm stehen Cornelia Griesbeck, Herbert Lindörfer, Thomas Ritter (neu), Andreas Schalk und Sophia Schenkel als Stellvertreter zur Seite. **pwm**



Das Landratsamt Donau-Ries wurde im Juni in Berlin im Rahmen der 25. Zertifikatsverleihung der berufundfamilie für seine familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik geehrt. Das Zertifikat zum audit berufundfamilie nahm Ursula Leinfelder (4.v.l.), Familienbeauftragte des Landkreises Donau-Ries und Koordinatorin des audit berufundfamilie von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, MdB (r.) und Oliver Schmitz, Geschäftsführer der berufundfamilie Service GmbH (l.), entgegen. Die Kreisbehörde zählt zu insgesamt 323 Organisationen – 140 Unternehmen, 148 Institutionen und 35 Hochschulen –, die in diesem Jahr ausgezeichnet wurden.

Bild: berufundfamilie Service GmbH

Ohne die MIG? Unvorstellbar!

Würzburger Inklusionsbetrieb erledigt Aufträge für den Landkreis Main-Spessart

Bis sitzt, was zu wissen und zu können ist, dauert manchmal eine ganze Weile. Aber das ist okay. „Bei uns arbeiten Menschen mit anerkannter Lernbehinderung“, sagt Stefan Schön, der im Würzburger Inklusionsbetrieb MIG die Abteilung „Grüne Dienstleistungen“ leitet. Die MIG ist einer von 13 Inklusionsbetrieben in Unterfranken.

Dass die Arbeitsleistung plötzlich einbricht, weil es zu seelischen Turbulenzen kam, ist eine potentielle Gefahr bei Menschen mit kognitiver Einschränkung. „Das kann zum Beispiel passieren, weil sich irgendetwas im Lebensumfeld ändert“, erläutert Schön, in dessen Abteilung 70 Männer und Frauen mit Lernbehinderung tätig sind. Anleiter in Inklusionsbetrieben müssen eine Ahnung haben, was die Diagnose „Lernbehinderung“ bedeutet, um Krisen verstehen und Mitarbeiter in Krisen auffangen zu können.

Da hat vielleicht jemand schon seit Tagen dunkle Ringe unter den Augen, weil er vor kurzem von daheim ausgezogen ist. „Plötzlich alleine zu wohnen, kann für einen Menschen mit Lernbehinderung einen gravierenden Einschnitt bedeuten“, so Schön. Sich selbst zu disziplinieren, fällt schwer, und so wird, zumindest anfangs, nicht selten die ganze Nacht am Computer gezockt. Obwohl man weiß, dass man am nächsten Tag fit sein sollte: „Bei unseren Beschäftigten kann es sein, dass sie dann un-

geschlafen oder unpünktlich kommen.“ Woanders wäre Ärger programmiert. Im Inklusionsbetrieb bewältigt man solche Probleme verständnisvoll.

Weil ein regulärer Betrieb nicht mal eben kurz die Produktion stoppen kann, weil es mehreren Beschäftigten gerade nicht gut geht, ist es auf dem ersten Arbeitsmarkt schwierig, allzu viele Menschen mit Leistungsdefiziten zu integrieren. „Inklusionsbetriebe bieten eine Alternative zur freien Wirtschaft“, sagt Susanne Niederhammer von der „Modell Integrationsgesellschaft mbH“, wie das Tochterunternehmen der Mainfränkischen Werkstätten ausgeschrieben heißt. Gleichzeitig stellen Inklusionsunternehmen nach ihren Worten aber auch eine Alternative zur Werkstätte dar: „Damit verwirklichen wir das Wunsch- und Wahlrecht im Arbeitsleben.“

Gärtner, Forstwirte und Winzer dringend gesucht

Unter dem Stichwort „Inklusion“ wird seit genau 15 Jahren

versucht, Schritt für Schritt eine völlige Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderung zu realisieren. Ein weiter Weg, teilweise mit Rückschritten. Inklusionsbetrieben zum Beispiel macht laut Schön ein massiver Fachkräftemangel zu schaffen: „An unserem Standort in Lohr müssen wir dringend zwei Facharbeiterstellen besetzen.“ Seit fünf Jahren schon sucht das „grüne“ MIG-Team nach Gärtnern aller Fachrichtungen, Forstwirten oder Winzern. Sollte sich nicht bald jemand finden, muss der Lohrer Standort möglicherweise verkleinert werden. Die entsprechenden Jobs würden dann verlagert.

Was ein Inklusionsbetrieb ganz genau ist, lässt sich laut Niederhammer nicht schnell erklären. „Bei uns kann man sehr viel erleben, was in einem eng getakteten Wirtschaftsunternehmen nicht möglich ist“, erklärt sie. Wer sich als Facharbeiter darauf einlässt, in der MIG mit behinderten Menschen zu arbeiten, beginne außerdem bald, noch etwas anderes zu schätzen: „Nämlich, dass wir einen völlig anderen Umgang mit Fehlern haben.“ Anleiter in einem Inklusionsunternehmen zu sein, ist nicht unbedingt ein lukrativer Job. Doch Geld sei ja nicht alles:

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Kalender der LGA Landesgewerbeanstalt Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

„Wir bieten spannende, sehr eigenverantwortliche Arbeitsplätze.“ Dass dem so ist, bestätigt Anleiter Lukas Breitenbach.

Lange, berichtet er, sei er als Garten- und Landschaftsbauer in der freien Wirtschaft tätig gewesen: „Da hat man sich manchmal kaputt gebuckelt.“ Auf die Stelle bei der MIG sei er zufällig angesprochen worden. Und habe erst mal geschluckt: „Ich war damals nicht sicher, ob ich mit Menschen mit Behinderung arbeiten kann.“ Heute schmunzelt Breitenbach über seine Bedenken: „Meine Mitarbeiter mit Lernbehinderung sind für mich ganz normale Kollegen, die einfach nur ein wenig mehr Unterstützung brauchen.“ 2017 stieg Breitenbach bei der MIG ein. Derzeit ist er Anleiter des Teams am Standort Lohr. Hier sind zehn Menschen mit Lernbehinderung beschäftigt. Viele Aufträge werden für den Landkreis Main-Spessart erledigt. Gerade ist Breitenbach mit Sebastian Rack und Andreas Sobola

dabei, die Grünflächen eines vom Marktheidenfelder Gymnasium genutzten Sportplatzes zu pflegen. „Wir haben heute schon die Wiese gemäht, Hecken geschnitten und Unkraut auf dem Platz entfernt“, erzählt der Anleiter. Solche Arbeiten machen dem 26-jährigen Rack aus Weyersfeld bei Gemünden großen Spaß. Schon in der Förderschule habe er Sport über alles geliebt, erzählt er: „Ich bewege mich sehr gern.“ Das gilt auch für seinen Kollegen Sobola. Der 38-Jährige ist bereits seit 15 Jahren im Inklusionsbetrieb MIG tätig.

Sobola könnte sich ein Leben ohne die MIG nicht mehr vorstellen. Arbeitslos zu Hause auf der Couch zu hocken und den ganzen Tag fern zu sehen, wäre überhaupt nichts für ihn. Sobola packt gern an. Und er freut sich jeden Tag darauf, seine Kollegen zu treffen. Mit Rack ist er inzwischen befreundet: „Wir treffen uns auch privat.“ Zum Kaffeetrinken. Oder zum Ausgehen. **Pat Christ**

Vorschau auf GZ 14/2023

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 20. Juli 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Öffentliche Beleuchtung - Straßenbeleuchtung
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Fachliteratur für Kommunalverwaltungen

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSICHERUNG

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen



FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 - D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

HIGHSPEED-INTERNET

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW **NetCom BW**

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau



Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by Allianz

Informationssicherheit und Datenschutz



Daten
schützen. Förderung nutzen!

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung



KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Fachmedien



Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Photovoltaik

UNTERHOLZNER
ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de
Sitzungsmanagement / Kollaborationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. kommune-aktiv.de

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.

m7i-service.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage



LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGSSERVICE

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für 

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

24

www.lga.de

- [PRÜFSTATIK]
- [BAUWERKSPRÜFUNG]
- [BRANDSCHUTZ]
- [GEOTECHNIK]
- [VERKEHRSWEGEBAU]
- [MATERIALPRÜFUNG]



Sicherheit und Qualität seit 1869

WIR SUCHEN BAUINGENIEURE (M/W/D)

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Fr	1 Mo Neujahr	1 Do	1 Fr	1 Mo Ostermontag	1 Mi Tag der Arbeit	1 Sa	1 Mo KW 27	1 Do	1 So	1 Di	1 Fr Allerheiligen	1 So	1 Mi Neujahr
2 Sa	2 Di KW 1	2 Fr	2 Sa	2 Di KW 14	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr	2 Mo KW 36	2 Mi	2 Sa	2 Mo KW 49	2 Do
3 So	3 Mi	3 Sa	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo KW 23	3 Mi	3 Sa	3 Di	3 Do Tag d. Dt. Einheit	3 So	3 Di	3 Fr
4 Mo KW 49	4 Do	4 So	4 Mo KW 10	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 45	4 Mi	4 Sa
5 Di	5 Fr	5 Mo KW 6	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 32	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So
6 Mi	6 Sa Hl. Drei Könige	6 Di	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 19	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo Hl. Drei Könige
7 Do	7 So	7 Mi	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 41	7 Do	7 Sa	7 Di KW 2
8 Fr	8 Mo KW 2	8 Do	8 Fr	8 Mo KW 15	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 28	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi
9 Sa	9 Di	9 Fr	9 Sa	9 Di	9 Do Himmelfahrt	9 So	9 Di	9 Fr	9 Mo KW 37	9 Mi	9 Sa	9 Mo KW 50	9 Do
10 So	10 Mi	10 Sa	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 24	10 Mi	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr
11 Mo KW 50	11 Do	11 So	11 Mo KW 11	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo KW 46	11 Mi	11 Sa
12 Di	12 Fr	12 Mo KW 7	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 33	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So
13 Mi	13 Sa	13 Di Fastnacht	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 20	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo KW 3
14 Do	14 So	14 Mi	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 42	14 Do	14 Sa	14 Di
15 Fr	15 Mo KW 3	15 Do	15 Fr	15 Mo KW 16	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 29	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi
16 Sa	16 Di	16 Fr	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 Mo KW 38	16 Mi	16 Sa	16 Mo KW 51	16 Do
17 So	17 Mi	17 Sa	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 25	17 Mi	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr
18 Mo KW 51	18 Do	18 So	18 Mo KW 12	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo KW 47	18 Mi	18 Sa
19 Di	19 Fr	19 Mo KW 8	19 Di	19 Fr	19 So Pfingstsonntag	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 34	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So
20 Mi	20 Sa	20 Di	20 Mi	20 Sa	20 Mo Pfingstmontag	20 Do	20 Sa	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo KW 4
21 Do	21 So	21 Mi	21 Do	21 So	21 Di KW 21	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Sa	21 Mo KW 43	21 Do	21 Sa	21 Di
22 Fr	22 Mo KW 4	22 Do	22 Fr	22 Mo KW 17	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 30	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi
23 Sa	23 Di	23 Fr	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 Mo KW 39	23 Mi	23 Sa	23 Mo KW 52	23 Do
24 So Heiligabend	24 Mi	24 Sa	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo	24 Mi	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di Heiligabend	24 Fr
25 Mo Weihnachten	25 Do	25 So	25 Mo KW 13	25 Do	25 Sa	25 Di KW 26	25 Do	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo KW 48	25 Mi Weihnachten	25 Sa
26 Di Weihnachten	26 Fr	26 Mo KW 9	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo KW 35	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do Weihnachten	26 So
27 Mi KW 52	27 Sa	27 Di	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 22	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo KW 5
28 Do	28 So	28 Mi	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 44	28 Do	28 Sa	28 Di
29 Fr	29 Mo KW 5	29 Do	29 Fr Karfreitag	29 Mo KW 18	29 Mi	29 Sa	29 Mo KW 31	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi
30 Sa	30 Di	30 Sa	30 Sa	30 Di	30 Do Fronleichnam	30 So	30 Di	30 Fr	30 Mo KW 40	30 Mi	30 Sa	30 Mo KW 1	30 Do
31 So Silvester	31 Mi	31 So Ostersonntag	31 So	31 Fr	31 Fr	31 Mi	31 Mi	31 Sa	31 Do	31 Do	31 Di Silvester	31 Di	31 Fr

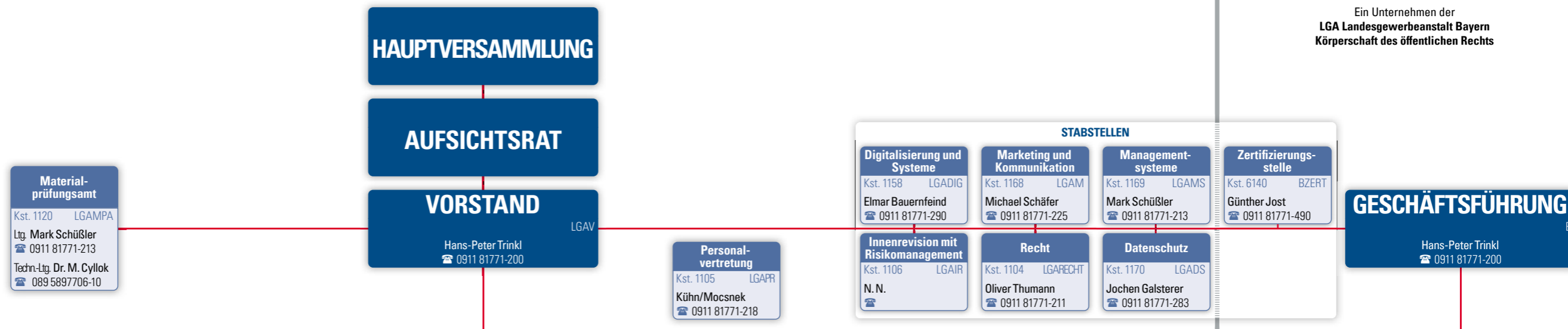


$$M = \frac{q_l^2}{8}$$

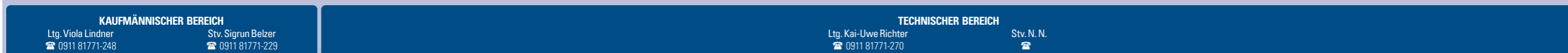
LGA LANDESGEWERBEANSTALT BAYERN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

LGA BAUTECHNIK
GMBH

Ein Unternehmen der
LGA Landesgewerbeanstalt Bayern
Körperschaft des öffentlichen Rechts



ERWEITERTE GESCHÄFTSLEITUNG/PROKURISTEN



Kaufmännische Leitung Bautechnik
Kst. 6130 BV
Frank Vogel
0911 81771-299

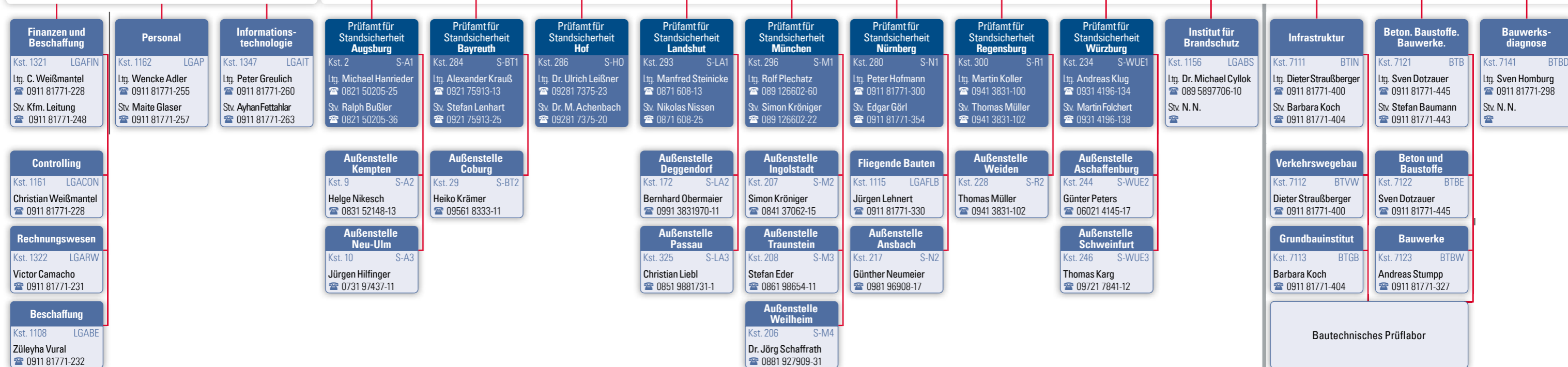
STABSTELLEN

- Prüfstatik EDV**
Kst. 316 SEDV
Thomas Bachlehner
0821 50205-27
- Sonderkonstruktionen**
Kst. 1318 S-1
Christoph Port
0911 81771-323
- Vertrieb**
Kst. 7102 BTV
Nico Hartlep
03643 49340-11

PRÜFSTATIK

BRANDSCHUTZ

BAUTECHNIK



- Prüfamt Augsburg**
0821 50205-0
0821 50205-60
augsburg@lga.de
- Prüfamt Bayreuth**
0921 75913-0
0921 75913-10
bayreuth@lga.de
- Prüfamt Hof**
09281 7375-0
09281 7375-90
hof@lga.de
- Prüfamt Landshut**
0871 608-0
0871 608-19
landshut@lga.de
- Prüfamt München**
089 126602-0
089 126602-99
muenchen@lga.de
- Prüfamt Nürnberg**
0911 81771-300
0911 81771-399
nuernberg@lga.de
- Prüfamt Regensburg**
0941 3831-0
0941 3831-103
regensburg@lga.de
- Prüfamt Würzburg**
0931 4196-0
0931 4196-200
wuerzburg@lga.de

LGA Bautechnik GmbH
Tillystraße 2
90431 Nürnberg
0911 81771-492
0911 81771-489
bautechnik@lga.de